

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Einmalig 1.00 Mk., 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.50 Mk. halbjährlich, 7.00 Mk. jährlich. Inland und Ausland. Postgebühren sind eingeschlossen. Die Redaktion ist in der Post-Verwaltung für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Post für das übrige Ausland 3 Post pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die eingeschaltete Anzeigenoberfläche über deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Kodex:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntabend, den 19. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Preußen in Deutschland voran! Deutschland in der Welt voran!

Dies stolze Wort, das Fürst Bismarck vor einigen Jahren im Herrenhause geprägt hat, ist nur bedingt wahr. Gewiß, überall, wo es sich darum handelt, die Arbeiterklasse zu schädigen und zu knebeln, marschieren Preußen-Deutschland an der Spitze, aber in Kulturfragen läßt es sich von anderen Ländern den Vortritt. Das gilt ganz besonders für das Gebiet des Volksschulwesens. Längst ist die Zeit vorüber, wo man Preußen das Land der Schulen genannt hat, die herrschenden Klassen haben die Volksschule mehr und mehr verkümmern lassen, sie haben neidlos mit angesehen, wie sie von anderen Ländern überflügelt wurden.

Es ist Zufall oder ist es Absicht, daß just in dem Moment, wo Regierung und „Volksvertretung“ zum entscheidenden Schlage gegen die Volksschule ausfallen, kein geringerer als der preussische Handelsminister den wahren Freunden der Volksschule ein geradezu vernichtendes Material gegen die Dunkelmänner an die Hand gibt? In einem stattlichen Bande veröffentlicht der Minister eine Auswahl der von seinen Kommissaren erstatteten Reiseberichte über Nordamerika, von denen besonders aktuelles Interesse der des Leiters der städtischen Fortbildungsschule in Düsseldorf, des Stadtschulinspektors Dr. Kuppers, über Volksschule und Lehrerbildung erheischt. Der Bericht, der neben den Vorzügen rüchaltlos auch die Mängel des amerikanischen Volksschulwesens hervorhebt, ist ein klassisches Dokument für die Wichtigkeit der von sozialdemokratischer Seite vertretenen Anschauungen. Eine ganze Reihe unserer programmatischen Forderungen, die unsere Gegner in Staat und Gemeinde aufs heftigste bekämpfen, sind in Amerika längst durchgeführt und haben sich hier glänzend bewährt.

Wir fordern in unserem Programm den obligatorischen Besuch der öffentlichen Volksschule. Nun, in Amerika ist die Volksschule die gemeinsame Bildungstätte für alle Klassen der Bevölkerung. Es kann als Grundgesetz und Regel gelten, daß die begüterten und die in hervorragenden Stellungen lebenden Amerikaner ihre Kinder in die Volksschule schicken, als un-demokratische Ausnahme, daß die jungen Amerikaner Privatschulen übergeben oder von Hauslehrern unterrichtet werden. Die amerikanische Volksschule ist in ihrem ganzen Umfange, durchweg bis zum 15. Jahre hin, der Unterbau der höheren Schule, und wie die Volksschule, so wird auch die höhere Schule von allen Gesellschaftsklassen besucht, sie ist mehr dem Grade, als der Art nach verschieden von der Volksschule. Die Verschiedenheit der äußeren Verhältnisse der amerikanischen Jugend spielt in deren Schulbildung grundfänglich keine Rolle, wohl aber ist in weitgehendem Maße der aus der Schularbeit selbst sich ergebenden Verschiedenheit der Abstufung nach Befähigung und Leistung Rechnung getragen.

Die herrschenden Klassen in Preußen wissen nicht genug Rücksicht auf die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts zu machen. Auch in dieser Hinsicht können wir uns an Amerika ein Beispiel nehmen. Hier herrscht in allen Staatsschulen, vom dem Kindergarten bis zur Universitätsfachschule, Schulgeldfreiheit. Ja noch mehr: Die von uns propagierte Forderung der Gewährung freier Lernmittel, die die herrschenden Klassen mit dem Hinweis darauf zu bekämpfen pflegen, daß dies den Anfang des sozialdemokratischen Zukunftsstaates bedeuten würde, auch sie ist in Amerika verwirklicht. Hier gilt der Grundsatz: Freiheit der Lernmittel für arm und reich. Die Schule soll auch darin keinen Unterschied kennen. Allerdings ist dieser bedeutsame demokratische Zug erst in den Städten mit günstigen Finanzen durchgeführt.

Und wie steht es mit der Weisheit der Schule? Herr Stadt und seine konservativ-klerikalen Bestimmungsgenossen werden außer sich geraten, wenn sie erfahren, daß die amerikanische Volksschule keine Scheidung der Bekenntnisse kennt. Weder das Bekenntnis des Schülers noch des Lehrers spielt eine Rolle. Die amerikanische Volksschule kennt nicht einmal konfessionellen Religionsunterricht. An seine Stelle tritt mitunter gelegentliche und nicht selbständige Sittenlehre ohne dogmatischen Inhalt, meistens im Anschluß an den Sprach- und den Geschichtsunterricht, oder an die gemeinsame „Morgensandacht“. Die verschiedenen Religionsgemeinschaften unterhalten Sonntagsschulen mit freiwilligem Besuche, in denen Religionsunterricht erteilt wird.

Daß auch die Trennung der Geschlechter in keiner Klasse und in keinem Fach durchgeführt ist, abgesehen von der Haushaltungskunde, wird unseren Rüdern und Heize-Deuten ganz besonderen Abscheu vor der amerikanischen Schule einflößen. Die Herren mögen sich beruhigen. Dieser gemeinschaftliche Unterricht beider Geschlechter ist in sittlicher Beziehung nicht nur nicht von Nachteil, im Gegenteil die sittlichen Vorteile desselben überwiegen die Gefahren, denn der ungewohnte Verkehr der Knaben und Mädchen, der sich stets unter den Augen anderer abspielt, ist wohl geeignet, die männlichen wie die weiblichen Charakterzüge zu bereichern. Auch in der Klasse mag die geistige Betätigung wie das Betragen durch

die Anwesenheit des anderen Geschlechtes günstig beeinflusst werden.“
 Methode und Ziel des Unterrichts laufen im Gegensatz zu uns darauf hinaus, freie Persönlichkeiten zu schaffen. Für den Unterricht in Preußen-Deutschland trifft im allgemeinen das Goethesche Wort zu:

„Wer will was Lebendigs erkennen und beschreiben,
 Sucht erst den Geist herauszutreiben,
 Dann hat er die Feile in seiner Hand,
 Fehlt leider! nur das geist'ge Band.“

Ganz anders in Amerika! Hier soll die Schule nicht einen abgeschlossenen Wissensschatz vermitteln, sondern sie will anregen und den Weg zeigen, auf welchem der junge Bürger sich allein weiter helfen kann. Er ist zum Bürger eines demokratischen Staates zu erziehen, der seine Bildung selbst erweitern und sich zu einem selbständigen politischen Urteil befähigen soll. Ihn anzuleiten oder vielmehr zwanglos zu gewöhnen, sein Wissen und sein eigenes Urteil zu äußern, ist ein weiterer Zweck des Volksschulunterrichts, der auf die politische Mitarbeit hinzielt. Ziel und Methode der amerikanischen Volksschule weisen also in hohem Grade auf das wirkliche Leben hin: Die Amerikaner wollen eine im guten Sinne moderne Volksschule haben. Das Recht der Persönlichkeit, das im amerikanischen Leben eine so große Rolle spielt, übt auch in der Schule einen entscheidenden Einfluß aus.

Dies Streben nach Entwicklung der Persönlichkeit ist denn auch bei den amerikanischen Schülern zu erkennen. Es offenbart sich schon in dem Neuzeren: sie sind sauber und gut gekleidet und zeigen ein freies und selbstbewusstes Auftreten und auch bei der Anwesenheit eines Fremden keine Scheu. Die beste Ausprägung dieses Strebens ist ein großer Verneiner, der nach dem Urteil Kundiger fast allgemein sich zeigt. Teilnahmslosigkeit oder Ueberreizung ist nicht zu finden. Klagen über Trägheit der Volksschüler sollen selten sein. Die Persönlichkeit des Lehrers tritt im Unterricht zurück, er ist nicht der beherrschende und befruchtende Mittelpunkt der Klasse, er will es auch nicht sein. Das Hauptfach zur Erziehung zum Gehorsam, zur Selbstverleugnung und zur Bietät fehlt auf dem Stundenplan. Das Machtmittel, durch Überpliche Nüchternheit seinen Befehlen und Absichten Nachdruck zu verleihen, steht dem Lehrer gar nicht oder doch nur mit Einschränkungen zu Gebote und es ist bei dem freien Volke so unbeliebt, daß es besser nicht angewendet wird.

Ein Nachteil der amerikanischen Schulen ist die Stellung des Lehrers. Der Lehrer ist Angestellter der Gemeinde, jedesmal für ein Jahr berufen, er wird für seine Arbeitstage und nicht darüber hinaus abgelöhnt, die Gehälter sind gering, für die Ferien wird nichts gezahlt, ja selbst für vorübergehende Verurlaubungen, auch in Krankheitsfällen, können Abzüge gemacht werden. Auch die Vorbildung der Lehrer läßt vielfach zu wünschen übrig.

Der Berichterstatter faßt am Schluß sein Urteil dahin zusammen: „Dadurch, daß die Volksschule zur gemeinsamen Bildungstätte für Arm und Reich gemacht ist, wird der Klassenhaß abgeschwächt, da nun die verschiedenen sozialen Schichten wenigstens in der Jugend Zählung mit einander und Verständnis für einander gewinnen. Diese Gleichheit vermag auch Selbstgefühl und Arbeitsfreudigkeit in den wirtschaftlich Schwächeren wachzurufen und die Begüterten anzuspornen, sie schließt ferner hohe sittliche Werte in sich und erleichtert endlich die Schulorganisation. Infolge der Schulgeld- und wenigstens als Grundgesetz geltenden Lernmittelfreiheit an Volksschulen und höheren Schulen braucht niemand in der Schule seine Mittellosigkeit zu offenbaren, und dem Strebhamen wird das Emporarbeiten erheblich weniger erschwert und verleidet. Nicht bloß für diesen selbst, sondern für das ganze Staatsleben ist das ungehinderte Aufsteigen von auserlesenen Kräften aus der Masse des Volkes in die gebildeten und führenden Kreise von Nutzen.“

All das sind Anschauungen, die von einsichtigen Pädagogen schon seit Jahrzehnten gepredigt worden, die aber unseren herrschenden Klassen nicht passen, weil sie nichts wissen wollen von einer aufsteigenden Arbeiterklasse. Insbesondere unsere preussischen Junker haben mehr als einmal ihre Bildungsfeindschaft ganz offen dokumentiert. Vor fast 700 Jahren hat Thomas von Aquino das Wort geprägt: „Für die Sklaven, die das Land bebauen, ist es zuträglich, daß sie stark an Körper, aber schwach an Verstand sind. So werden sie nützlich sein für die Bearbeitung des Landes und nicht ausarten in Untriebe wider ihre Herren.“ Der Geist dieses Heiligen der katholischen Kirche, der Geist des finsternen Mittelalters lebt fort im preussischen Landtage. Dieser Geist ist es, der das Schulverfassungsgesetz geboren hat und die Volksschule vollends zum Aschenbrödel degradiert.

Vielleicht entschließt sich auch die Regierung der Vereinigten Staaten einmal, eine Kommission zum Studium der preussischen Volksschule zu entsenden. Ihr Urteil, vorausgesetzt daß es unparteiisch ist, würde dem „Kulturstaat“ Preußen nicht gerade zum Ruhme gereichen.

Zur Affäre Schöne-Brodhufen.

Vom Genossen Karl Liebknecht erhielten wir folgende Zuschrift:
 Ich bitte gegenüber der offiziellen Erwiderung, die die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am Mittwoch abend auf meine für den russischen Kaufmann abgegebene Erklärung vom 15. Mai gebracht hat und die auch als Antwort auf ein gleichzeitig von mir

an den Minister gerichtetes Schreiben anzusehen ist, folgendes bemerken zu dürfen:

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wirft mir vor, in meiner Erklärung den wichtigsten Satz aus der Rede des Ministers weggelassen zu haben.

Tatsächlich handelt es sich — die Markierung ist übrigens nur infolge eines Diktatfehlers unterblieben — um einen für meine Erklärung ganz nebensächlichen Satz.

Ich habe die Erklärung im Namen des russischen Kaufmanns erteilt. Für mich als den Vertreter dieses Kaufmanns kam es nur auf die gegen meinen Klienten erhobene Bezeichnung an, und diese Bezeichnung ist buchstäblich richtig und erschöpfend wiedergegeben.

Dieselbe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aber, die mir aus der Beglossung eines Satzes aus der Rede des Ministers einen Wortwitz machen will, verschweigt meine Erklärung, gegen die sie polemisiert, vom ersten bis zum letzten Wort, übergeht die schwereren kriminellen Beschuldigungen gegen Kommissar Schöne und v. Brodhufen mit völligem Stillschweigen und wiederholt damit die Taktik des Ministers des Innern, der sich, wie gerade die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erweist, in Abgeordnetenhaus nicht zur Aufgabe gemacht hatte, dem russischen Kaufmann, der unstreitig unter Mitwirkung preussischer Beamten hier in schwere Bedrängnis geraten ist, Genugthuung und Sühne zu verschaffen, sondern den Kriminalkommissar Schöne, dessen strafbare Handlungen erwiesen sind, nach Möglichkeit zu decker.

Dieselbe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die mir jene Wortwitz machen zu dürfen glaubt, erwähnt auch nicht mit einem Wort, daß meine Erklärung, wenn auch ohne ausdrückliche Polemik gegen den Minister, den Kommissar Schöne gerade noch einer viel schlimmeren Handlung als jener nie behaupteten Verleitung zum Spionageangebot überführt, nämlich eines eigenen entsprechenden Angebots an den Kaufmann, einer unmitteldbaren Anfristung des Kaufmanns durch Schöne. Sie sucht durch vier Worte jede Schuld Schönes an der Spionageaffäre einfach aus der Welt zu leugnen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fährt fort: „Der Minister habe es unterlassen, über das Hineintragen der Spionageaffäre Mitteilungen zu machen und sich darauf beschränkt, in der vorstichigsten Weise eine Vermutung über die von der Privatperson hierbei gespielte Rolle aufzustellen.“

Das ist in doppelter Hinsicht unrichtig. Der Minister hat nach dem Stenogramm gesagt: „Wie es scheint, hat diese dritte Person den russischen Kaufmann bestimmt, ... dem Kriminalkommissar Schöne ... das Angebot zu gewissen Diensten zu machen. ... Kurz darauf ist der russische Kaufmann andere Sinnes geworden.“ Wenn das keine Verächtlichkeit ist, dann ist es auch keine Verdächtigung, wenn man aufsetzt: „Wie es scheint, hat Müller die Uhr gestohlen, er hat sie aber später zurückgegeben.“

Was würde die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meinen, wenn ich sagen würde: „Wie es scheint, hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meine Erklärung, die ich auch hier übermittelt habe, nur um deswillen verschwiegen, um ihrer Leser und die Öffentlichkeit bequemer irreführen zu können nach dem Grundsatz: semper aliquid haeret.“ und was würde der Minister des Innern dazu sagen, wenn es hieße: „Wie es scheint, hat sich der Minister im Abgeordnetenhaus über die Spionageaffäre und die Hochverratsfrage ausgesprochen, um sie zu vertuschen und seine Beamten unter Preisgabe des russischen Kaufmanns nach Möglichkeit zu schützen“ oder: „Wie es scheint, arbeitet die Polizei jetzt hinter den Kulissen mit Hochdruck auf die Frau des russischen Kaufmanns ein, um Verwirrung in die Klare Sache zu bringen.“

Die Äußerung des Ministers bedeutet auch nicht bloß, wie der Offiziosus behaupten will, eine Vermutung über die von der Privatperson hierbei gespielte Rolle, sie trifft vielmehr in allererster Linie ausdrückliche meinen Vollmachtgeber. Der zweite Satz: „Kurz darauf ist der russische Kaufmann anderen Sinnes geworden“ enthält sogar eine direkte und bestimmte Bezeichnung meines Vollmachtgebers.

Wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weiter bemerkt: „Jüngere Vorgänge deuten, wie die ursprüngliche Willensrichtung des russischen Kaufmanns, entgegen sich naturgemäß der absoluten Feststellung“, so ist zu entgegnen, daß hier nicht absolute, sondern praktische Feststellungen in Frage kommen. Der Offiziosus mag sich im Kriminalgericht oder im Justizministerium Belehrung darüber holen, daß unsere ganze Justiz auf Feststellung auch subjektiver Tatbestände beruht. Eine klarere Feststellung aber der positiven Unschuld des russischen Kaufmanns, als sie hier gerade getroffen ist, ist nicht wohl denkbar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sucht schließlich die ministerielle Auslassung durch vorhandene „Erklärungen beteiligter Personen“ zu entschuldigen. Diese beteiligten Personen sind natürlich der Kriminalkommissar Schöne und Kreibitz v. Brodhufen. Kriminalkommissar Schöne, dessen kriminelles Sündenregister in der Presse schon breit aufgerollt ist, Kriminalkommissar Schöne, der, auch wenn er niemals den Kaufmann direkt angeklagt hätte, gerichtet wäre, Kriminalkommissar Schöne, der in der erwähnten Konferenz vom 22. April die jetzt von ihm anscheinend geübte Taktik durch die an den Kaufmann gerichteten Worte ausdrücklich antändigte: „Werken Sie sich, Sie haben mit mir nichts zu tun, wir kennen uns nicht. Sie stehen nur mit Herrn v. Brodhufen in Verbindung.“ Kriminalkommissar Schöne, der schließlich, als der Kaufmann zu einer späteren Konferenz nicht wieder erscheinen wollte, ihn durch die telephonische Drohung: „Dann werden wir andere Schritte ergreifen“ in höchste Angst versetzt hat.

Und Herr v. Brodhufen, der an alledem mit schuldig ist, der vielleicht sogar bei alledem der böse Geist des Herrn Schöne war, Herr v. Brodhufen, der bereits 50 R. Vorschuß auf sein Teil an dem Judaslohn erhalten hat und der jetzt freilich diese Silberlinge gleich dem biblischen Judas anscheinend gern wieder los sein möchte.

Ich konstatiere: Die Erklärungen dieser Herren haben dem Minister, der die Aussage der Ehefrau des Kaufmanns bereits in Händen hatte oder haben konnte, genügt, den hilflosen russischen Kaufmann, einen unbescholtenen bezweifelten Familienvater, von der Tribüne des Landtags herab der Bereitwilligkeit zum gemeinlichen Verbrechen zu zeihen.

Berlin den 17. Mai 1906.

Schadungsboll
 Dr. K. Liebknecht, Rechtsanwalt

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Mai.

Das nationale Prestige.

In geschraubten Tönen und mit hohem Pathos pries heute im Reichstage der Präsidentschaftsgehilfe des Reichspräsidenten die Vollverhandlungen des Jahres 1902, der Abgeordnete Büßing, die Ausplünderung des Volkes durch die neuen Steuern als eine große nationale Tat, die das Ansehen des Reiches vor dem Auslande gewahrt habe. Es ist begreiflich, daß Büßing als Vorsitzender der Steuerkommission das Bedürfnis fühlt, seine eigene Helferschaft für die neuen Steuererfolge in helles Licht zu setzen. Die Phrase von der „Wahrung“ des deutschen Prestiges vor dem Auslande mußte herhalten, um die Volksausplünderung zu beschönigen und der Kompromissmehrheit „Gewissenhaftigkeit“ anzudichten.

Lächerlich — weil töricht und unwahr — ist die Phrase von der Wahrung des deutschen Prestiges vor dem Auslande. Das Ansehen eines Reiches wächst mit dem Wachstum materieller und geistiger Volkskraft. Nur ein Wahrheitsfeind wird leugnen, daß durch die neuen Steuern die gesamte Volkswirtschaft Deutschlands, also die materielle Kraft des Volkes geschwächt wird. Die Wahrheit dieser Tatsache wird auch vom Auslande erkannt. Um so lächerlicher, zu behaupten, diese Schwächung der Volkskraft werde das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande heben. Die den deutschen Volksausplünderern gesinnungsverwandten herrschenden Parteien des Auslandes werden höchstens die Plumpheit bewundern, mit der diese phrasenhaften Unwahrheiten von sogenannten Liberalen hinausgeschleudert wurden. Ob Büßing, v. Kardorff oder ein Zentrumsmann die Aufzählung der Kosten auf die Schultern des Volkes beschönigen wollte: es war durchweg dieselbe Melodie. „Alles vom Volk für uns“, das war der Inhalt ihrer Hurrafschreierei. „Alles für das Volk durch das Volk“ ist hingegen die wahrhaft nationale Parole.

Standen aber die nationalen Phrasentrompeter Büßing und seine Helfersgenossen bei der Steuerexpression, daß das arbeitende Volk Deutschlands den nationalen Humbug dieser Volksbedrücker nicht durchschaue, dann werden sie bei den Wahlen hoffentlich schwer enttäuscht werden. Die Aufklärung wird durch Niedrigerhängen der Reden der Talmi-Nationalen und Talmi-Liberalen erleichtert. Die Wahrnehmung drängt sich jedem, der den Verlauf der Verhandlungen kennt, als unumstößlich sicher auf: die das arbeitende Volk bedrückenden indirekten Steuern sind beschloffen, um die zahlungsfähigen Kreise der Besitzenden, die obendrein ihren Besitz aus der Ausbeutung der Arbeiter gezogen haben, von der Zahlung gerechtfertigter direkter Steuern zu verdonnern.

Die Genossen Molkenbuhr und Schmidt-Berlin wandten sich in scharfen Worten gegen die Mehrheit und beklagten die Situation durch eine heftige Kritik der ganzen Steuerpolitik, die durch die Reden der konservativen Abgeordneten Dietrich und von Kardorff nur noch schwerer diskreditiert wurde.

Der Abgeordnete von Gerlach bezeichnete die Rede Büßings als eine patriotische Festschreibung, wofür ihn die Nationalliberalen durch ihre Entfernung aus dem Saale abzustrafen gedachten. Diese kindische Kraftäußerung wird auch außerhalb des Reichstags das schlechte Wissen der Mehrheit offenbaren.

Damit schloß die Generaldebatte der 3. Lesung der Steuererfolge und die sogenannte Reichsfinanzreform. Bei der Spezialberatung fielen alle auf Abschaffung der Brausteuern von den eifrigsten gestellten Anträge durch, da die Kompromissmehrheit nichts von dem Steuerraub abbrochen ließ. Die Abstimmung über § 3a des Brausteuergesetzes, der in prinzipieller Kernpunkt des Gesetzes bildet, ergab die Annahme mit 100 gegen 106 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Nach kurzer Beratung wurde dann das ganze Gesetz von der Mehrheit angenommen.

Dann folgte die dritte Lesung des Zigarettensteuergesetzes. Der Abg. Held (natl.) verteidigte einen neuen Antrag zu § 2 des Gesetzes, der das Ergebnis einer Vereinbarung mit Vertretern der Zigarettenindustriellen sei und die von der Opposition befürchtete Wirkung des Gesetzes beseitige. Diese unferrore Behauptung widerlegte Genosse a. E. M. mit sachmännlichen Gründen und konstatierte, daß das Einverständnis der Industriellen nur erzielt sei, weil mit der neuen Staffelung die Schäden leichter auf die Arbeiter als Produzenten wie als Konsumenten abgewälzt werden könnten.

Der Abgeordnete Jäger (Z.) verstieg sich sogar zu der Behauptung, die deutschen Tabakbauern würden von dem Gesetz profitieren, denn es würde künftig mehr deutscher Tabak zu Zigaretten verarbeitet werden. Nachdem noch der Abg. Gohs ein unter dem Geheul der Kompromissmehrheit den neuen Antrag Held kritisiert hatte, kam es zur namentlichen Abstimmung über den Antrag Held zu § 2. Der Antrag wurde mit 166 gegen 98 Stimmen angenommen.

Nachdem hierauf die Mehrheit das ganze Gesetz verabschiedet hatte, wurde die Beratung vertagt.

Das Gesetz über die Reichsklassensteuer wurde bei Beginn der Sitzung in dritter Lesung angenommen.

Seite: Mantelgesetz, Steuergesetze (Fahrkartensteuer, Erbschaftsteuer.)

Die württembergische Verfassungsreform unter den Händen der Ständeherrn.

Die erblichen Gesetzgeber Württembergs, die Herren der Ersten Kammer sind wieder drauf und dran, der Verfassungsreform den Strich zu drehen. Der Bericht der Verfassungskommission des schwäbischen Herrenhauses, der am 14. Mai herausgegeben ist, zeigt, daß die zwei Duzend Junker, die die erlauchte Körperschaft bilden, sich anschicken, die Volksforderung abzuweisen, indem sie den Entwurf verschlechtern, daß es der Zweiten Kammer unmöglich sein wird — vorausgesetzt, daß wir die schwäbischen Demokraten nicht zu hoch einschätzen — solcher verschlechterten Vorlage zuzustimmen.

Zellweise noch hinter dem Regierungsentwurf, den die Zweite Kammer in diesen Ständen verbesserte, will die Erste Kammer zurückgehen. Das Recht des Königs, erbliche Gesetzgeber in die Erste Kammer zu senden, will sie erhalten, die von der Zweiten Kammer geforderten acht Vertreter von Handel, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft, die in die Zweite Kammer eintreten sollen, will sie auf vier reduzieren, und nicht von den Interessenten wählen, sondern vom König berufen lassen. Die Zweite Kammer soll für die aus ihr ausscheidenden, in die Erste Kammer aufrückenden Privilegierten keinen Ersatz bekommen, das passive Wahlrecht für die Zweite Kammer wollen die Junker nicht von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt wissen, ob-

gleich in der Ersten Kammer 2jährige, ja 18jährige Gesetzgeber möglich sind, und schließlich will sich die Erste Kammer ihre also verhandelte Reform mit einer großen Erweiterung ihres Budgetrechts abkaufen lassen. Sie selbst aber will nichts oder möglichst wenig zahlen; die von der Regierung und der Zweiten Kammer geforderte Verbindung, daß die gesetzgebenden Ständeherrn der Ersten Kammer ihren Wohnsitz im Lande haben müssen, haben sie gestrichen. Sie wollen so um die Personalsteuern herumkommen und so, ohne Steuern zu zahlen, das schwäbische Volk weiter bevormunden können.

Es sind ganz ungeheuerliche Zumutungen, die diese Änderungen des Entwurfs an die Zweite Kammer stellen und keine Partei in Württemberg, mit Ausnahme des Zentrums, das seinen bäuerlichen Wählern so ziemlich alles bieten kann und das wegen Bedrohung des katholischen Charakters der Ersten Kammer überhaupt Gegner der Reform ist, wird der verhandelten Vorlage zustimmen können, wenn sie nicht allen Kredit im Lande verlieren will.

Die württembergische Sozialdemokratie, der der Entwurf der Zweiten Kammer schon nicht weit genug geht, hat natürlich sofort klar zum Gesichte gemacht. Ihr Organ, die „Schwäbische Tagwacht“ erklärt: „Nieber gar keine Reform als eine solche, die die Rechte der Ersten Kammer auf Kosten der Volksrechte erweitert. Dann lieber einen Kampf gegen die Herrenhäuser, daß die Fesseln fliegen.“

Die kommenden Landtagswahlen werden im Zeichen des Kampfes gegen die Erste Kammer stehen!

50 000 Mann für Südwestafrika.

Schon aus der Meldung, daß trotz der Befangennahme Morengas der Oberst Deimling als Oberbefehlshaber nach Südwestafrika entsandt werden soll, geht hervor, daß man in maßgebenden Kreisen keineswegs der Ansicht ist, daß nunmehr auf ein baldiges Ende des südwestafrikanischen Abenteuers zu rechnen sei. Es hat vielmehr den Anschein, als sei man davon überzeugt, daß in Südwestafrika noch manches zu tun sei, wenn man sich auch hütet, in der Öffentlichkeit etwas von den An- und Absichten der Regierung bekannt werden zu lassen.

Ein überaus düsteres Bild von der Lage in Südwestafrika entwirft aber ein Südwestafrikaner in einem Briefe, den die „Zukunft“ in ihrer neuesten Nummer veröffentlicht. In diesem Briefe heißt es:

„Auf die Gefahr hin, von Ihren Lesern als Schwarzseher betrachtet oder gar nicht erst gelesen zu werden, weil Südwestafrika Ihnen „nachgerade zum Halse herauskommt“, muß ich Ihnen doch wieder einmal von meinen Wahrnehmungen und Befürchtungen einiges mitteilen. Ich lebe nicht weit von der englisch-deutschen Grenze, nämlich vom Orangefluß, in einer Gegend, die seit zwölf Monaten endlose Transporte von Lebens- und Futtermitteln für die Verpflegung unserer Truppen und Angiere passieren, und ich sehe und höre hier manches, das den Optimisten daheim, die mit Herrn von Lindequist die „Friedensära“ gekommen wähen, ihre Illusionen zerstören könnte. Hier wird jetzt erzählt (Anfang April), die an der Grenze mit Transportwagen aufgestauten Warenkolonnen weigerten sich, überhaupt noch in deutsches Gebiet vorzudringen. Zu bedenken wäre ihnen nicht, wenn sie keine Lust hätten, für eine hier gar nicht angebrachte Schneidigkeit ihr Leben in die Schanze zu schlagen. Hier und in der Kalahari sieht ein wahres Schandnest von „deutschen“, holländischen und britischen Schaften, die aus diesem Vorpiel zu dem großen „Verzichtung aller Weisen“ betitelten Völkerdrama einer nicht mehr fernem Zukunft Afrikas ein schmutziges Geschäft machen und von denen manche der deutschen Regierung und zugleich den Hottentotten Waren verkaufen. Wir sind hier fest überzeugt, daß in Südwestafrika noch zwei Jahre gekämpft werden wird und muß, weil nächstens auch die ganze Swambo-Nation sich gegen die deutsche Herrschaft erheben wird. Die würde uns in ihrem Fieberland aber noch härter zusetzen als Hereros und Hottentotten zusammen. Mein Gewährsmann, der mehrere Swambo-Häuptlinge sah, erzählt, sie seien schon seit geraumer Zeit von portugiesischen Händlern mit Waffen und Munition reichlich versehen, die sie, ohne zu zögern, mit ihrem Vieh bezahlt hätten. Bei den Swambos aber handelt es sich um mindestens fünf, vielleicht zehnmal mehr kriegsfähige Männer als bei Hereros und Hottentotten. Mügen die Kraftmeier und Schönfärber heute noch über unsere Warnung lachen! Wir haben vor zwei Jahren über die weisen „alten Südwestafrikaner“ gelacht, die in allen Zeitungen ausposaunten, mit tausend Mann Nachschub sei die Bedienung in der Kolonie in ein paar Monaten leicht wiederherzustellen.“ Rein: fünfzigtausend Mann brauchen wir, wenn wir die zu Hause vertuschte Unsicherheit im Süden der Kolonie auch nur in weiteren zwölf Monaten besser und durch eine starke Demonstration vielleicht noch die Swambos zurückschrecken wollen. Um die Kolonie zu halten, muß noch viel tiefer in den Reichstaschel gegriffen und gleich in Massen, nicht wieder, allen Eingeborenen zum Hohn, in kleineren Trüppchen, wie bisher, die nötige Kolonialarmee herausgeschickt werden. Sonst wird uns eines schönen oder bösen Morgens die Massenherbeziehung der Swambos noch bitterlicher überraschen als am 12. Januar 1904 der Hereroaufstand. Zum Schluß möchte ich fragen, ob etwa unsere Militärärzte empfohlen haben, so ungeheuerer Spirituosenmengen, Schnaps, Likör, Bier, Wein, Champagner, für die Soldaten herbeizuschaffen. Der Tropenkenner kann nur den Kopf schütteln, wenn er die Alkoholtransporte Tag für Tag vorüberziehen sieht. Von allen Seiten wird meine eigene Beobachtung bestätigt, daß in Deutsch-Südwestafrika nach wie vor unheimlich getrunken wird. Wir mißgönnen den geplagten Leuten wahrhaftig keinen Trunk Bieres; aber wir hier arbeitenden und genug nicht minder schwere Strapazen erdulden den Europäer verdammen dies unsinnige Getrinke vor und während der Anstrengungen, denn wir wissen, daß es die Spannkraft der Leute beträchtlich herabsetzt und Verdauungen verzweifelt schlechte Chancen für die Wiederherstellung gibt.“

Der Briefschreiber, der anscheinend die Ansichten vieler Kreise südwestafrikanischer Ansieder wiedergibt, die ihrerseits sicher nicht ohne Verbindung mit militärischen Kreisen stehen, rechnet also nahezu mit Bestimmtheit mit einem Swambokrieg. Nun ist allerdings von amtlicher Seite im Reichstage wiederholt erklärt worden, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, einen Swambokrieg zu provozieren, daß man vielmehr bemüht sein werde, die Swambos in keiner Weise in die Kriegshölle hineinzuziehen; allein die hohe Tatsache der völligen Niederwerfung und Enteignung der Hereros und Hottentotten enthält für die Swambos möglicherweise Anreiz genug, nicht erst einen späteren Angriff Deutschlands abzuwarten, sondern den vermeintlich günstigsten Zeitpunkt zum Losschlagen selbst zu wählen. Sollte es aber tatsächlich zu einem solchen Swambokrieg kommen, so würde ein solcher Krieg zweifellos jahrelang dauern und weitere Hunderte von Millionen verschlingen. Denn daß die Swambos mindestens ebenso achtungswürdige Gegner sind wie die Hereros, das hat ja die schwere Niederlage bewiesen, die sie seinerzeit den Portugiesen beibrachte haben!

Die südwestafrikanische Sand- und Steinwüste kann uns also leicht noch weitere ungeheure Opfer an Gut und Blut

kosten! Wir richten deshalb an die Regierung die Frage, was sie bis jetzt getan hat oder künftig zu tun gedenkt, um die furchtbare Swambo-Gefahr abzuwenden. Hohe Reserviertheit scheint uns ebenso wenig am Platze zu sein, wie demonstrative Entsendung neuer Truppenmassen zu Einschüchterung der Swambos, wie sie der Briefschreiber predigt. Wohl aber wäre es möglich, die Swambos dadurch zu beruhigen und dauernd zu passivieren, daß man ihnen durch den Abschluß bindender Verträge ihre Unabhängigkeit und ihren Landbesitz sicherte und zugleich Maßnahmen traf, eine wucherische Ausbeutung dieses Stammes durch habgierige Händler zu verhindern! In einem solchen Falle würden die Swambos schwerlich so töricht sein, einem vorteilhaften Vertrag einen verhängnisvollen Krieg vorzuziehen.

Gefährdet etwas Derartiges nicht, bedroht man im Gegenteil die Swambos durch fortgesetzte Rüstungen, so scheinen uns die Befürchtungen des Briefschreibers nur zu begründet zu sein! —

Viel Lärm um nichts.

Die im Hinblick auf ihre politische Tragweite herzlich gleichgültige und unbedeutende Reise, die deutsche Städtevertreter dieser Tage nach London geführt hat, wird von der bürgerlichen Presse zu einer Art Sensation aufgebauscht. Am Donnerstagabend behandelte auch die „Vossische Zeitung“ diese Reise in einem Tone, als hätte sie eine Wichtigkeit dafür, daß die noch nicht lange beseitigte Spannung zwischen der englischen und der deutschen Regierung nun so gut wie endgültig beseitigt sei.

Endgültig! Als ob nicht unser teurer Biskafford schon morgen oder übermorgen wieder unser zurecht „herglides“ Verhältnis in ein „fortreffes“ verwandeln könnte. Und wenn das einträte? Dann würden sich doch — wie stets — all die Ränke, die jetzt in London zwischen Braten und Kompott „Recherché“ feiern, ganz einfach auf die berühmten Pflichten deutsch-preussischer Untertanen, „Loyalität“ besinnen und — je nach Kommando — „Rechts-um!“ „Einksum!“ oder „Ganges Bataillon, los!“ machen.

Nun sagt es der Zufall, daß die Herren Vertreter der deutschen Städte gerade in diesen feillichen Londoner Tagen drüber ein Bild zu sehen bekommen konnten, dessen Schrecken so international sind wie ihre Ursache: der moderne Kapitalismus.

Die „Vossische Zeitung“ selber bringt am Schlusse jenes oben von uns zitierten Jubelartikels eine Mitteilung, die ihr zu denken geben dürfte, wenn es ihr gar so sehr gerade aufs Denken anläme. Wir drucken ab:

London, 15. Mai. (Eig. Mitt.) Warum konnte ich gestern, als ich im Brunnal des de Recher Hotels beim Fest mahi saß, das zu Ehren der deutschen Bürgermeister und Stadtvorordneten von Lord Swedens Empfangsausschuß gegeben wurde, die jammervollen Ausritte nicht loswerden, deren Zeuge ich am Nachmittag im Hyde Park gewesen war? Man hatte wieder einmal einen Anzug der unbedeutendsten Arbeiter Londons veranstaltet, der, wie immer, seinen Abschluß in einer Versammlung im Hyde Park fand. Es war der fünfte Anzug dieser Art im laufenden Jahr und weniger zahlreich als die früheren. Aber was dieser letzten Kundgebung ihr besonderes Gepräge verlieh, das waren die tausend oder mehr zerlumpte und abgehärmte Weiber und Mädchen, die mit Kindern an der Hand und an der Brust dem Zug der Männer voranmarschierten, die von Schulklassen scharf bewacht, mürrisch und verdrossen durch die bornehaftesten Straßen Londons zogen. Im Park auf dem Rasen gelagert, haben die Weiber und Kinder die mitgebrachten Lebensmittel verzehrt, ein bißchen Käse, trockenes Brot und Apfelsinen, nach denen die hungrigen Kinder gierig griffen, während die Männer hungrigen Mogens der Rede des sozialistischen Abgeordneten Herr Horbie zuhörten. Und nun sah ich abends an der mit trefflichen Speisen und Getränken besetzten Tafel, wo ein feines Gericht das andere ablöste, eine kostbare Weinforte nach der anderen ins Glas gegossen wurde, umgeben von feinen gekleideten Herren mit goldenen Armbändern und Ordenssternen und Damen in schönster Abendtoilette, ein bekannter Berliner Stadtrat neben mir, Londoner Stadtvorordnete mir gegenüber, und lauschte den tiefgefühlten Worten der Verbündeten, die abwechselnd in deutscher und englischer Sprache und 200 Zuhörern entgegenbrachten.

Und diese „Eigene Mitteilung“ schließt: „... Umzüge unbedeutendster Arbeiter und zerlumpte Weiber, auch wenn man höchstens ein Drittel der Umziehenden als eheliche Arbeitsleute ohne Beschäftigung bezeichnen kann, kommen meines Wissens in deutschen Städten nicht vor, die durch Arbeiterkolonien der Arbeitslosigkeit die Spitze abbrechen, und nicht alte, mittellose Arbeiter wie Verbrecher in Armenhäuser ein-schließen, die schon vor einem halben Jahrhundert Thomas Carlyle mit Bastillen verglichen hat.“

Also, in Deutschland sieht es mit der Arbeitslosen- und der Armenfrage so gut, daß England sich an uns ein Muster nehmen könnte!

Wir haben es in dieser Beziehung so herrlich weit gebracht, daß der Berichtshalter der „Vossischen Zeitung“ darüber kein Wortchen weiter zu verlieren braucht. Und die „Vossische Zeitung“ auch nicht. Mit um so größerer Unsicherheit kann sie dann morgen einen neuen Artikel bringen über „die propharische Gostfreundschaft, die den Bürgermeistern und Stadtvorordneten deutscher Gemeinden jenseits des Kanals zuteil wird.“ —

Deutsches Reich.

Agrarische Steuerreform.

In Baden soll eine Vermögenssteuer eingeführt werden. Das jetzt bestehende System der direkten Steuern in Baden umfaßt die Einkommensteuer und eine Serie von Ertragssteuern aus fundierten und gewerblichen Vermögen. Das Einkommensteuergesetz gehört zu den besseren in Deutschland. Die Ertragssteuern bestehen in der Wald-, Grund-, Häuser-, Gewerbe- und Kapitalrentensteuer. Wald, Grund und Häuser wurden bisher ganz außerordentlich niedrig besteuert, dadurch daß die Steuer berechnete wurde nach Schätzungsgrundlagen, denen die Wertverhältnisse der fünfziger und sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zugrunde liegen. Gewerbe und Kapitalrente wurde dagegen mit dem laufenden Werte getroffen.

Durch die neue Vermögenssteuer sollten nun alle Ertragssteuern zusammengelegt und von allem Vermögen, ohne Rücksicht auf dessen Erträge, eine gleich hohe Steuer erhoben werden. Selbstverständlich mußte eine Neuschätzung von Grund und Boden, Wald und Häusern vorausgehen, und diese Neuschätzung ergab im Durchschnitt eine Verdoppelung dieser fundierten Vermögen. Die Haus- und Landgratier, die also seit vielen Jahren viel zu wenig Steuern bezahlt hatten, standen sonach vor der unangenehmen Tatsache, daß sie ganz erheblich höher zur Steuer herangezogen werden sollten. Und da ging das Geschrei los! Das Zentrum warf sich zur ausschließlichen Vertretung dieses Agrarierums auf und suchte mit allen Kniffen und Ränken den Vermögenssteuergesetzentwurf derart zu durchlöchern, daß die Agrarier unbedeutend durchkommen mußten. Schon die Regierung hatte aus Rücksicht auf die Agrarier eine einseitige Progression für das gewerbliche Vermögen vorgeschlagen, das genüge aber dem Zentrum nicht, die vorgeschlagene Progression wurde fast verdoppelt und außerdem wurde bei der Industrie der Schuldbauzug beschränkt.

Die Liberalen rühten sich dadurch, daß sie der sozialdemokratischen Bewegung, auch das landwirtschaftliche Betriebsvermögen in die Besteuerung einzubeziehen, nachgaben. Ferner wurde ein- sprechend einem sozialdemokratischen Antrage das Haushaltungs-

Vermögen der Steuer unterworfen, nur daß die bürgerlichen Parteien die Freigrenze auf 20000 M. festsetzten, so daß weite Kreise der Besitzenden, die nicht gerade besonderen Luxus treiben, von dieser Steuer freibleiben.

Dennoch wäre das Gesetz bald an den agrarischen Kreisen des Zentrums gescheitert. Diese Herren verlangten erhebliche Vorkasse für die „arme“ Landwirtschaft, anderenfalls sie nicht mehr mitmachen. Und die Nationalliberalen gaben wenigstens vorerst in der Kommission nach. Man brachte eine Bestimmung in das Gesetz, nach welcher bei der Bildung des Steueraufschlages des landwirtschaftlichen Vermögens 10 bis 25 Proz. vom abgeschätzten wirklichen Wert abgezogen werden können. Ein schmählicher Kuhhandel war es, bei dem die Nationalliberalen sich — wie es schien, mit einem gewissen Behagen — vom Zentrum über das Ohr hauen ließen.

Natürlich stimmten die Sozialdemokraten nunmehr gegen ein solches Gesetz. Die Freude der Schöpfer an dem Werk, wenn es im Plenum Annahme findet, wird nicht lange währen, denn es ist nun weder ein ordentliches Vermögenssteuergesetz, noch ein irgendwie vernünftiges Ertragssteuergesetz. Das Konstrukt zeigt lediglich, wie die Agrarier die Unverfrorenheit soweit treiben, sich selbst bei der direkten Besteuerung auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. —

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag. Dem Reichstag ist ein Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Schweden gestern zugegangen.

Die Breslauer Polizei hat den feigen Handhacker noch immer nicht gefunden! Sein Opfer Franz Biewald ist jetzt aus dem Spital entlassen. Bei einem Besuche, den er auch der Redaktion der „Breslauer Volkswacht“ abstattete, schilderte er noch einmal den Vorgang, wie er sich am 19. April in dem Hause Hildebrandstraße 25 abgespielt hat. Die stehenden Bewohner des Hauses hatten hinter sich die Tür geschlossen, trotzdem drangen zwei Schulleute mit gezogenem Säbel ein; die Bewohner flüchteten nach hinten, Biewald stürzte dabei zu Boden und erhielt sofort einen Schlag in den Rücken; er stand auf und wollte zur Treppe, bekam aber gleich einen zweiten Hieb auf den Hinterkopf. Nun hat er den Schutzmännern, er solle doch aufhören zu schlagen, er habe mit der Sache nichts zu tun, er habe den ganzen Tag gearbeitet und wolle nun nach seiner Wohnung. Doch der Schutzmännern schlug blindwütend auf den die Treppe hinaufführenden ein und die linke Hand lag auf dem Boden. Biewald, der sich sofort klar war, um was es sich handelte, schrie laut auf, der Schutzmännern aber war feige genug, sofort umzukehren und zu verschwinden, ohne sich um sein Opfer zu kümmern.

Erst durch die „Volkswacht“ hat Biewald erfahren, daß gegen ihn ebenfalls das Untersuchungsverfahren schwebt. Bitter meinte er dazu: „Es fehlt bloß noch, daß sie mich jetzt auch in Haft nehmen.“ Dreimal war er bereits auf dem Polizeipräsidenten, wo ihm bis jetzt unter der Leitung des Polizeihauptmanns Koll 88 Schulleute vorgeführt worden sind, natürlich ohne jeden Erfolg. „Immerhin“, bemerkt die „Volkswacht“, „scheint die Suche nach dem Täter nun auch bei der Polizei und bei dem Untersuchungsrichter in Fluß gekommen zu sein, nach einer auch von uns neuerdings wieder genauer verfolgten Richtung hin. Vernehmungen in größerem Umfang haben bereits stattgefunden.“ —

Die Fahrkartensteuer in der bayerischen Abgeordnetenkammer. Die vom Reichstag in zweiter Lesung angenommene Fahrkartensteuer stößt überall im Lande auf Widerspruch. Die bayerische Abgeordnetenkammer fand heute Gelegenheit, sich mit der Frage zu beschäftigen. Die Liberalen haben einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung ersucht wird, die bayerischen Vertreter im Bundesrat möchten gegen die Fahrkartensteuer stimmen. Der Abgeordnete Köhl begründete den Antrag, worauf Finanzminister von Pfaff die Ansicht der Regierung darlegte. Er sagte laut telegraphischer Meldung: „Er denke über die Fahrkartensteuer ebenso wie der Verkehrsminister; auch er habe Bedenken gegen eine solche Steuer gehabt, da sie unter Umständen zu einer Minderung des Verkehrs, zur Verringerung der Einnahmen der bayerischen Staatsbahn führen könnte; aber alle Bedenken müßten, wie dies auch der Verkehrsminister vor kurzem erklärt habe, zurücktreten vor den höheren Zwecken; denn mit der Fahrkartensteuer würde die ganze Reichsfinanzreform scheitern. Darüber bestehe wohl heute vollständige Uebereinstimmung: die Fahrkartensteuer sei nur ein Teil der ganzen einheitlichen Reichstagsvorlage, und es sei der Regierung nicht möglich, einen einzelnen Teil herauszugreifen und abzulehnen. Im Interesse des großen Zieles, daß die Reichsfinanzreform zustande komme, könne die Regierung dem heutigen Antrag der Liberalen nicht entsprechen.“

Wenigstens äußerte sich der Verkehrsminister v. Frauen-dorfer.

Weinböck (fr. Rp.), Casselmann (Lib.) und unser Genosse Limm sprachen für den Antrag, während Pichler (Z.) sich gegen den Antrag erklärte mit der Begründung, es sei nicht angebracht, von Bayern aus gegen die nach langer Arbeit im Reichstage zustandgekommene Finanzreform einzugreifen. Schließlich wurde der Antrag der Liberalen gegen die Stimmen der Liberalen, der Freien Vereinigung und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Aus dem hannoverschen Stadtparlament.

Im hannoverschen Bürgervorsteher- (Stadtverordneten-) Kollegium schwächte schon seit Jahren eine heftige Fehde gegen den Bürgervorsteher und Architekten Max Küster, den Vorsitzenden der Deutschen Mittelstands-Vereinigung, Küster beteiligte sich an städtischen Subventionen, besonders am Rathausbau, und hat mit den übrigen Submittenten eine Vereinbarung getroffen, daß er der billigste bleiben sollte. Nachdem die Vereinbarung getroffen, erhöhte Küster seine Offerte noch um 1750 M. und erhielt die Arbeit. Darauf zahlte er an die zurückgetretenen Submittenten in Gemeinschaft mit seinem Kompagnon Meeren 10000 M. Entschädigung. Als das Bürgervorsteher-Kollegium diese Sache erfuhr, legte es Herrn Küster nahe, sein Ehrenamt niederzulegen. Küster weigerte sich und sagte deshalb das Bürgervorsteher-Kollegium im Oktober vorigen Jahres den Beschluß, daß Küster gegen die Urheber des Gerüchtes, den Maurermeister Düne, die Verleumdungsklage erheben solle, damit Klarheit geschaffen werde. Darauf klagte Küster. Das Schöffengericht sprach jedoch den Angeklagten Düne frei, da alle Anschuldigungen als erwiesen angesehen waren!

Das Urteil bedeutete die Vernichtung des Mittelstands-Leuchtturmes Küster, da es die „die Stadt offensichtlich schädigende Handlungsweise des Bürgervorstehers Küster“ brandmarkte und hervorhob, daß der Angeklagte Düne mit der Verleumdung der Sache sich ein Verdienst um die Stadt erworben habe.

Gegen dieses Urteil legte Küster Berufung ein, zog die Berufung jedoch kurz vor dem landgerichtlichen Termin zu aller Ueberraschung zurück.

Am Mittwoch abend beschäftigte sich nun das Bürgervorsteher-Kollegium erneut mit der Sache. Küster meinte, die ganze Attade gegen ihn sei persönliche Ränke des Vorsitzenden des Bürger-

vorsteher-Kollegiums, weil er sich nicht in jedem Fall dessen Willen unterwerfe. Der Vorsitzende selbst — Rechtsanwalt Wegener — müsse auch sein Mandat niederlegen, da er im Bürgervorsteher-Kollegium feierlich unterschrieben habe, seine städtischen Arbeiten zu übernehmen, und es doch tue! Schließlich meinte Küster: „Sie können beschließen was Sie wollen, gehen Sie auch nicht! Sie wollen mich dann gesellschaftlich schmeißen, das ist mir auch egal. Ich freue mich meines Lebens, Sie auch und damit Gott befohlen!“

Das Bürgervorsteher-Kollegium faßte darauf folgenden Beschluß:

„Nachdem Herr Bürgervorsteher Küster das Urteil des königlichen Schöffengerichts hat rechtskräftig werden lassen, fordert das Bürgervorsteher-Kollegium Herrn Küster auf, sein Amt als Bürgervorsteher niederzulegen.“

Im hannoverschen Bürgervorsteher-Kollegium scheint manches nicht gut bestellt zu sein. Es ist auffallend, daß Herr Wegener sich gegen den Vorwurf Küsters nicht verteidigte. Alle diese Erscheinungen sind eine Folge der hannoverschen Städte-Ordnung, die wohl für ein vorzüchliches Hirtenvolk paßt, nicht aber in die heutige Zeit. Man begreift ja auch unter solchen Umständen, daß die 24 „Vertreter der Stadtgemeinde“ alle Löcher hermetisch verschließen, durch die die Sozialdemokratie in das hannoversche Stadtparlament hineinschlüpfen könnte. Es ist die Angst vor — Enthüllungen.

Gegen die Fahrkartensteuer. Die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages brachte einen Antrag ein, wonach die badische Regierung ersucht wird, im Bundesrat gegen die Fahrkartensteuer zu stimmen und alles daran zu setzen, um die Einführung dieser rückwärtsgerichteten Verkehrssteuer zu verhindern. Die Debatte über diesen Antrag dürfte sehr interessant werden, da die badischen Nationalliberalen sich bisher immer als Freunde der Eisenbahntarif-Ermäßigung gerierten, während gleichzeitig drei badische nationalliberale Reichstags-Abgeordnete für die Fahrkartensteuer stimmten. —

Puttkamers „angegriffene Gesundheit.“ Das Scherl-Blatt läßt sich aus „parlamentarischen Kreisen“ melden, daß Gouverneur v. Puttkamer seine Gesundheit durch die „langjährige Tropen-dienstzeit“ derartig angegriffen fühle, daß er nicht nach Kamerun zurückkehren, sondern seinen Abschied „erbitten“ werde.

Danach scheint in Regierungskreisen Neigung vorhanden zu sein, dem wackeren Jesko einen „freiwilligen“ Abschied und obendrein noch Pension für seine jamole Tätigkeit zu gewähren! Hoffentlich wird Herr Erzberger seiner Partei klar zu machen wissen, daß einem so verdienten Kolonialpionier kein so fang- und klangvoller Abschied gebührt! —

Neue Kolonialforderungen!

Der Bundesrat wird am Sonnabend wiederum eine außerordentliche Plenarsitzung abhalten, in der noch die beiden Ergänzungsetats erledigt werden sollen, die der Reichstag noch vor der Vertagung verabschieden muß. In dem einen werden außerordentliche Ausgaben von rund 19 Millionen Mark, in dem anderen von rund 17 Millionen Mark angefordert. Außerdem bereits bekanntgegebenen größeren Summen für koloniale Zwecke werden 4 Millionen für Zwecke der Heeresverwaltung und etwa 12 Millionen für die südafrikanische Expedition beantragt.

Chronik der Majestätsbeleidigungen.

Vor der Strafkammer in Duisburg hatte sich am 16. d. M. der Gelegenheitsarbeiter Heinrich Peterkes aus Mülheim a. d. Ruhr wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten, deren er sich beim Betteln schuldig gemacht haben sollte. Peterkes bediente sich, als er beim Betteln abgefaßt wurde, über den Kaiser und den Papst einiger unflätiger Ausdrücke, um für längere Zeit Unterkommen auf Staatskosten zu erhalten. Das Gericht mußte ihn auf Grund unserer strafrechtlichen Bestimmungen wohl oder übel den Gefängnis um und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Neuer Antrag zur Fahrkartensteuer. Die Reichheitsparteien kurieren noch immer am Fahrkartentempel herum. Sie haben einen neuen Antrag eingebracht, der folgendermaßen lautet:

„Für Fahrkarten, welche zum halben Betrage des auf die Karte aufgedruckten Fahrpreises auszugeben werden (Kinderkarten), ist die Hälfte der für den vollen Fahrpreis festgesetzten Stempelabgabe, jedoch mindestens 5 Pf., zu entrichten. Bei Sonderfahrten usw., für deren Benutzung keine Fahrkarten ausgegeben werden, sondern der Preis in anderer Weise berechnet wird, ist ein Stempel in Höhe von zehn oder hundert des gesamten Beförderungspreises zu entrichten.“ —

Eine neue russische Grenzverletzung!

Der „Schles. Volksztg.“ wird aus Woguischuh gemeldet: Der Agent Hanke aus Wladowitz warb einen Trupp Arbeiter in Polen. Gestern passierten 24 Mann davon unerlaubt die Grenze zwischen Wladowitz und Eidenau. Trotzdem sie schon auf preussischer Seite waren, gab ein Kosak einen Schuß ab, der einen achtzehnjährigen Wurschen in den linken Fuß traf. Die Kugel durchlöcherte vollständig den Mittelfußknochen.

Da die Regierung sich bisher alle lokalen Grenzverletzungen ruhig hat gefallen lassen, darf man sich über deren stetige Wiederholung nicht wundern! Haiti oder höchstens Venezuela gegenüber trunpft man auf; den Grenzüberschreitungen der zarischen Soldateska gegenüber besitzt man die bekannte Rhinogeroshaut!

Morenas Gefangennahme bestätigt.

Das „W. Z. V.“ meldet: Wie nunmehr amtlich bestätigt wird, hat sich Morena mit 7 Mann der Kappolizei gestellt und soll nach Uppington gebracht werden.

Die aus den Heinen Karasbergen ausgebrochene Gottentosenbande hat sich, wie zu erwarten stand, in südlicher Richtung nach der unzugänglichen Gegend des Großen Fischflusses gezogen. Die von allen Seiten folgenden Truppen stellen fest, daß am 10. Mai Johannes Christian, Morris und ein dritter Führer namens Vielding bei Rosenbusch am Großen Fischfluß vereinigt waren.

Berichtigung. In die Notiz „Weiterer Rückgang der Schweinepreise“, Nummer 118 des „Vorwärts“ (Hauptblatt, Rubrik „Deutsches Reich“), hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die dort genannten Schweinepreise verstehen sich, wie aus der Einzu-führung, daß der Unterschied zwischen früher und jetzt 17 Pf. pro Pfund beträgt, deutlich hervorgeht, nicht pro Doppelzentner, sondern pro Zentner.

Ausland.

Oesterreich.

Der neue Weis.

Wenn der neue österreichische Ministerpräsident Prinz Hohenlohe-Schillingsfürst auf seiner weiteren politischen Laufbahn das hält, was nach seinen bisherigen Worten von ihm erwartet werden kann, so darf sich das österreichische Volk gratulieren zu dem neuen Weis, der mit Hohenlohe in die Regierung eingezogen zu sein scheint.

Ueber das Debüt des Ministerpräsidenten im Abgeordneten-hause hatten wir am Mittwoch bereits in aller Kürze berichtet. Nun hat er sich am Donnerstag auch dem österreichischen Herren-hause vorgestellt und vor dessen adeliger Sippe ebenso mannhaft für das allgemeine Wahlrecht plädiert wie vorher im Hause der

Abgeordneten. Wir gütieren einige Sätze aus Hohenlohes Red im Herrenhause:

„... Vor allem ist es die Pflicht der Regierung, die Wahlreform durchzuführen...“

„... Ob die verehrten Herren, die jetzt die Kurie des Großgrundbesitzes vertreten, im neuen Parlament Sitz und Stimme haben werden, das hängt wesentlich von ihnen ab.“

„... Durch das allgemeine Wahlrecht wird dem Gebot der politischen und sozialen Gerechtigkeit entsprochen; wer zu Leistungen für den Staat verpflichtet ist, der muß auch an den öffentlichen Rechten teilnehmen...“

„... Wir sind aber auch entschlossen, Gesetz und Recht gegenüber jedermann ohne Ansehen der Person zur Geltung zu bringen, denn das Gesetz muß für und gegen jeden mit gleicher Energie gehandhabt werden, weil nur dann der wahrhaft adelige Gedanke der Rechtsgleichheit im öffentlichen Bewußtsein Wurze fassen kann. Die Gleichheit vor dem Gesetz muß ebenso uner-schütterlich sein wie der Respekt vor ihm, und diesen Respekt überall unumschrieben zur Geltung zu bringen, soll stets unsere erste Aufgabe sein...“

Das läßt sich wohl hören. —

Frankreich.

Der Parteistreit um die Stichwahlakt.

Paris, 16. Mai. (Fig. Ver.)

Die Meinungsverschiedenheiten wegen der Haltung der Partei bei den Stichwahlen haben eine Diskussion hervorgerufen, die ein unerfreuliches Ergebnis zeigt. Die Beschlüsse des Föderalrats der Exekutivkommission der Seine-Föderation, wonach Kandidat der Sozialisten im 15. Arrondissement der Radikal Chautard sein soll und im 18. Arrondissement der Radikal Guiffon, finden in den Wahlkreisen keine Befolgung. Coutures, der sozialistische Kandidat im 18. Arrondissement beruft sich auf den Beschluß des letzten Föderationskongresses, der in der Tat die Unterstützung der Radikalen nur unter bestimmten Bedingungen zuließ (Erweiterung des Gewerkschaftsrechts, Verpflichtung auf das Altkonstitutium mit Proporz) und die Wahlkreisorganisation des 15. Arrondissements protestiert gegen die Erklärung der Exekutivkommission, daß die Kandidat, Geno Aubriot, die Disziplin gebrochen habe. Ingleich erklärt sie, die sie an den nächsten Föderationskongress appellieren und dort gegen die Verletzung der Beschlüsse des Gesamtparteitag und des Föderationskongresses Beschwerde erheben werde. —

In der Provinz hat namentlich die Situation in Belgien heftige Erörterungen herbeigeführt. Dort erhielt im ersten Wahlgang der Radikalsozialist Lafferre 10728, Genosse Cahy 7007, ein „unabhängiger Radikalsozialist“ 8470 Stimmen. Die unabhängigen, von den Radikalen unterstützten Kandidat hat nun die Pflicht und seine Wähler aufgefordert, für Cahy zu stimmen. Die Radikalen aber fordern, daß Cahy zurücktrete, und ein Teil d Genossen ist ihrer Ansicht. Die Organisation jedoch hat beschloß die Kandidatur Cahy aufrechtzuerhalten.

Die Situation in Belgien ist also wie in Paris XV. Paris XIII hingegen liegt der Fall so, daß die Aufrechterhaltung der sozialistischen Kandidatur das Mandat den Nationalisten in die Hände spielen könnte. Das wäre schon darum zu bedauern, in Guiffon ein fortgeschrittener Demokrat und eine bedeutende Autorität auf dem Gebiete des Unterrichtswezens ist.

Mag hier die Haltung der sozialistischen Kandidaten wunderbar erscheinen, so verhält sich die Sache in den Wahlkreisen wo neben den Radikalen nur die sozialistischen Kandidaten in Frage kommen, denn doch nicht so einfach, daß das Schlagwort von republikanischer Solidarität zur Lösung genügen würde. Man muß auch das Argument heranzuziehen, daß die Sozialisten bei Mandate von der Günst der Radikalen empfangen dürften. Nach dieser Logik hätten es die Reaktionäre in der Hand, die Sozialisten überhaupt das Kandidieren unmöglich zu machen. Es braucht bloß die Parole auszugeben: Dort, wo die Sozialisten einige Aussicht haben, schon im ersten Wahlgang für sie zu stimmen und die sozialistischen Kandidaten dürften dann keine Wahl nehmen! — Die Radikalen sind begrifflicherweise unbedingte Anhänger eines Pakts, bei dem sie die größten Profite machen und die praktische Bedeutung hat, daß die Reaktionäre, wo sie nicht absolute Mehrheit haben, verdrängt werden, mag ihre relative Mehrheit noch so bedeutend sein. Die Sozialisten indes — unter ihnen merkwürdigerweise besonders die Befürworter des Pakts mit den Radikalen — sind Anhänger des Proporzionalismus, und da ist es doch immerhin sonderbar, daß sie einen solchen Eifer darauf wenden sollen, den Radikalen die Zahl von Mandaten zu verschaffen, die ganz außer Verhältnis ihrer Wählerzahl steht. Zwischen dem Prinzip des Proporz und der Taktik der unbedingten Verdrängung der konservativen Parteien besteht ein Widerspruch, über den man sich noch nicht geworden zu sein scheint. —

Italien.

Sonnino Ende.

Zum dritten Male seit weniger als einem halben Jahre ist König von Italien in die Situation geraten, mit einem neu Kabinett arbeiten zu müssen. — Wir haben das Ministerium Sonnino seit seinem Entschließen mit Interesse verfolgt, weil des Antrittsrede so schön klang, daß man beinahe glauben mochte, werde nun eine bessere Zeit für Italien hereinbrechen. Aber es hat sich wieder der alte Sach bewahrheitet: Die Minister kommen und gehen in einem monarchischen Staate, das System aber bleibt.

Eine Lappalie hat Sonnino und sein Kabinett ins Wanken gebracht. Während er nämlich verlangte, daß spätestens am 28. d. Mts. der Kommissionsbericht über die Verstaatlichung d italienischen Südbahn in der Deputiertenkammer vorgelegt werden solle, nahm die Kammer mit 170 gegen 152 Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen eine Tagesordnung Maggiolino-Ferrari an, in die die Feststellung des von der Regierung geforderten Termins e gelehnt wird.

Das war alles! Gerade darauf geht aber hervor, daß die eigentlichen Gegensätze weit schärferer Natur sein müssen. In deuteten ja schon nach der Mandatniederlegung der sozialistischen Abgeordneten an, daß die Stellung Sonninos durch jenen Vorfall festigt worden sein dürfte.

Der König von Italien scheint auch dieser neuen Situation gegenüber wieder aus dem Schwanken, Zaudern und Hebeln nicht herauszukommen. Zwar heißt es, er plane, Sonnino mit Bildung eines neuen Kabinetts zu betrauen, aber dann wie verlautet, Giolitti oder auch Gallo habe Chancen, als Ministerpräsidenten erkoren zu werden.

Erst morgen wird sich in der verwickelten Situation klären lassen. —

Wir erhalten folgendes Privattelegramm:

Die Ministerkrise entspringt einem raffinierten Handstreich der Liberalen Opposition, die Giolittis Rückkehr herbeizuführen wünscht.

Als einzig logische Lösung fordern „Avanti“ und andere Blätter die Auflösung des Parlamentes.

Schweden.

Der Schiffbruch der Wahlrechtsreform.

Die Wahlrechtsreform, für die das schwedische Volk so 20 Jahren kämpft, ist also wieder einmal bereitet worden. Die erste Kammer, der scheinbar unerschütterliche Hort der Reak hat sie zu Fall gebracht — statt für die der Volkswelt annehmbare Regierungsvorlage — für ein Proportionalssystem, verbunden mit einer weiteren Einschränkung des Wahlrechts, gestimmt das einen Schein von Gerechtigkeit dadurch gewinnen sollte, daß man es für die Abgeordnetenwahlen zu beiden Kammern ein-

Reichstag.

106. Sitzung vom Freitag, den 18. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitzung: Herr v. Stengel, Herr v. Rheinbaben. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen.

Die beiden Paragraphen des Gesetzes und das ganze Gesetz werden angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Reichsfinanzreform. Abg. Büsing (natl.): An dem großen Werk der Finanzreform hat sich die bürgerliche Linke leider nicht fruchtbringend beteiligt. Sie verlangt eine Reichseinkommensteuer. Wir aber sind kein Einheitsstaat, sondern ein Bundesstaat, und deshalb ist die Reichseinkommensteuer zu verwerfen. (Sehr richtig! rechts.) Dazu kommt, daß die Leistungsfähigkeit der kräftigen Schultern auch begrenzt ist, und der Staat hat kein Interesse daran, die für den Staat nützliche Agitations- und Aktionskraft der besitzenden Klassen zu schwächen. Auch gegen die Reichsvermögensteuer erheben sich schwere Bedenken. Das Entscheidende ist, daß im Reichstage eine Mehrheit dafür nicht zu haben ist, und der Wille der Mehrheit des Reichstages ist der Wille des deutschen Volkes, oder man möchte jedes Gesetz zur Volksabstimmung stellen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ja, Sie wollen das, aber die bürgerliche Linke will, hoffe ich, diesen Weg nicht gehen. Opfer muß jeder bringen, und keiner darf verlangen, daß nur sein Nachbar Opfer bringt und er verschont wird. (Stürmisches Sehr richtig! links.) Die Finanzreform, die wir schaffen, ist ein nationales Werk. (Bravo! rechts.)

Abg. Nollenbuh (Soz.):

Herr Büsing hat das Verhalten der Mehrheitsparteien zu recht fertigen gesucht. Ob es ihm gelungen ist, das wird die Aufnahme seiner Rede im Lande zeigen. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Er hat gesagt: Niemand hat das Recht zu verlangen, daß er von den Steuern verschont bleibt. Dieser sehr richtige Satz paßt aber eigentlich recht schlecht zu seinen anderen Ausführungen. Wenn der Satz richtig ist, dann hätten die Mehrheitsparteien auch demnach handeln sollen. Wer aber Wein trinkt, wird von der Biersteuer, wer Zigaretten raucht, von der Zigarettensteuer, wer nicht Automobil fährt, von der Automobilsteuer nicht getroffen. Wollen Sie alle gleichmäßig treffen, so müssen Sie jeden direkt besteuern und eine progressive Reichseinkommen- und Vermögenssteuer beschließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie durchaus keine direkte Steuer erheben wollen, so könnte ja das Reichsfinanzamt sich bereit erklären, die Einkommensteuer für eine indirekte Steuer zu erklären. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) So wie es das schon bei anderen Staaten getan hat. Wenn große Summen aus den Steuern aufgebracht werden sollen, müssen in erster Linie die Besitzenden, nicht die ärmeren Klassen herangezogen werden. Aber Sie benutzen die Taschen der ärmeren Leute, um den reicheren die Taschen zu füllen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Heute wird das Einkommen der ärmsten Leute mit 10 Proz. besteuert, bei den reichsten kommt etwa ein Tausendstel Prozent heraus. Und dazu kommt noch, daß Sie den Armen das Brot und das Fleisch verteuern haben, um den Großgrundbesitzern die Taschen zu füllen. Am Reiche haben nicht nur die Reichen Interesse, sagt Herr Büsing. Es gibt aber Institutionen, die vorwiegend für die Reichen geschaffen sind. Wenn es bei Heer und Marine auch nicht so in die Augen springt, so ist es bei den Hochschulgeldern ganz offenbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Büsing meinte, die Steuerreform, wie sie vorliegt, wäre eine große Tat. Er hätte besser getan, für einige der beschlossenen Gesetze noch drei oder vier Lesungen zu beantragen, so unweiss sind sie noch. Wenn man solche Gesetze macht, sollte man doch zum mindesten dafür sorgen, daß sie in ihrer Fassung unangreifbar sind. Herr Büsing sagte, die Steuerreform müßte schleunigt unter Dach gebracht werden. Daß Geld gebraucht wird, wissen wir doch nicht erst seit dieser Session. Sie (zu den Nationalliberalen) haben ja systematisch darauf hingearbeitet, den Reichsdalles herbeizuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit welcher Bewilligungsfreudigkeit haben Sie allen Militärforderungen zugestimmt! Und seit 1893 ist dann auch das Zentrum mit den Nationalliberalen in Konflikt geraten und hat bewiesen, daß es ihnen im Bewilligungseifer noch über ist. Also jeder mußte wissen, daß wir in eine Finanzklemme hineinkommen. Aber vielleicht haben die Herren absichtlich diese Finanzklemme herbeigeführt, um einen Grund für ihre Zustimmung zu den wahnwitzigen Schutzzöllen zu erhalten, wie sie die katholischen Bauernvereine und der Bund der Landwirte forderten? Aber diese Zölle helfen nicht über die Frage der Geldbeschaffung hinweg. Von den Reichen wollte man das Geld nicht nehmen; also hat man Steuererhöhungen von der Art gemacht, wie sie jetzt hier vorliegen.

Ich will nicht die einzelnen Steuererhöhungen in einzelnen Hier der Kritik unterziehen. Aber als Beispiel will ich das Gesetz herausgreifen, das am meisten abgeändert worden ist. Das Zigarettensteuer-Gesetz, das auch am besten ein Beweisstück für die gesetzgeberische Unfähigkeit darstellt, wie es wohl noch kein Parlament der Welt aufzuweisen hat. (Verschiedentlich Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr unweiss! bei den Nationalliberalen. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich weiß ja, daß es Herrn Büsing sehr ärgert, wenn man sagt, seine Kommission hätte keine Meisterstücke hervorgebracht. Aber Sie brauchen sich nur den Werdegang des Zigarettensteuergesetzes anzusehen, um zu erkennen, daß Sie es hier mit einem so wunderbaren Stück Gesetzeshunst zu tun haben, wie Sie es noch nicht erlebt haben. Der Regierungsentwurf wurde von der Kommission für unbrauchbar gehalten und abgelehnt. Aus einem Antrag Nr. 20, der ein ganz anderes Steuersystem vorschlug, wurde ein vollkommen neues Gesetz, die Vonderolosensteuer, gemacht. Aber die einzelnen Paragraphen waren nur Uebungsstücke des gesetzgeberischen Dilettantismus. (Sehr wahr! links.) Wir fingen an, den Gesetzentwurf zu kritisieren, die Mehrheit fing an, Änderungsanträge zu stellen. Von den Leuten, die erst den Antrag 20 zum Gesetz erhoben hatten, wurden zu nicht weniger als 23 Paragraphen Änderungsanträge beantragt! (Hört! hört! links.) Sie waren aber schon in der ersten Lesung zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht ein einziger der von ihnen beschlossenen Paragraphen brauchbar war. Aber damit war's noch nicht zu Ende. Zu diesen 23 Änderungsanträgen wurden noch eine ganze Reihe von Ergänzungsanträgen gestellt. Und als der Gesetzentwurf endlich fertig war, da war ich der festen Ueberzeugung, das Plenum werde ihn ohne weiteres an die Kommission zurückverweisen; denn ich konnte mir nicht denken, daß ein Jurist im Hause sein werde, der ein solches Gesetz würde durchgehen lassen. Aber inzwischen habe ich erfahren, daß bei diesem Gesetz wohl etwas anderes als ledigliche Veranlassungsgründe mitgespielt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wahrscheinlich hat man der Regierung das Versprechen gegeben, ihr um jeden Preis ein fertiges Gesetz zu überreichen; denn schon nach der zweiten Lesung in der Kommission erlich der Reichsfinanzsekretär ein Rundschreiben an die Bundesregierungen, es könne angenommen werden, daß auch das Plenum dieser Besteuerung des Zigarettenabfalls zustimmen werde, und da für die Einführung des Gesetzes dann nicht mehr lange Zeit zur Verfügung stehen würde, möchten die Bundesregierungen das hierfür erforderliche — soweit angängig — schon jetzt vorbereiten. (Wissendes Hört! hört! links.)

Man wird also der Regierung wohl rechtzeitig Garantien gegeben haben, und so mußte man, was auch für soziale Bedenken, für staatsrechtliche Schwierigkeiten, für juristische Mängel und steuerrechtliche Unmöglichkeiten dem Gesetz anhafteten, es gleichwohl zu stande bringen. Nur so ist es zu verstehen, daß das Gesetz in der Form, wie es geschah, in der zweiten Lesung zur Annahme

kommen konnte. Wiederholt hatten wir nachgewiesen, daß das Werk der Kommission keineswegs fehlerfrei sei. Die Mehrheit hat auch gar nicht den Versuch gemacht, die Fehler dieses Gesetzes zu verteidigen, sondern sie hat es eben nur angenommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir aber mit unserer Kritik recht hatten, beweisen die Anträge, die gegenwärtig dem Hause wieder vorliegen und durch die in dritter Lesung das ganze Gesetz wieder umgestoßen werden soll. Aber Sie werden jetzt in der dritten Lesung nichts Besseres schaffen, sondern an Stelle des einfach Unbrauchbaren, das bisher beschlossen worden war, etwas anderes Unmögliches schaffen. Die Schwächen hatten eben nicht nur den einzelnen Bestimmungen, sondern dem ganzen Gesetze an, und da Sie mit dem System nicht brechen wollen, so bleiben alle Schwächen, die von vornherein dem ersten Antrage, Nr. 20 anhafteten. Für die Ablehnung der Vonderolosensteuer sprechen all' die Gründe, die im Kommissionsbericht meisterhaft gegen das Tabaksteuergesetz angeführt worden sind. Genau dieselben sozialen Bedenken wie dort treffen auch gegen die Zigarettensteuer zu, und wenn es nicht so viele Arbeiter trifft, trifft es doch diejenigen, die betroffen werden, um so schlimmer. Wir stimmen aus sozialen und auch aus staatsrechtlichen Bedenken gegen die Vorlage. Aufmerksam machen will ich noch darauf, daß mir noch nie ein Gesetz vorgekommen ist, in dem ein Steuerobjekt so unklar bezeichnet wird, wie es hier in § 2 geschehen ist. Bei Tabak, Bier, Branntwein und Zucker und bei den anderen Objekten, auf die Inlandsteuern erhoben werden, weiß man ganz genau, worum es sich handelt. Aber hier gibt's 2 keine bestimmte Definition dessen, was eigentlich versteuert werden soll. In § 4 wird sogar dem Bundesrat die Vollmacht gegeben, auch noch Tabak und andere Dinge, die zur Herstellung von Zigaretten gebraucht werden, der Steuer zu unterwerfen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Entwurf ist eigentlich nicht weiter als die Unterschrift unter einem Blankozept. Ich dachte demnach, daß es mit der Pflicht der Abgeordneten nicht vereinbar ist, derartige Schriftstücke mit ihrer Unterschrift aus der Hand zu geben, sondern daß vielmehr die Abgeordneten die Pflicht haben, die Rechte des Volkes zu wahren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz ist so mangelhaft, daß selbst wenn ich mit dem System der Vonderolosensteuer einverstanden wäre, ich doch gegen das Gesetz stimmen möchte, weil ich nicht für ein Gesetz eintreten könnte, von dem seine Väter eigentlich gar nicht wissen, welche Tragweite es hat.

Der Abg. Büsing ist der Meinung, daß die Kommission große Taten vollbracht habe. Nun, mit welcher Oberflächlichkeit da gearbeitet worden ist, zeigt der § 9, nach dem die Verkäufer von Zigaretten und Zigarettenabfall der Steuerbehörde eine Beschreibung ihrer Verkaufsräume einreichen müssen. Was hat es denn für einen Zweck für die Steuerbehörde, wenn ihr da mitgeteilt wird, eine Verkaufsstelle sei 2/3 Meter breit, 1/2 Meter lang und 2/3 Meter hoch usw.? Derartige Beschreibungen werden wahrscheinlich 20 000 Stück eingehen. Sie könnten aber doch höchstens für einen Kulturhistoriker Wert haben, der nach 100 Jahren daraus feststellen könnte, was für wirtschaftliche Zustände zu unserer Zeit geherrscht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielmehr erklärt auch die Steuerbehörde, daß eine Beschreibung nicht stimme, weil in der Ecke ein Vogelhaus hänge, das nicht angegeben worden sei. (Heiterkeit links.) Zur Feststellung irgend eines Verlustes gegen das Gesetz kann diese Vorschrift nicht dienen. Wir könnten aus jedem Satze der Vorlage nach den Beschüssen zweiter Lesung nachweisen, daß nicht ein einziger Paragraph, ja nicht ein einziger Satz haltbar ist, und solches Gesetz soll jetzt angenommen werden!

Wir stimmen aus sozialen Gründen gegen das Gesetz, weil es Tausende von Arbeitern schädigt und der Volkstanz des amerikanischen Trunks die Wege ebnet. Wir stimmen aus staatsrechtlichen Bedenken dagegen, weil dem Bundesrat die Vollmacht gegeben wird, Steuern einzuführen, die der Reichstag nicht bewilligt hat. Wir stimmen auch gegen das Gesetz wegen seiner ganzen mangelhaften Ausgestaltung. Die Mehrheit tritt für diese Vorlage ein, weil sie Ausgaben zugestimmt hat, von denen sie wußte, daß durch sie das Reich finanziell auf dem Hund kommen müsse, wenn keine neuen Steuern bewilligt werden. Wir lehnen die Vorlage ab, durch die die Bevölkerung auf das schwerste geschädigt wird. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dietrich (L.): Es zeigt die Schwäche der Kritik des Abgeordneten Nollenbuh, daß er die bei der Debatte vorgebrachten Argumente wiederholt und von der Belastung der Beschäftigten spricht. Gerade die Beschäftigten werden von den in zweiter Lesung angenommenen Steuern nicht getroffen. (Sehr richtig! rechts.) Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wegen die Fahrkartensteuer allerdings haben auch wir so erhebliche Bedenken, daß ihretwegen auch von meinen Freunden einige gegen die ganze Reform stimmen werden. Diese Bedenken liegen auf staatsrechtlichem Gebiete, weil wir hier einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten sehen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Abgeordneter Büsing sagt: Niemand soll verlangen, daß er steuerfrei bleibe und der andere zahle; hier aber handelt es sich darum, einzelne Gewerbe, Brauereien, Zigarettenfabrikation, ausnahmsweise mit Steuern zu belegen, also grade das Gegenteil von dem, was Abgeordneter Büsing verlangt. Wir lehnen daher diese Gesetze ab. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Die große Masse der Bevölkerung, die die Eisenbahnen benutzt, wird von ihren höchst mäßigen Sätzen gar nicht getroffen.

§ 6 des Flottengesetzes ist uns ein beachtenswerter wichtiger Grundsat. Es kann auch gar nicht bestritten werden, daß durch das Reich die armen Volksschichten schwerer belastet worden sind. Dafür werden die Lasten in Staat und Kommune mehr von den Wohlhabenden getragen. Wenn wir hier im Reiche das für Deutschlands Wehrkraft Notwendige bewilligen und sich die Interessenten um jeden Pfennig Steuer streiten, das macht auf das Ausland keinen stolzen und vornehmen Eindruck. (Lebhafte Weisfall im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Es ist eine durchaus verfehlte sozialistische Auffassung, daß die indirekten Steuern die ärmeren Klassen schwerer treffen als die Reichen. (Große Heiterkeit links.) Es ist ganz und gar nicht richtig, daß die neuen Steuern die schwächeren Schultern belasten. (Lachen links, Zurufe.) Die Zigarettensteuer? — Ja, aber die Arbeiter rauchen doch Zigaretten nur in minimalem Maße. Die Fahrkartensteuer? — Ja, der Personenerwerb macht Kosten, der Güterverkehr allein bringt die hohen Ueberschüsse. — Das Bier ist auch ein Artikel, der verhältnismäßig von den Wohlhabenden mehr getrunken wird als von den Arbeitern. Viel ist auch gesprochen von der Erbschaftsteuer. Wenn Sie wegen dieser Steuer die Reformen scheitern lassen wollen, können Sie es den anderen nicht verdenken, daß sie es wegen anderer Steuern tun.

Abg. Dr. Pöschke (fr. Sp.): Ein patriotischer Appell bei Steuererhöhungen ist immer verächtlich. Wir wissen sehr gut, was wir der nationalen Würde des Reiches schuldig sind. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Solch Appell wirkt auf uns daher weniger als eine politische Motive. Wir stimmen gegen die Steuererhöhungen, weil sie eine Belastung der am wenigsten leistungsfähigen Kreise und eine Belastung des Verkehrs darstellen. Wir leugnen den Mehrbedarf des Reiches auch nicht, wollen ihn aber anders decken. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, 50 Millionen aus der Branntwein-, 70 Millionen aus der Vermögens-, 70 Millionen aus der Erbschaftsteuer zu deduzieren; also 190 Millionen. Theoretisch gibt man uns die Möglichkeit einer solchen Steuerpolitik zu, also muß sich auch praktisch richtig sein. (Weisfall bei den Freisinnigen.)

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

Unsere prinzipielle Stellung geht dahin, daß wir jede Steuer ablehnen, die eine weitere Belastung der breiten Masse bringt und die nicht auf dem Grundsat einer direkten Einkommensteuer aufgebaut ist. Und da, wo dieser Grundsat annähernd gewahrt wird,

— wie bei der Erbschaftsteuer — stimmen wir zu. Herr v. Kardorff sagte, die Arbeiter müßten auch etwas leisten. Nun, die Arbeiter leisten schon einen sehr großen Teil aller Lasten, die für die Ausgaben des Reiches notwendig sind. Die Zölle und Verbrauchsabgaben bedeuten eine sehr starke Belastung der Arbeiter. Der Streit darüber, ob die Last der neuen Steuererhöhungen von der großen Masse des Volkes oder von den besitzenden Klassen getragen werde, wäre vollständig überflüssig, wenn Sie den Weg einer progressiven Einkommensteuer beschritten hätten. Nun hat Herr Spahn verfassungsmäßige Bedenken gegen eine solche Steuer erhoben, weil dadurch in die Reichsiphäre der Einzelstaaten eingegriffen würde. Er hat aber andererseits betont, daß man feinerzeit doch zu einer Einkommensteuer kommen würde. Nun — damit ist also die Reichseinkommensteuer nur eine Frage der Zeit! Die verfassungsmäßigen Bedenken können doch da nicht so erheblich sein, daß man daran eine so wichtige Reform scheitern läßt. Bei einer solchen Reform kommt es doch vor allem darauf an, ob die Belastung eine gerechte ist. Man darf sich nicht fragen: Wir nehmen das Geld, wo wir es finden, sondern man muß einen gerechten Weg der Besteuerung suchen. Das hat aber die Mehrheit verjagt.

Der Abg. Büsing meinte, die Reichstagsmehrheit sei auch die Mehrheit des deutschen Volkes. Das ist ein großer Irrtum. Ich möchte dem Abg. Büsing und seinen Parteigenossen raten, den Wählern vorher genau zu sagen, wie sie sich zu den Vorlagen stellen werden. Dann würde wahrscheinlich das Ergebnis der Wahl ein ganz anderes sein. (Sehr richtig! links.) Aber von den Nationalliberalen wird den Wählern vor der Wahl nie klarer Wein eingeschänkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist durchaus richtig, daß die Sozialdemokratie die Entscheidung in einer so wichtigen Frage durch eine Volksabstimmung treffen lassen will. Gesetze das, so würden wir ja sehen, ob die Reichstagsmehrheit auch die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich hat.

Weiter war es mir interessant, von dem Abg. Büsing zu hören, daß eigentlich gar keine Stimmung für eine Reichseinkommensteuer vorhanden sei. Es mag sein, daß der Abg. Büsing die Ansichten seiner Parteigenossen im Lande richtig wiedergibt. Dann will ich ihm aber erklären, daß wir etwas Aufklärung in diese Kreise tragen werden. Die Stimmung wird sich dann bald ändern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ob dann aber Herr Büsing bei der nächsten Wahl hier wieder erscheint, ist mir zweifelhaft. — Der preussische Finanzminister hat bei der zweiten Beratung dieser Vorlage mit außerordentlichem Nachdruck ihre Bedeutung betont und ausgeführt, daß der Finanzverwaltung eine Barriere errichtet werden müsse. Ich meine, man hätte die Barriere früher aufbauen und den Staat nicht ohne Rücksicht auf die Einnahmen wirtschafte lassen sollen. Es ist aber doch sehr zweifelhaft, ob das Reichsfinanzamt die Grenzen innehalten wird, die ihm gesteckt wurden. — Der Finanzminister hat weiter gesagt, die Kulturaufgaben wüßten fortgesetzt; deshalb sei es nötig, den Einzelstaaten ihre Einnahmen nicht zu nehmen, sondern ihnen neue Quellen zu erschließen. Was die Kulturaufgaben betrifft, so herrscht nirgends eine solche Rücksichtslosigkeit wie in Preußen. Die jämmerlichste Volksschule in Deutschland ist die preussische. Möge die preussische Regierung doch da endlich einmal für Besserung sorgen! Wir werden diese ganze Vorlage, die eine neue Belastung der arbeitenden Klassen herbeiführt, ablehnen. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Zur Orientierung teile ich mit, daß über das Mantelgesetz vom Abg. Wassermann namentliche Abstimmung beantragt ist.

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): In den letzten Tagen sind wir wieder mit einer Flut von Änderungsanträgen überschüttet worden, die zum Teil recht erhebliche Änderungen an den Beschüssen zweiter Lesung bedeuten. Sie gründlich durchzuerörtern, ist ganz unmöglich; aber sie beweisen, wie wenig die Mehrheit selbst sich über diese Gesetze und ihre Tragweite klar ist. (Sehr richtig! bei der freisinnigen Vereinigung.) Die Steuererhöhungen sind gemacht nach der Maxime, die der nationalliberale Abg. Wöttger heute im „Tag“ gezeichnet hat mit den Worten: „Mach Geld, denn's geht, auf erbliche Weise, aber vor allem: mach Geld!“ (Große Heiterkeit.) Ich habe lange kein so wahres Wort aus nationalliberalem Munde gehört, wie diese Devise eines skrupellosen Amerikaners. (Weisfall links.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Die Diskussion ist geschlossen.

Vom Abg. Singer ist namentliche Abstimmung über das Verbrauchsteuergesetz, das Zigarettensteuergesetz, die Fahrkartensteuer beantragt.

Abg. Büsing (zur Geschäftsordnung): Diese Anträge auf namentliche Abstimmung sind nicht zulässig, da wir in der dritten Lesung über ein Gesetz insgesamt nicht abstimmen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich schlage dem Hause vor, die Entscheidung hierüber zurückzustellen, bis wir zur Abstimmung kommen. (Große Heiterkeit. Unter andauernder Heiterkeit löst Graf Ballestrem den Vizepräsidenten ab.)

Es folgt die Beratung über das

Brauereigesetz.

Zu § 1 beantragt Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) die Ausdehnung des Surrogatverbots auf das sogenannte Maßbier und eine Milderung der Uebergangsbestimmungen für das Surrogatverbot.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) befürwortet seinen Antrag. Abg. Dr. Spahn (Z.) wendet sich gegen diesen Antrag. Abg. Rettig (L.) hält den zweiten Antrag Müller-Sagan für akzeptabel, falls die Regierung keine Bedenken dagegen hat.

Präs. Graf Ballestrem teilt mit, daß Abg. Müller-Sagan den zweiten Antrag soeben zurückgezogen habe. Direktor im Reichsfinanzamt Kühn wendet sich gegen den ersten Antrag Müller-Sagan, weil der Begriff des sogenannten Maßbieres nicht feststehe.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimme des Abg. Müller-Sagan (Heiterkeit) abgelehnt. § 1 wird nach den Beschüssen zweiter Lesung angenommen.

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß der Abg. Singer, um eine lange Geschäftsordnungsdebatte zu vermeiden, seine Anträge auf namentliche Abstimmung nunmehr zu einzelnen Paragraphen gestellt habe.

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich wollte nur bemerken, daß ich, wenn ich gewollt hätte, auch über die einzelnen Steuererhöhungen namentliche Abstimmungen hätte herbeiführen können. Ich brauchte nur beim Mantelgesetz, wo die Steuern einzeln aufgeführt sind, gesonderte namentliche Abstimmung über die einzelnen Positionen zu beantragen. (Abg. Büsing: Sehr richtig! Große Heiterkeit.)

Zu § 1a wird nach kurzer Debatte ein Antrag Rettig (L.) angenommen, wonach der Bundesrat befugt ist, den Zucker von der Drausteuern gänzlich freizulassen.

§ 16 wird ohne Debatte angenommen. Abg. Kopsch (fr. Sp.) begründet folgenden Antrag als § 15: „In Gemäßheit von Artikel 5 II § 7 des Zollvereinigungsvertrages vom 8. Juli 1867 von Kommunen oder Korporationen erhobene Abgaben auf obergärtige Biere dürfen nur in Höhe bis zu 2/3 des Betrages der Abgabe auf untergärtige Biere erhoben werden.“

Abg. Gamp (Sp.): Herr Kopsch sollte darauf hinwirken, daß die Gemeinde, der er angehört, die obergärtigen Biere weniger besteuert.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich bitte Sie, den Antrag Kopsch anzunehmen. Er bietet wenigstens einen kleinen Ausgleich für die bisher vielfach sehr ungerichte Behandlung des obergärtigen Bieres. In einem großen Teile von Gemeinden, die bisher kommunale Biersteuer erhoben haben, wird durch eine solche Bestimmung nur der bestehende Zustand festgelegt; denn in ihnen ist man bisher aber so gerecht gewesen, obergärtige Biere weniger zu besteuern als untergärtige. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Kopsch (fr. Sp.) wird hierauf gegen die Stimmen der Linken und der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

§ 3a enthält die Steuerfrage. Er bestimmt in Absatz 2, daß mehrere in einer Hand befindliche Brauereien als ein Brauereibetrieb angesehen werden, wenn sie ein wirtschaftlich zusammenhängendes Unternehmen bilden oder wenn sie innerhalb derselben Gemeinde oder nicht weiter als zehn Kilometer von einander entfernt liegen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt die Worte: „wenn sie ein wirtschaftlich zusammenhängendes Unternehmen bilden oder“ zu streichen.

Abg. Subiel (Soz.):

Es ist ja keine Aussicht vorhanden, daß die Mehrheit, welche sich hier zusammengefunden hat, an ihren Beschüssen noch irgend etwas ändern läßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will nur die Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß die Statistik der Regierung über das Gastwirtsgebet jeder Unterlage entbehrt. Sie hat dazu geführt, daß sich im Publikum ganz falsche Anschauungen über das Gastwirtsgebet gebildet haben. Ein Teil des Publikums glaubt wirklich, es würden hohe Gewinne aus dem Gast- und Schankgebet herausgewirtschaftet. Der preussische Finanzminister hat sich sogar zu der Behauptung vertriegen: es würde nicht zu dauern sein, wenn die Hälfte der Gast- und Schankwirts aus dem Erwerbleben ausgeschlossen würden. In der Tat ist fast kein Gewerbe so mit Steuern belastet und von der Polizei so abhängig wie das Gastwirtsgebet.

Mit der Stafflung sollen die kleinen und mittleren Brauer geschützt werden, aber der bayerische Finanzminister Freiherr v. Nibel hat 1899 erklärt, daß eine Stafflung niemals den Aufschwungsprozess der kleinen durch die großen Brauer aufhalten könne. Bereits haben die Brauer beschloffen, den Preis des Hektoliter Bieres um 2,50 M. zu erhöhen. Diese Verteuerung können die Gastwirts nicht tragen, die müssen das Bier verteuern oder eine Verkleinerung der Gefäße vornehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Gastwirtsgebet ist schon jetzt mit besonderen Steuern ungebührlich belastet. Denken Sie an die Tanzsteuer, die Automatensteuer, die Gewerbesteuer usw. Dazu kommen dann die allgemeinen Staats- und Gemeindesteuern. Denken Sie ferner an die ungeheuer hohen Mieten, die gerade dem Gastwirt abgefordert werden. In Berlin gibt es überhaupt nur ganz wenige Gastwirtschaften, die 12-1500 M. Miete bezahlen. Die große Mehrzahl der Arbeiterlokale bezahlt 1500-2500 M. Miete, und ein etwas besseres Lokal kostet sogar 2500-3000 M. Wenn Sie das alles berücksichtigen, so kommen Sie unter Zugrundelegung des von der Regierung gelieferten Materials zu dem Resultate, daß der Gastwirt am Hektoliter Bier höchstens ein Prozent verdient. Und davon soll er leben, davon soll er alles befreiten! Der deutsche Gastwirtsverein hat eine gute Statistik aufgestellt. Aber die Mehrheit der Steuerfucher in diesem Hause hat es nicht für notwendig befunden, dieses wertvolle Material zu prüfen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Noch in letzter Stunde fordere ich Sie auf, diese Steuer abzulehnen. Sie (zur Rechten) wollen Mittelhandhüter sein. Diese Steuer aber ist eine Steuer, den Mittelstand zu ruinieren. Die Früchte Ihrer Politik werden andere sein, als Sie sie erwarten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Baumbach (fr. Sp.): Diese Stafflung wird zur Verschärfung der Konkurrenz und dadurch zur Schädigung des Mittelstandes beitragen. Deshalb lehnen wir sie ab. (Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Sped (Z.): Ich bitte den Reichschatzsekretär um Aufklärung, welches finanzielle Risiko wir bei Annahme des Antrages Müller-Sagan laufen würden.

Direktor im Reichschatzamt Kühn: Das Risiko würde nicht sehr erheblich sein, da nicht viele Brauereien in Betracht kommen.

Abg. Becker (natl.) erklärt sich gegen den Antrag Müller-Sagan. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Müller-Sagan und Becker wird der Antrag Müller-Sagan gegen die Stimmen der Freisinnigen abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wird darauf § 3a mit 160 gegen 106 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

§ 3b wird debattelos angenommen.

Zu § 3c begründet

Abg. Frölich (Wirtsch. Sp.) einen Antrag, die Frist zur Zahlung der Steuer vom dritten auf den siebenten Tag des Monats zu verlängern.

§ 3c wird mit dem Amendement Frölich angenommen. Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen.

Ein Antrag auf Vertagung findet nicht genügende Unterstützung.

Es folgt in dritter Beratung das

Zigarettensteuergesetz.

Die Diskussion über die §§ 1 und 2 wird verbunden. Hierzu liegt ein Antrag Held (natl.), Dietrich (L.), Dr. Jäger (Z.), v. Döring (Sp.) vor, der eine neue Stafflung der Steuer vorsieht, welche die billigen Zigaretten und Zigarettenabake etwas schärfer besteuert, die teureren zum Teil etwas weniger.

Abg. Held (natl.) begründet diesen Antrag. Er ist im Verein mit der Leitung des deutschen Zigarettenfabrikantenvereins angearbeitet und kommt allen billigen Wünschen der Industrie entgegen.

Abg. v. Elm (Soz.):

Wenn auch der Verband der Zigarettenfabrikanten sich mit dem Kompromißantrag einverstanden erklärt hat, so ist damit keineswegs gesagt, daß die gesamte Industrie mit ihm einverstanden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, die sich damit einverstanden erklärt haben, haben aus der Not eine Tugend gemacht; sie stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Bändersteuer für die Zigarettenindustrie ein Unheil bedeutet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sind hier einige Herren anwesend, die mir gesagt haben: Glauben Sie doch nicht, daß wir mit dem Antrage einverstanden sind; wir müssen aber das Schlimmste abwenden. Es ist auch möglich, daß einige der Herren glauben, sie könnten die Handarbeit für die Herstellung der billigen Sorten aufrechterhalten, aber mir ist von verschiedenen Fabrikanten erklärt worden, daß sie selbstverständlich mit den Maschinen, die sie heute verwenden, die billigen Zigaretten nicht herstellen könnten, daß sie aber zu diesem Zwecke größere leistungsfähige Maschinen anschaffen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was haben Sie nun aus dem Gesetz gemacht? Sie haben zuerst der Sache ein soziales Mäntelchen umgehängt und erklärt: Wir schaffen eine ganz gerechte Steuer: wir werden die Arbeiter weder als Konsumenten noch als Produzenten belasten. Jetzt aber erhöhen Sie gerade den Steuerfuß für die billigste Zigarette, also für die, welche die Arbeiter rauchen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was wird die Wirkung sein? Darüber ist sich jeder, der etwas von der Sache versteht, klar: Die 1 Pfennig-Zigarette wird nicht mehr aus türkischem Tabak, sondern aus deutschem Tabak hergestellt, und die Arbeiter werden das Verquälte haben, insolge ihrer „gerechten sozialen“ Steuer für die Folge ein Kraut zu bekommen, das absolut nicht mehr zu rauchen ist. Und da wollen Sie sagen, jetzt ist die Harmonie hergestellt? Ja, die Harmonie zwischen Lüge und Lamm! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will Sie bei der Geschäftslage nicht mit langen sachmännischen Berechnungen aufhalten. Ich will nur protestieren gegen die Behauptung, daß die Gefahren, welche wir bei der zweiten Lesung vorausgesetzt haben, nun vollständig behoben seien durch die Steuerfrage dieses Kompromißantrages. Es ist zweifellos, daß auch insolge dieses Antrages 3000 Arbeiter, die bei der Herstellung von Zweipfennig-Zigaretten beschäftigt waren, brotlos werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat die Absicht, die Handherstellung der Zweipfennig-Zigarette dadurch weiter zu ermöglichen, daß man den Händlern die volle Steuer aufpacht. Das ist aber pure Theorie. Wollen Sie vielleicht die Konkurrenz des American Trust verbieten? Wenn einige Händler zu den alten Preisen liefern, dann müssen es auch die anderen tun, und die Folge wird dann sein, daß nicht die Händler, sondern die Arbeiter als Pro-

duzenten den größten Teil der Steuer tragen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Konkurrenz im Gewerbe wird so stark werden, daß die Klein- gewerbetreibenden nicht mehr mitkommen können. Es ist einfach unaussprechlich: ein Rückschlag muß kommen. Das sind die Wirkungen auch dieser Säge. In letzter Stunde noch ist das ganze Gesetz umgestaltet worden. Sieht man auch von den Steuer- sätzen ganz ab — allein das lästige Kontrollsystem nimmt die Industriellen, wenigstens alle kleinen und mittleren, gegen die Steuervorlage ein. Wenn der Abg. Held seinen Antrag mit einigen wenigen In- dustriellen abgelehnt hat, so erwidere ich ihm: wenn man — von den Zigarettenarbeitern ganz abgesehen — unter den Zigaretten- Industriellen über diese Vorlage abstimmen ließe, 90 Prozent würden allein wegen der lästigen Kontrolle das ganze Gesetz ablehnen. Der Einzelverkauf wird in das diskretionäre Ermessen des Bundesrats gestellt. Ich bin aber fest davon überzeugt, der Bundes- rat wird dazu kommen, den Einzelverkauf ganz zu verbieten, um das Gesetz überhaupt nur durchzuführen zu können. Wenn Sie sich das alles richtig überlegen würden, würden Sie zur Ablehnung der Vorlage gelangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jäger (Z.) (auf der Tribüne schwer verständlich) tritt für den Kompromißantrag ein.

Abg. Wetzel (fr. Sp.): Entgegen den Ausführungen des Abg. Held hat mir ein Fabrikant versichert, daß der Strich, der den Fabrikanten um den Hals gelegt ist, durch diesen Antrag ein wenig gelockert werden soll. Das Einbringen des neuen Antrages zeigt, wie richtig meine Ausführungen über die Unzulänglichkeit der Arbeit der Kom- mission waren. Wir lehnen selbstverständlich auch diesen Antrag ab. (Ironisches Bravo! rechts.)

Die Diskussion ist erschöpft. § 1 wird mit einem Amendement Held und Genossen (Streichung des Stückzolls für Zigaretten) gegen die Stimmen der Linken und Polen angenommen. § 2 wird in der Form des Antrages Held und Genossen (die neue Stafflung) in namentlicher Abstimmung mit 166 gegen 96 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der Rest der Zigarettensteuervorlage wird nach den Beschloffen der zweiten Lesung mit unwesentlichen vom Abg. Held (natl.) be- antragten Veränderungen ohne wesentliche Debatte angenommen.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung der Finanzreform auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Maße und Gewichte.

Die Kommission für Maße und Gewichte setzte am Freitag die Beratung der zweiten Lesung fort. Ueber § 13, 14, 15 und 16 liegt ein großer Teil Anträge vor, darunter auch sozialdemokratische, die die Tendenz haben: die Aufrechterhaltung der Autonomie der Ge- meinden zu sichern. — Bei der Begründung weist Genosse Stoile darauf hin, daß Artikel 4 der Reichsverfassung verbietet, die Materie den Landesregierungen zu überlassen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Desgleichen ein Antrag v. Bernstorff: Die Absätze 1 und 3 der Re- gierungs-Vorlage zu § 16 wieder herzustellen. Auch alle An- träge zu den §§ 13, 14 und 15 werden abgelehnt und die Beschloffe erster Lesung angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 22. Mai.

Die Revolution in Rußland.

Annahme der Dama-Adresse.

Die Adresse an den Zaren wurde in dritter Lesung mit 425 Stimmen angenommen. Graf Heyden und fünf andere konervative Abgeordnete hatten sich zum Zeichen des Protestes vor der Abstimmung ensernt.

Die Beratung über den die Amnestie betreffenden Teil der Adresse begann in zweiter Lesung mit der Behandlung von An- trägen, welche die Personengruppen für die Amnestie gewünscht wird, genauer bezeichnen, besonders jene die sich politische, religiöse und Agrarverfehen zu schulden kommen ließen. Stachowitsch schlug vor, die Adresse durch einen Aufruf an das Volk zu ergänzen, welcher die Hoffnung aus- spreche, daß die politischen Morde aufhören. Redner sagte, dies würde keine Verurteilung der Morde sein, sondern lediglich der Ausdruck des Wunsches, in dem erneuerten Rußland den Frieden wieder herzustellen. (Beifall.) Roditschew er- widerte, er wäre selbst bereit, die Worte Stachowitschs zu unterzeichnen, er glaube aber nicht, daß es Sache der gesetzgebenden Versammlung sei, selbst eine indirekte Verurteilung von Verbrechen auszusprechen. Wenn man Mord ver- urteile, müsse man auch die Verschwendung der Staatsgelder ver- urteilen. Dies gebe die Aufgabe an. Aufgabe der Duma sei es, die Verbrechen zu beschwören durch Befestigung der Ursachen, durch die sie hervorgerufen seien, so gegenwärtig die durch geschwuldrige Gewalt- taten der Regierung entstandene Volkserregung. Redner gab dann unter stürmischem Beifall des Hauses eine Schilderung aller Regierungshandlungen, die zu Verbrechen Anlaß gegeben hätten. Potsharow schlug vor, der Adresse den Ausdruck der Gesinnungen treuer Untertanen von seiten der Duma einzufügen. Rabokow erklärte, die Adresse sei das Programm der künf- tigen Tätigkeit und verträge keine Mitteilung von Gesinnungen.

Die dritte Lesung des Adressentwurfes in der endgültigen Fassung wird in der wiederbehaltenen Nachsitzung vorgenommen. Graf Heyden (Rechte) erklärt, der Adresse nicht zustimmen zu können, und verläßt den Saal. Ihm folgen Stachowitsch, Fürst Volkowski und noch drei Abgeordnete. Dann wird die Adresse einstimmig angenommen. Rabokow beantragt, den Präsidenten, beide Vizepräsidenten und den Sekretär damit zu beauftragen, die Adresse zur Kenntnis des Kaisers zu bringen. Der Präsident erklärt, das Resultat der Sitzung werde dem Kaiser unverzüglich ge- meldet werden.

Die Adresse des Reichsrats.

Petersburg, 18. Mai. Die zur Ausarbeitung der Antwortadresse auf die Thronrede gewählte Kommission des Reichsrates hat ihren Entwurf fertiggestellt. In der Antwort heißt es, daß der Reichsrat bestrebt sein wird, die Hinweise des Kaisers zur Ausführung zu bringen, die das Wohlergehen des Volkes und das Gedeihen des Vaterlandes sichern sollen. Der Reichsrat hoffe, indem er seine Beziehungen mit denen der Reichsduma vereinige, daß es ihm gelingen werde, das Volk auf der Grund- lage einer allgemeinen Unterweisung über die un- verbrüchliche Wahrheit seiner Rechte und der ihm ge- währten Freiheit aufzuklären, sowie daß es ihm gelingen werde, alle produktiven Kräfte des Landes zum Wohle aller Schichten der Bevölkerung zu entwickeln. Der Reichsrat sei fest davon über- zeugt, daß die Ausdehnung der Grundbesitze der Selbst- verwaltung auf Landstriche, denen solche bisher vor- enthalten gewesen sei, unter Berücksichtigung der Besondere- heiten der Völker und der Nationalitäten des weiten Vater- landes dazu führen werde, eine feste und gesunde Organisation und einen aufgeklärten Staat zu schaffen zum Ruhme des Herrschers und zum Glück freier Bürger Rußlands. Groß und unaussprechlich sei der Tag der Erneuerung Rußlands durch die Initiative

seines Kaisers (!) und sein Eintritt auf den Weg der Freiheit und Ordnung auf den sicheren Grundlagen des Rechtes. Alle großen Ereignisse in der Geschichte Rußlands, fährt der Entwurf fort, würden dem Gedächtnis des Volkes durch Gnaden- alle des Herrschers gegen Gefangene und Verbrecher eingegraben. Infolgedessen beschließt der Reichsrat, obwohl er von tiefer Entrüstung gegen die in der Leiden- schaft des politischen Kampfes begangenen fortgesetzten Verbrechen durchdrungen ist, der groß- mütigen Würdigung des Kaisers das Los derjenigen anzuempfehlen, welche, getrieben von dem unwiderstehlichen Bestreben, die ersehnte Freiheit vor schnell herbeizuführen, die von dem Gesetz bestimmten Grenzen überschritten haben, ohne indessen Leben und Eigentum anderer anzustaßen.

Der Zar kann sich nunmehr entscheiden, ob er den Wünschen der Duma entsprechend volle uneingeschränkte Amnestie erlassen will oder aber nur eine beschränkte Amnestie nach dem Wunsch des Reichsrats, der die eigentlichen Freiheits- märtirer von der Amnestie ausgeschlossen sehen will!

Der Amnestieerlaß wird allgemein zum Sonnabend, als dem Geburtstag des Zaren, erwartet. Sollte der Zar in törichtem Verblendung dem Willen des Volkes widerstreben, so ist ein gewaltiges Wiederaufkommen der Revolution zu er- warten, das den Forderungen der Duma Nachdruck verleihen wird! Die Position des Zaren würde dann freilich aufs ernst- lichste erschüttert werden!

Reaktionäre Schankelpolitik Wittes.

Ueber Wittes Haltung im Reichsrat wird vom 18. Mai aus Petersburg gemeldet:

In der gestrigen Abend Sitzung des Reichsrates schloß sich Graf Witte in langer Rede der im Adressentwurf ausgesprochenen Ansicht an, daß der Reichsrat mit der Reichsduma zu- sammengehen müsse. Das allein ermögliche die Durch- führung der vom Volke so ersehnten Reformen. Ohne Einigkeit seien Reformen undenkbar. Witte trat rückhaltlos der bei der Amnestieerdebatte in der Reichsduma geäußerten Ansicht bei, daß die Amnestie Ruhe schaffen werde. Er bezweifelte aber sehr, daß die Amnestie den Haß, welcher die wahre Ursache der Revolution sei, beseitigen könne. Aus der Rede eines Duma- Abgeordneten folgte Witte, die Ursache der Revolution sei nicht in irgend welchen Repressivmaßnahmen zu suchen, sondern in dem Bestreben, die Klassen- und Vermögensunterschiede zu beseitigen. Gehehe das, so würde die zivilisierte Welt in Entsetzen geraten (!) Die Geschichte biete nur wenige Beispiele dafür, daß eine Amnestie den Haß beseitige, der die revolutionären Wirren hervorruft. Weit mehr Beispiele biete die Geschichte dafür, daß eine Amnestie nicht das erwartete Resultat ergab. Nur das Schwenden des Hasses könne dauernde Ruhe schaffen, was aber nur möglich sei bei Ein- bürgerung der Achtung vor Person und Eigentum, vor der Wissenschaft, den Gesetzen und der Kultur.

Vor allem müßten mit gutem Beispiel diejenigen vorangehen, welche die Amnestie fordern. Ihre erste Pflicht sei, gerecht zu sein, doch werde das Gerechtigkeitsgefühl nicht in den von Leiden- schaften geleiteten Parteien erwohnen. Ohne der Amnestie die ihr angemessene Bedeutung in vollem Umfange beizulegen, stimmte der Redner doch der Amnestie zu, aber in Grenzen, die die Staatsordnung nicht verletzen. Er sei der Meinung, es könne von einer Amnestie nur für diejenigen die Rede sein, die verführt und irregeleitet worden seien, auch sei die Amnestie zu billigen für alle diejenigen, die unschuldig oder mehr, als sie verdienten, gelitten hätten. Er billige eine Amnestie in den von dem Adressentwurf gezogenen Grenzen; es sei jedoch notwendig, in der Adresse die Amnestierung der erwähnten Kategorie von Personen zu empfehlen. Er werde gegen jede Maßnahme eintreten, die eine neue Revolution hervor- rufen könne, die das größte Unglück für Rußland wäre.

Aus der Partei.

Der Kampf gegen die Unterjochung der Volksschule unter die Vormundschaft des Pfaffenstums.

Zur tatkräftigen Unterstützung dieses Kampfes sind soeben von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin zwei Broschüren heraus- gegeben:

„Der preussische Volksschulgesetzentwurf“. Material zu seiner Beurteilung. — Diese Broschüre enthält folgende Kapitel: 1. Die Vor- geschichte. 2. Der Gesetzentwurf. 3. Die kommunalpolitische Be- deutung des Entwurfes. 4. Die religionspolitische Bedeutung des Entwurfes. 5. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen. Preis 20 Pfennig.

„Schule, Kirche, Arbeiter“. Der Verfasser Genosse Paul Göhre legt den Zweck dar, den die herrschenden Klassen mit der Unter- jochung der Volksschule unter die Vormundschaft der Pfaffen ver- folgen. Er zeigt dann, wie schon heute die Volksschule eine Pflanz- stätte der Reaktion, ein Instrument der Kirche, eine Anstalt zur religiösen Dressur der Kinder des Volkes ist. Diesen Zustand zu verewigen, ist das Bestreben der herrschenden Klassen. Göhre sucht dann nach Mitteln, durch welche dieser Zweck vereitelt werden kann und er kommt zu dem Schluß, daß das wirksamste Mittel sei: Der Austritt aus der Landeskirche! Der Preis dieser Broschüre ist 15 Pfennig, beide sind zu haben in jeder Parteibuchhandlung, bei jedem Kolporteur, in Berlin auch in den Parteipeditionen und beim Verlag, Berlin SW., Lindenstr. 69.

Dem Wachstum der Organisationen. 8000 Mitglieder und einige mehr weist jetzt der Sozialdemokratische Wahlverein für Hannover-Linden auf. Ein herrlicher Erfolg der unermüdbaren Agitationsarbeit der Parteigenossen!

Eine Protestkundgebung gegen das Magdeburger Ausnahmengesetz für die sozialdemokratischen Stadtverordneten veranlassen die Magde- burger Genossen am Montag und Dienstag. Sämtliche Bezirks- versammlungen des Sozialdemokratischen Vereines wollen sich an diesen Tagen mit der Maulkorb-Geschäftsordnung beschäftigen.

Die Rammheimer „Volkstimme“ hat sich nun endlich, nach mehr- fachen Appellen, veranlaßt gesehen, die einfachste Anstandsmaß- nahme zu erfüllen, also ihren Lesern mitzuteilen, daß sie den „Vorwärts“ fälschlich beleidigt hat, die benutzten Vorkommnisse in Baden ungenau zu haben. Doch wird zum Ausgleich aus neue die Un- wahrheit vorgebracht, der „Vorwärts“ habe die badischen Partei- genossen völlig grundlos beschimpft. Die Rottz unserer badischen Korrespondenten wird als „Stänkernotiz“ bezeichnet und die badischen Genossen werden gegen ihn scharf gemacht, weil er das schwere Verbrechen begangen hat, seine Kritik nicht in der badischen Parteipresse, sondern im Zentralorgan zu veröffentlichen! Es ist also keine Gefahr, daß die R. „V.“ durch die oben ver- wertete notgedrungene Erfüllung einer elementaren Anstandsmaß- nahme — Eigenart einbüßt.

Schularland am 1. Mai. Die Zentrumpresse Badens und diverse Organisationsblätter anderer deutscher Bundesstaaten haben dieses mit großer Entrüstung gemeldet, es hätten in Konstanz am nach-

mittag des 1. Mai die Kinder sozialdemokratischer Eltern schulpflichtig bekommen, damit sie den Maifestausflug des Parteiverbands mitmachen könnten. Die Konstanzer städtische Schulkommission stellt jetzt zur Verfügung von Kindergartenbildung fest, daß am 1. Mai ein Handwerkermeister für drei seiner schulpflichtigen Kinder auf den nachmittäglichen Ausflug von einer beziehungsweise zwei Schulfunden nachsuchte, um mit denselben einen Maifestausflug zu machen, und daß diesem Entschluß von den betreffenden Lehrern mit Zustimmung des Direktors aus denselben Gründen stattgegeben wurde, welche im Laufe eines Schuljahres bei etwa 2000 Kindern aus allen Ständen der Einwohnerschaft zu ähnlicher Nachsichterteilung hier und da Veranlassung geben.

Die Schulleitung zu Konstanz hat sehr vernünftig und gerecht gehandelt. Die Schulkinder des arbeitenden Volkes müssen das Jahr hindurch so oft an kirchlichen und patriotischen Festen feiern, wo ihr Vater, da er diesen Anlässen kein Interesse entgegenbringt, bei der Arbeit ist, daß die Schulleitung es wohl verantworten kann, wenn sie am einzigen Feiertag des Proletariats auch einmal zwei Stunden Unterricht opfert, um den Kindern das Vergnügen zu bereiten, mit Vater und Mutter zusammen einen kurzen Nachmittag der Erholung im Freien widmen zu können. — Über solchen Ermüdungen wird die Erziehungspresse wenig zugänglich sein. Sie fordert, daß die sozialdemokratischen Eltern nicht als gleichberechtigt behandelt werden.

Als Parteisekretär für Nürnberg wurde in einer Mitglieder-versammlung des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg der Genosse M. Treu für den verstorbenen Genossen Raft gewählt.

Aus der italienischen Partei. Aus Rom wird uns vom 10. Mai gemeldet:

Genosse Cabrini verzichtet auf Wiederwahl. Der tätige unserer Abgeordneten und Organisatoren, Genosse Angiolo Cabrini teilt im heutigen „Avanti“ mit, daß er von der Wiederwahl seiner Kandidatur im 6. Mailänder Wahlkreis abstehe. In diesem Entschluß bestimme ihn die tiefgehende Meinungsverschiedenheit, die ihn von der offiziellen Mailänder Parteioffizialen trenne, der er als Sozialist angehören wolle und müsse. Diese Organisation bestimme vorwiegend aus Syndikalisten; er, Cabrini, teile die syndikalistische Auffassung nicht und habe bei der Fraktionsbildung vom 11. Mai für die Tagesordnung Turati gestimmt. Deshalb sei er nicht mehr der geeignete Parteikandidat; seine eigene Selbstachtung und die Selbstachtung der Organisation verbiete es, daß er weiter ein Mandat annehme, dessen Kandidatur prinzipiell weit von ihm abwichen.

Der Entschluß Cabrinis, der große Verdienst um die italienische Gewerkschaftsbewegung hat, wird vom Proletariat mit Bedauern aufgenommen werden. Ein syndikalistischer Kandidat hat in Mailand keinerlei Aussicht auf Erfolg.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheidungen der Presse.

Aus Halle a. S. wird uns vom 18. Mai telegraphiert: Heute wurde der Genosse Redakteur Däumig vom „Volkblatt für Halle“ zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt.

Wegen angeblicher Verleumdung eines Fabrikanten durch den Ausdruck „Kunde des Gewerkegerichts“ wurde vom Schöffengericht zu Chemnitz der Genosse M. Schneider, einst Redakteur der Chemnitzer „Volkstimme“, jetzt der „Straßburger Bürgerzeitung“, zu 80 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Königsberger Majestätsbeleidigungsprozess.

Aus Leipzig wird uns vom 18. Mai telegraphiert: Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Redakteurs Marconi von der „Königsberger Volkszeitung“ gegen das Urteil des dortigen Landgerichts, das ihn wegen Verleumdung Wilhelms II. zu vier Monaten Gefängnis verurteilt hatte.

Justiz und Reichsverfassung. Unser Stettiner Parteiblatt schreibt: Trotz der sehr klaren Bestimmungen des Artikels 31 der Reichsverfassung war Genosse Herbert zu Montag vormittag aus dem Gericht geladen worden, um als Beschuldigter vernommen zu werden. Seine Schuld sollte darin bestehen, daß in seinem Geschäft der „Kommer“ gedruckt worden ist, in welchem ein Artikel unter Anklage gestellt werden soll. Genosse Herbert hat unter Berufung auf die gesetzlichen Bestimmungen die Anklage verweigert — er kann lediglich als Drucker auch gar nicht bestraft werden — und erklärt, daß er die Angelegenheit gelegentlich im Reichstage zur Sprache bringen werde.

Schule und Kirche gegen sozialdemokratische Eltern. Aus Pölsitz im Herzogtum Altenburg wird berichtet: Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins für Pölsitz und Umgegend hatten für den vorigen Sonntag einen Ausflug mit ihren Familien geplant. Zur Unterhaltung der Kinder hatten sie die Eltern einige Gedichte aus der „Gleichheit“ geleht. Als davon die Geistlichkeit des Ortes Kenntnis erlangte, wurden die Kinder sämtlicher Genossen in der Schule vom Pfarrer während zweier Tage einem Verhör unterzogen, um das große Verbrechen, welches die Kinder zu begehen im Begriff standen, zu ergründen und zu verhindern. Von welcher Seite der Herr Pfarrer die Mitgliederliste erhalten hatte, entzieht sich bisher der Kenntnis, der genannte Herr soll aber im Auftrag der höheren Schulbehörde gehandelt haben. Die Gedichte sollen sämtlich abgeschrieben und der Schulleitung ein-geschickt worden sein. Trotzdem die Gedichte keinen politischen Charakter haben, hat der Pfarrer doch solche, die ihm nicht gefielen, verboten. Trotz all dieser Hindernisse wurde der Ausflug ausgeführt.

Polizeiliche Schnüffelei nach sozialdemokratischen Zeitungen. Bei verschiedenen Wirtinnen zu Mainz hat die Polizei im Auftrag des Kreisamts Untersuchungen angestellt, ob sie Abkommen sozialdemokratischer Mütter, besonders der „Volkzeitung“ sind. Von dem Stadtverordneten Genossen Adlung wurde diese Schnüffelei in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebracht und gerügt. Er glaube nicht, daß das Kreisamt ein Recht hat, die von der Stadt bezahlten Schulleute für solche Dienste zu verwenden. Die Bürgermeisterei hat, wie der Vorsitzende mitteilte, keinerlei derartigen Auftrag erteilt, auch keine Kenntnis davon gehabt. Es sei ihr nur bekannt gewesen, daß ein Wirt in einem anonymen Schreiben beim Gouvernements denunziert worden sei. Das Polizeiamt sei dann vom Kreisamte erlucht worden, ob der Wirt die „Volkzeitung“ halte. Warum hat das städtische Polizeiamt dies unberechtigte Verlangen nicht direkt abgelehnt?

Aus Industrie und Handel.

Zantienentener. Der „Plus“ erteilt der sozialdemokratischen Fraktion eine schlechte Zensur wegen ihrer Zustimmung zu der Besetzung der Aufsichtsratsstellen. Ein von ihm gewähltes Argument veranlaßt uns zu einer kurzen Bemerkung. Der „Plus“ schreibt:

„Jetzt tritt der Zustand in Kraft, vor dem ich früher bereits warnte, daß nämlich bei einer Aktiengesellschaft, die vier Aufsichtsräte mit je 1500 M. befolgt, jeder dieser — wirklich arbeitenden — Aufsichtsräte 8 Proz. an Steuern abgeben muß, auch wenn diese 1500 M. das einzige Zantienentener dieser Herren bilden. Gehört dagegen irgend ein Finanzmann 20 Gesellschaften an, von denen jede ihren Aufsichtsräten zusammen nicht über 5000 M. vergütet, so hat dieser Herr, auch wenn er insgesamt an Aufsichtsratsstellen 30 000 M. bezieht, keine Steuern zu bezahlen.“

Das Argument ist verblüffend logisch. Aber weiter auch nichts! Dem Argument fehlen nur — die Voraussetzungen und darum ist es vollständig wertlos. In der Theorie stimmt die Rechnung, aber niemals in der Praxis. Diogenes „Plus“ mag mit der Laterne

suchen, er wird keinen Zantienentener-Großfischen finden, der sich auch nur an einige Gesellschaften fortwirft, die weniger als 5000 M. Zantienentener zahlen.

Schlepper und Delorenateure sind für solche Lumpenpferde nicht zu haben. Ganz unbekannt dürfte das auch dem „Plus“ nicht sein.

Neugründungen. Die fortgesetzten steigenden Preise zeitigen verschiedene Neugründungen, bei denen es sich entweder darum handelt, von dem guten Preisstande zu profitieren, oder aber der Gründung Zweck ist, sich als Konsument von der Preissteigerung zu befreien. Das letztere Motiv wirkt bei der gestern mitgeteilten in Aussicht genommenen Gründung einer Zündholzfabrik. Und auch die Wirtin wollen sich von der Preisbildung eines ihrer Lieferanten befreien. Die Fabrik haben die Wirtin derart durchgegründet, daß sie beschließen, eine Genossenschaftsfabrik zu errichten. Die neue Fabrik soll den Genossenschaftsmitgliedern das Eis zu 65—70 Pf. per Zentner frei Haus liefern, für Nichtmitglieder sollen die jeweiligen Marktpreise gelten. Das heißt, als Lieferanten werden die Herren Wirtin die höchsten Preise durchaus nicht belästigen. — Eine andere Art von Neugründung beabsichtigen die Werke der keramischen Industrie gegen die Feuer-versicherungs-gesellschaften. Diese, in einem geschlossenen Ring vereinigt, haben in der letzten Zeit die Prämien erheblich herabgesetzt. Die Werke der genannten Industrie sind der Meinung, daß für sie besonders ungünstige Bestimmungen normiert worden sind. Da die Gesellschaften eine Erleichterung bezüglich der Prämien ablehnen, ist der Plan in der Schwebe, eine ringfreie Versicherungs-Aktiengesellschaft zu gründen, die ihr Geld aber nicht auf die keramische Industrie beschränkt, sondern jede Art Risiken übernimmt. — Die glänzenden Ergebnisse der Kunstseidenfabriken haben eine Neugründung provoziert. Wie die „Mh.-Wstg.“ berichtet, ist in Kellertsch in Oessen eine Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 8 1/2 Millionen Mark gegründet worden, die alsbald die Kunstseidenherstellung aufnehmen wird.

Die Verwendung der Elektrizität zur Zentralisation des Kraftbetriebes im gewerblichen Leben hat im vorigen Jahre große Fortschritte gemacht. In Bergwerken wurden nach dem Jahresbericht der Berliner Handelskammer in erster Reihe hauptsächlich Fördermaschinen neu angelegt; daneben war der Bedarf an elektrisch betriebenen Wasserhaltungen bis zu den größten Abmessungen, sowie an Abwasserpumpen sehr lebhaft. In Hüttenwerken führte sich der Großmotor zur Ausnutzung der Hochofengase immer mehr ein, umfangreiche neue elektrische Primäranlagen kamen zur Ausführung, die von den Gasmotoren mit Kraft versehen werden. Damit wuchs natürlich auch der Bedarf von Sekundärmaschinen, großen Wasserpumpen- und sonstigen Rotoren erheblich. In der Textilindustrie kam die elektrische Kraft, besonders der Einzelantrieb für Spezialmaschinen, immer mehr zur Anwendung, ebenso bei der Zuder- und der Papierfabrikation, wo die mit der Elektrizität zu erreichende genaue Regulierbarkeit wichtig ist. Auch im Verkauf elektrischer Antriebe von Kränen und Aufzügen war eine bedeutende Besserung im Jahre 1905 zu verzeichnen. Im laufenden Jahre macht die Anwendung der Elektrizität gleiche, ja teilweise noch stärkere Fortschritte.

Eine Lust Aktionär zu sein! In den angenehmsten Beschäftigungen gehört zweifellos die des Dividendenstreckens. Und in diesem Jahre ist die Freude besonders groß. Es regnet gewissermaßen Gold in die Taschen der Papierarbeiter. Das Regener Holzwerk z. B., das bisher 6 Proz. verteilte, soll nach einer Meldung aus Aufsichtsratskreisen für diesmal mit 9 bis 10 Proz. aus-warten wollen. — Den Aktionären der Vereinigten deutschen Ridelwerke wird eine Dividende von 12 Proz. angekündigt — 10 Proz. im Vorjahre. — Ein ordentliches Stück auf der Dividendenleiter leiten die Aktionäre des Hörder Berg- und Hüttenvereins hinauf. Für das Geschäftsjahr 1905/06 wird eine Dividende von 15 Prozent in Aussicht gestellt. Das ist 50 Prozent mehr, als im Vorjahre! Allein der Monat April erbrachte einen Uberschuß von rund 1 Million Mark, oder zickel 100 Mark auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter! Es ist nicht ausgeschlossen, daß die glänzenden Vorankündigungen Liebhaber anlockt, die aber, wenn sie glauben Rosen zu brechen, an Dornen sich empfindlich die Finger rigen. Nicht selten haben die Schätzungen nur den Zweck, den Preis der Papiere zu treiben, damit die Käufer um die Erfahrung reicher werden, daß sie über's Ohr gehauen sind. Aber reich, sehr reich geht jedenfalls in diesem Jahre der Dividendenlegen nieder — und im allgemeinen an der Arbeiterschaft vorbei.

Von der Preisfrage. Nicht mit Unrecht moquiert sich die „Deutsche Tagesztg.“ darüber, daß die Händlerpresse gegenüber den Preissteigerungen in Industrie und Handel außerordentlich rücksichtsvoll ist. Allerdings folgert das Agrarierblatt daraus nur eine Ungerechtigkeit, die, daß die Postgebühren der Junker nicht dieselbe Toleranz erfahren. Gegen die Plünderung der Konsumenten an sich hat man nichts einzuwenden. Die Sünden der anderen sollen vielmehr nur die eigenen rechtfertigen. Welche Sünden plündern die Konsumenten und die Arbeiter als Produzenten bekommen von der Preissteigerung ihrer Erzeugnisse nicht so viel ab, um damit die Verteuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände auszugleichen. Wenn eine der bürgerlichen Berufsgruppen einer anderen Moral predigt, dann handelt es sich immer nur um den Anteil an der Mehrwertrente.

Bau neuer Hochofen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die „Carnegie Steel Company“ hat mit einer Pittsburger Firma einen Vertrag wegen Lieferung des Eisenmaterials für den Bau von zwei neuen Hochofen der Carnegie-Gruppe zu Kaufin (Pittsburg) abgeschlossen; die Leistungsfähigkeit jedes Ofens soll 600 Tonnen pro Tag betragen. Die erforderlichen Vorarbeiten sind nahezu vollendet und man beabsichtigt, die Eisenkonstruktion so schnell als möglich aufzustellen. Die Carnegie-Gruppe wird nach Fertigstellung der Neubauten 7 Hochofen enthalten und hinter der Edgar Thomsongruppe mit 11 Ofen die bedeutendste sein.

Corrigan, Mc. Kinney & Co. in Cleveland (Ohio) haben den „Pennsylvania Engineering Works“ in New Castle (Pennsylvanien) den Auftrag zum Bau eines Hochofens in Glad Vid Junction, Indiana County (Pennsylvanien) gegeben. Der Hochofen soll täglich 500 Tonnen Roheisen liefern. Die Gesellschaft besitzt große Koks- und Lager bei Glad Vid Junction und will eine große Koks- und Batterie aufstellen, um den Koks für die Hochofen zu brennen. Die Anfuhr des Erzes wird die Buffalo-Rochester-Pittsburg-Eisenbahn befördern.

Die Shenango Furnace Company, deren Bureau sich in Pittsburg, Pa. befindet, hat sich endgültig entschlossen, noch zwei Hochofen an demselben Platz mit einer Tagesleistung von je 500 Tonnen zu errichten. Man erwartet, daß die nötigen Lieferungsverträge in kurzer Zeit abgeschlossen werden.

Soziales.

Bei der Gewerkschaftswahl in Nürnberg siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 925 Stimmen gegen 827 der christlichen und 550 der Hirsch-Dunckerschen Liste. Vor drei Jahren fielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 7613 und auf die Liste der vereinigten Christlichen und Hirschens 471 Stimmen. Der verhältnismäßig große Zuwachs der gegnerischen Stimmen rührt daher, daß die beiden Gegner alles aufboten, um eine möglichst große Minorität zu erzielen und auf Grund dessen die Verhältniswahl verlangen zu können, die diesmal noch vom Magistrat abgelehnt wurde, weil die Minorität kaum nennenswert war. Einige tausend Gewerkschaftswähler waren an der Stimmenabgabe verhindert, da der Magistrat wieder eine Verteilung getroffen hatte, durch die es in verschiedenen Bezirken wegen des kolossalen Andrangs diesen unmöglich wurde, an die Urne zu gelangen.

Verfammlungen.

Die Ausgesperrten und Streikenden des Berliner Buchbindererwerbes hielten am Freitagabend im großen Saal von Duggenbogen am Moritzplatz wieder eine zahlreich besuchte Versammlung ab, um einen Situationsplan entgegenzunehmen. Max beschäftigte sich in seinem Referat mit der letzten Veröffentlichung des Verbandes Deutscher Buchbinder-Expeditoren, Leipzig, indem er dieses Nachwort der Zentrale des organisierten deutschen Unternehmertums in der Buchbinderkritik zerlegte und den dort verbreiteten Unwahrheiten die unseren Lesern bereits bekannten Tatsachen gegenüberstellte. Besonders scharf wies er die unwahren Behauptungen zurück, daß die Arbeiter gar nicht wüßten, weshalb sie die Arbeit verlassen hätten, daß sie lediglich einem Befehle der Führer gefolgt seien, die sie irreführt hätten. Jeder wisse, daß die Kollegen und Kolleginnen den maßgebenden Beschluß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begeben, ganz aus eigenem Antriebe heraus gefaßt hätten. Eine ungeheuerliche Steifheit wäre es, wenn der Verband deutscher Buchbinder-Expeditoren jetzt behauptete, die Angabe eines Tarifbruchs der Unternehmer sei eine Unwahrheit. Man brauche nur den Brief des Berliner Verbandes der Buchbinder-Expeditoren vom 28. April sich vergegenwärtigen, wodurch erklärt worden sei, im Falle der Feier des 1. Mai würde die Arbeit so lange ruhen, bis neue Arbeitsbedingungen abgeschlossen seien. Und das solle kein Tarifbruch sein! Dieser Tarifbruch werde auch nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß der Gesamtverband der Unternehmer sich später dagegen wendete. Damals habe er es nicht verhindert, sondern indirekt gefördert. Das sei das Entscheidende. — Es werde auch im Laborat des Unternehmervereins gesagt, der Vorstand des Buchbinderverbandes verstehe es wohl, in den drei Tariforten Berlin, Leipzig und Stuttgart Unruhe zu stiften, nicht aber sein Versprechen zu erfüllen, daß er für die Durchführung des Tariffs in anderen deutschen Städten sorgen wolle. Das sei ein durchaus frivoler Vorwurf, der da der Leitung des Buchbinderverbandes gemacht werde. Der Buchbinderverband habe sein Möglichstes getan, die Löhne in anderen Städten hoch zu bringen, um der allgemeinen Einführung des Tariffs vorzuarbeiten. Die Unternehmer dagegen hätten gar nichts in der Richtung getan. Der Oberscharmacher, Kommissionsrat Fritzsche-Leipzig, habe sogar, als sein Verband darauf hingewiesen wurde, direkt erklärt, es sei dem Unternehmerverband unmöglich, für die Verbreitung des Tariffs irgend etwas zu tun. Das kenne ich schon jenen Vorwurf. Noch mehr trete aber die Frivolität des Vorwurfs hervor, wenn man bedenke, wie eine ganze Anzahl Firmen in Berlin sich um die Tariffake fortwährend herumdrücken und die Kollegen, die für Aufrechterhaltung des Tariffs eintreten, einfach mörgeln. Welche man sich gegen solche Tariffurchbrechungen, dann mache, wie jetzt, der Unternehmerverband ein „Stiften von Unruhe“ daraus. So werde von den Herren Fritzsche und Genossen alles geradezu auf den Kopf gestellt. Der Verbandsvorstand werde in einem fikturalen die richtige Antwort darauf geben. — Die Unternehmer würden es an ihrem Geldsack schon noch gebrüder spüren, welche Dummheit sie begingen, indem sie Herrn Fritzsche Holzschost leisteten. Es lägen bereits viele Anfragen von Verlagsfirmen im Verbandsbureau vor, wie es wäre, wenn sie sich eigene Buchbinderabteilungen einrichteten, ob sie Arbeitskräfte vom Verband bekämen. Die Herren sagten direkt, daß sie nichts mit dem Ver-banden der Buchbinder-Expeditoren zu tun hätten, da sie es nicht verstanden. Bis jetzt habe man abgesehen, auf solche Anerbieten einzugehen, da man erst sehen wolle, wie sich die Situation auf die Dauer gestalte. Gaben die Prinzipale nicht nach, dann werde man es sich überlegen, ob man nicht doch auf die Pläne der Verleger eingehe. — Die Arbeitgeber verbreiteten die Tatzarennachricht, daß auch in Stuttgart 1000 Kollegen und Kolleginnen auf dem Pflaster lägen. Das sei Unsinn. Nach den Informationen der Streikleitung wären in Stuttgart bisher nur 10 Kollegen in Betracht gekommen und deren Einstellung habe für heute (Freitag) morgen in Aussicht gestanden. Im ganzen seien ausgesperrt und streikend jetzt in Berlin 1020 und in Leipzig 2000 Personen. Die Situation sei im übrigen noch die gleiche geblieben, der Zusammenhalt noch vollständig gewahrt. Sorge jeder dafür, daß diese Einigkeit so aufrecht erhalten bleibe, dann würden die Unternehmer nicht den Zweck erreichen, die Tarifbewegung im Herbst zu lähmen. (Vehement Beifall.) Im selben Sinne sprachen in der Diskussion unter großem Beifall Schade, Richter, Hoffmann, Konrad. — Hervorzuheben ist aus der Debatte, daß der Arbeitgeberverband versucht hat, auch die Unternehmer der Geschäftsblinderbranche, die zurzeit keinerlei Differenzen mit ihren Arbeitern haben, zu bewegen, die Kollegen auszusperrten, mit der tiefen Sinnigen Begründung, die wären ja auch Mitglieder des Buchbinderverbandes. Der Versuch ist aber fehlgeschlagen. — Konrad stellte besonders fest, daß es eine große läge wäre, daß die Arbeiter blindlings den Führern gefolgt seien. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Die Maifesterrestellung habe damals den Widerspruch der Verbandvertreter (Ortsverwaltung usw.) erfahren. Sie sei aus der Versammlung gekommen und trotz der Einwendungen der „Führer“ angenommen worden.

Am Dienstag findet wieder eine Versammlung statt. Die Firma Gnamann, die Holzgerinnen verlangt, ist ein Zweiggewerkschaft der gesperrten Firma Hohl, also gesperrt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Besuche: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

M. N. 82. Ausweisung eines Inländers. Wegen einer Androhung auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1903 (Bestrafung als Freizeig) steht Ihnen (Schlechte) Beschwerde und Verwaltungsweilverfahren zu. Schreiben Sie in den nächsten Tagen zwischen 6 und 7 Uhr vor.

M. N. 107. Ja. Die mündliche Vereinbarung ist gültig. — G. P. 2. 50. In 5 Jahren. — P. J. 7. Die durch Ihren Anaben getroffene Schelte muß von Ihnen erlegt werden, wenn das Gericht zu der Annahme gelangt, daß bei gehöriger Ausübung Ihrer Aufsichtspflicht der Schaden nicht entstanden wäre. Das Gericht neigt dieser Annahme zu.

Frieda 1000. Anklage und Beifall für eigenhändige Zantienentener finden Sie S. 238 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

P. 10. 1. Anmeldung an die Direktion für direkte Steuern genügt. Vorher werden Sie sich an die Markthalendeposition. 2. Sie möchten sich eine Beschleunigung geben lassen. Strafbarkeit läge eventuell nicht vor.

N. 140. Wünscht ein Zeuge nach seinen Erklärungen nicht befragt zu werden (solche Fragen sind möglich), so tut er gut, dem Gericht vor dem Termin seine Erklärungen mitzuteilen und zu erwidern, nach etwaiger Bestrafung nicht fragen lassen zu wollen. — W. P. P. 100. Das Eisenbahnreglement gemäß dem Reichsgesetz nicht das Recht, mit dem nächsten Zuge loszuheben zu werden. Die Ueberführung ist wiederholt von uns kritisiert.

Kontordia. Diese Gesellschaft sind Kumpel. — R. W. 1. Rein. — R. N. 52. Nichten Sie ein Invalidentenregister an den Magistrat, Abteilung für Versicherung, Köllischer Platz 8. — A. 2000. 1. Keiner. 2. Berechtigt, aber verhandelt er es, selbst weiter zu verfahren. 3. Kein. 4. Wird in der Regel zugelassen. — C. B. 25. 99. C. Z. Rein. — W. Z. 10. 1. Ratschlag des Schlichters hätte eine Klage keine Aussicht auf Erfolg. 2. Das Hunde- und das Treppenrecht ist unbedenklich. Sie brauchen das Rechte nicht zu beachten, können auch dahin fragen, solche und ähnliche Störungen Ihres Rechts zu unterlassen. Ein Recht auf vorzeitige Aufhebung des Vertrages steht Ihnen jedoch nicht zu. — R. 10. 1. Ja. 2. Rein; Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet. — G. 6. Rechnen Sie jede Auskunft ab. Sie sind verpflichtet nur soweit zur Unterstüzung der Eltern und eventualen Erben der Armenfonds verpflichtet, als Sie und Ihrer Familie landesmäßiger Unterhalt hierunter nicht leidet. — R. Ja. — R. N. 100. § 103 I der Gewerbeordnung und die auf Grund dieser Bestimmungen erlassenen, örtlich verschiedenen Ordnungen entscheiden. Diese Ordnungen sind uns nicht bekannt. — P. B. 100. Werden Sie sich an den Buchbinder-Verband hier, Engel-Amer 15. — S. 16. Aufschlag der Räumung würde voraussichtlich als gültig in Ihrem Fall erachtet werden.

M. G. 906. N. J. Ja. — B. Z. 1. Sobald wie möglich, spätestens vier Wochen vor dem Reichstage, sollten Sie bei dem Standesbeamten, in dessen Bezirk Sie wohnen, das Aufgebot anmelden. Geburtsurkunden und Ihre Militärpapiere sowie die kirchliche, polizeilich beglaubigte Einwilligung des Vaters Ihrer minderjährigen Frau ist erforderlich. 2. Straf-sällig sind Sie nicht. Nachzahlung kann für fünf Jahre verlangt werden.

Schüler- Wasch- Anzüge

Viele Tausende
Exemplare.

Glatte, gezwirnte
und Körper-Gewebe.
Kleidsame, glatte
und faltige Fassons.
Strapazierfähig
und gut in Wäsche.

8.- 7.- 6.- 2 Mk.
5.- 4.- 3.-



Schüler- Stoff- Anzüge

Viele Tausende
Exemplare.

Bewährte Loden,
Cheviots, Zwirn-
buckskins, Diagonale
und andere
Stoff-Erzeugnisse.
Joppen- u. Jackett-
fassons.

24.- 21.- 18.- 9 Mk.
15.- 12.- 10.-

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus grössten Massstabes

Chausseestrasse 24^a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hobrechtstraße 59-60.

Jeder Herr

welcher Wert darauf legt

zu Pfingsten

elegante, gutsitzende und allgemein anerkannte preiswerte
Bekleidung zu tragen, soll und muß seinen Bedarf im

Spezial-Hause eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung

□ □ □ fertig und nach Maß □ □ □

Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

decken.

Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!
Nachdruck
verboten.

Sommer-Anzüge • Sommer-Paletots
Leinen-Joppen • Loden-Joppen • Lustre-Jacketts

Entzückende Auswahl in Knaben-Wasch-Anzügen.

Am Sonnabend und Sonntag verabfolgen wir beim Einkauf eines
Anzuges oder Paletots eine

elegante bunte Weste gratis!!

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Leske & Lehrer, 78 Kottbuser Damm 78

Aufbügeln und Reparieren der bei uns gekauften Sachen kostenlos.

Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen



Welche Herrenhüte
von M. 1,50 — M. 7,00
Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Einzelverkauf zu auffallend billigen, aber streng festen Preisen.

Oscar Arnold

Dresdenerstr. 116
Kein Laden (am Oranienplatz).

Filzhüte, Cylinderhüte,
Strohüte und Mützen

Engros! Export!
aussergewöhnlich reich-
haltige Auswahl!



Steife Herrenhüte
von M. 1,85 — M. 7,00
Nur fehlerfreie, moderne Ware!

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige

Herren-Garderobe

— Ersatz für Maß. —
Anfertigung nach Maß.

Tadellose Ausführung.

Julius Fabian,

Schneidermeister,
Große Frankfurterstraße 87. II.
Eingang Straußberger Platz.



TUMA- ZARI

Beste 2 Pfg.-Zigarette.

Was ist Reise-Cheviot?

Ein eleganter Anzugstoff in modernen echten Farben, reine Schat-
wolle, unzerreißbar, 140 cm breit, 3 Meter kosten 12 Mark franko.
Direkter Versand nur guter Stoff-Neuheiten zu Anzügen, Paletots,
Hosen bei billigen Preisen. Jeder genaue Vergleich überrascht.
Aus über 1000 Postorten liegen Nachbestellungen u. Empfehlungen
vor. Verlangen Sie Muster ohne Kaufzwang und portofrei.
1130L* Wilhelm Boetakes in Düren B 26 bei Aachen.

Jede Dame sollte

meine billigen Engrospreise zum Einzelverkauf beachten:

Damenunterrock mit buntem Bolant	1 M. 25 Pf.
Damenwäsche mit eleganter Stickerei	1 M.
Damenschentücher, gejämt	Duzend 98 Pf.
Damenschürzen, garniert	Stück 20 Pf.
Reste für Kleider und Hüfen	Stück 24 Pf.

Im Engrosgeschäft **Neuer Markt 1-2, Laden.**



W. Zapel,

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft

für Seiden- und Filz-Hüte.

Größte Auswahl in Strohhüten.
Lager in Schirmen und Mützen. 12042*

Partiewaren

Verkauf von **Gelegenheitskäufe • Restbestände • Musterkollektionen** soweit die Vorräte reichen:

Eine Partie Gürtel Schuppen auf Gummi . 78 Pf. Gummi m. Stahlpoints . 98 Pf. Glacéleder in Falten . 1.15 M.	Eine Partie Ripsband 6-10 cm breit sonst Meter 28 Pf. Meter 10 Pf.	Eine Partie Korsetts Gürtelfassons . . 68 Pf. Empiriefassons . 1.28 M. Frackfassons . . 1.95 M.	Eine Partie Damen-Segeltuch-Stiefel mit Besatz 2.85 M.
Eine Partie Kinder-Capes in marine Cheviot, mit farbigem Capuchon, f. das Alter von 3 bis 14 Jahren, Wert bis 3 M. 12 Mark Jede Größe	Eine Partie Damen-Blusen in weiß und farbig, neueste Fassons, Wert 1 M. bis 3.50 Mark	Eine Partie Kostümröcke , fußfrei, in Stoffen eng- lischer Art, Wert bis 4 M. 10 Mark	Eine Partie Damen-Strohhüte 68 Pf. Matrosenform mit Samitband . St.
Eine Partie Frauen-Hüte fertig gar- niert, alle 1 M. Formen und Farben	Eine Partie Mitons , weiß und farbig, mit Spitze, in allen Größen Paar 9 Pf.	Eine Partie Damenstrümpfe 34 Pf. Schwarz baumwollener Promenaden- engl. lang	Eine Partie Spitzen aller Art, wie Valenciennes, Spachtel, Tüll, Malin usw., schöne Sortiment und große Auswahl in allen Breiten und Farben, Meter von 3 an.
Ein großes Herren- u. Knaben-Strohhüte in allen mod. Sortiment Formen, von 38 an.			

Turmstr. 76.

Lachmann & Scholz

Ottostraße 1.

Die Maifeier in der A. G. O.

Wie teilten in der Dienstagnummer eine Resolution mit, die von einer Versammlung derjenigen Arbeiter angenommen war, die an der Maifeier in der A. G. O. sich nicht beteiligen wollten.

Da nun aus diesem Grunde eine Reihe von Genossen auch die Gründe der stehengebliebenen Arbeiter kennen zu lernen wünschen, und diese selbst in der Öffentlichkeit gehört werden wollen, geben wir den Bericht noch nachträglich:

Der von der Versammlung gewählte Vorsitzende Koch teilte zunächst mit, daß der Aktionsausschuß vom Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins wie auch die Ortsverbände des Metallarbeiterverbandes — Cohen und Handke — zu der Versammlung eingeladen worden seien.

Der Aktionsausschuß dagegen hatte schriftlich sein Bedauern ausgedrückt, der Einladung nicht Folge leisten zu können, da er sich in die inneren Streitigkeiten der Arbeiter des Werkes nicht einmischen könne.

Als erster Redner nahm hierauf Kummer das Wort. Er führte aus: In demselben Augenblick, wo die Einberufer der „Swinemünder“ Ausschußversammlung vom 7. Mai die Frage aus der Tagesordnung setzten: Bestand bezüglich der Maibestimmung bei allen im Betrieb Beschäftigten genügend Klarheit?, hätten sie damit schon von selbst zugegeben, daß diese genügende Klarheit nicht bestand.

Es habe denn auch tatsächlich eine große Unklarheit geherrscht. Die Aprilversammlung im „Swinemünder“, woselbst die erste Abstimmung über die Beteiligung an der Maifeier durch Arbeitsruhe erfolgte, sei von vornherein zu einem derartig weittragenden Beschluß gar nicht kompetent gewesen.

Dem einmal habe die Frage der Arbeitsruhe überhaupt nicht auf der Tagesordnung gestanden, sondern sei erst später in der Diskussion auf Tapet gebracht worden.

An der beabsichtigten Abstimmung aber hätten sich doch auch nur höchstens 1000 Personen beteiligen können, weil das Lokal mehr nicht faßt.

Es sei aber doch einfach unmöglich, daß 1000 Personen darüber entscheiden dürften, ob die 7000 im Werk Beschäftigten die Arbeit ruhen lassen sollten.

Uebrigens hätten die meisten Teilnehmer der Versammlung die Sache so aufgefassen, als sei nur darüber abgestimmt worden, ob man „im Prinzip“ für die Arbeitsruhe wäre oder nicht.

Nun, im Prinzip sei schließlich jeder für die Arbeitsruhe; es handele sich aber doch um die Durchführung. Das Verhalten der Vertrauensleute während der nächsten Tage sei aber auch nicht danach angefallen, Einheitslichkeit und Klarheit unter den übrigen Arbeitern zu schaffen.

Auf die vielseitigen Anfragen an sie, was denn nun eigentlich werden solle, seien von ihnen sehr ausweichende, und unbestimmte Antworten und Befehle erfolgt.

Dann sei die Stimmzettelwahl im Betriebe gekommen. Auch da hätten die meisten nicht gewußt, was damit bezweckt werden solle, um so mehr, als sie zweimal vorgenommen worden sei.

Bei den einen habe die Ansicht vorgeherrschet, als sollte per Stimmzettel festgestellt werden, ob der Betrieb der Leipziger Verbandesresolution entsprechend organisiert sei oder nicht; andere wieder hätten geglaubt, es handele sich um eine provisorische Feststellung darüber, wer wohl Lust habe, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Es seien eben keinerlei prägnante Anweisungen erfolgt, so wie sie sonst üblich waren. Davon aber, daß der Verband keine Unterstützung zahlen wolle, habe die Mehrzahl vor der geheimen Abstimmung gar nichts gewußt; erst nachher sei es bekannt geworden, daß aus Idealismus gefeiert werden solle.

Das habe dann natürlich viele Wankelmütigkeit gemacht. Als dann die Versammlung in den „Germania-Sälen“ stattfand, wo dann nochmal darüber abgestimmt werden sollte, ob die frühere Abstimmung aufrecht zu halten sei, konnte das Gros der Beschäftigten dort wieder keinen Zutritt erhalten, weil das Lokal nur gut 2000 Personen so fassen vermag und schon früh polizeilich abgeperrt war.

Man hätte aber auch damit rechnen müssen, daß die meisten der Ferngebliebenen infolge der allgemeinen Konfusion wohl eine Abneigung gegen die Arbeitsruhe hatten. Zu alledem habe es auch keinen guten Eindruck gemacht, daß der Obmann Wegner wegen der Maifeier mit der Direktion Rücksprache genommen habe.

Unter diesen Umständen sei es gar kein Wunder gewesen, wenn die Sache nicht klappte, sondern mit einer Wlamage endete, denn die meisten Arbeiter des Werkes hätten wohl unter dem Eindruck gestanden, als wenn es den leitenden Personen doch nicht recht Ernst mit der Feier sei.

Man hätte schon längere Zeit vorher mindestens drei Versammlungen einberufen müssen und dort klar und energisch für die Arbeitsruhe Propaganda machen, dann würde auch jeder gewußt haben, woran er war, so aber nicht. Redner schloß mit den Worten: „Wir sind doch meistens Leute, die jahrelang ihre Schuldigkeit in der Arbeiterbewegung getan haben, da kann man uns doch nicht mit nichts dir nichts ausschließen.“

Window sagte, er selbst habe befürwortet, daß jetzt nach 15 Jahren seit der ersten Maifeier auch dieses Werk endlich mal am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen müsse.

Ein Vertrauensmann aber habe davon abgeredet, denn man sei hier noch nicht so weit. Die Kollegen hätten tatsächlich nicht gewußt, daß die geheime Abstimmung als endgültiger Beschluß gelten sollte. Alles habe noch auf große Versammlungen gewartet. Wie weit die Konfusion gegangen sei, erhebe man auch daraus, daß viele Arbeiter glaubten, die Stimmzettel lämen von der Direktion und sollten an die Meister abgegeben werden.

Nabe, Transportarbeiter, kann die ganze Abstimmung nicht als korrekt anerkennen. 7400 Mann seien zur Zeit der geheimen Abstimmung im Werk beschäftigt gewesen. Stimmzettel seien aber nur 6657 ausgegeben worden. Davon seien 5082 zurückgegeben worden. Von den abgegebenen Stimmen hätten sich dann 3192 für und 1890 gegen die Arbeitsruhe erklärt. Damit sei erwiesen, daß nicht einmal die Hälfte der im Werk Beschäftigten für die Arbeitsruhe gestimmt hätten. Wäre korrekt vorgegangen worden, dann hätte das Ergebnis ein anderes sein müssen. Auch die Leitung des Transportarbeiterverbandes habe Fehler gemacht.

Brüggemann ist ebenfalls der Ansicht, daß über den Zweck der Abstimmung Unklarheit geherrscht hat. Vor allem aber seien die Arbeiter stutzig und wankelmütig durch die Erklärung geworden, daß es im Falle einer Aussperrung keine Unterstützung gäbe. Wäre das vor der Abstimmung gesagt worden, dann wäre keine Mehrheit für die Arbeitsruhe zustande gekommen, denn die meisten sagten sich eben, wenn sie so und so lange für den Verband gesteuert hätten, dann müßten sie auch bei dieser Gelegenheit auf den Verband rechnen können. Der Idealismus sei im Werk „Brennenstraße“ leider nur recht knapp vertreten. Viele kennen die Bedeutung des Wortes kaum. Wenn ihnen gesagt wurde: „Ihr müßt aus Idealismus feiern“, so verstanden sie darunter wohl die Teilnahme an der Feier als eine Art innerer Pflicht, aber noch lange nicht den Verzicht auf Unterstützung. Wer dies außer acht lasse, der kenne eben die Psychologie der Masse nicht. So wie die Verhältnisse in diesem Werk lägen, sei auf eine korrekte Durchführung der Arbeitsruhe von vornherein nicht zu rechnen gewesen, und bei richtiger Würdigung dieser Verhältnisse hätte die heutige Wlamage vermieden werden können.

Hinzu kommt aber, daß die an der Spitze der Organisation stehenden Verbandsvertreter seit langem nur sehr widerwillig für die Maifeier eintreten. Das wüßten die Metallarbeiter, deshalb hätten viele Verbandsmitglieder im Werk die diesmalige Agitation für die Maifeier auch gar nicht so besonders ernst genommen. So habe schon jeder gewußt, daß die Voraussetzungen der Leipziger Resolution für den Betrieb nicht erfüllt waren. Die Leipziger Resolution ist die Dornenbuche, in der die Metallarbeiter hängen bleiben.“ Sie sei eben gefahrt worden, um die Maifeier direkt unmöglich zu machen, denn ihre Vorchrift lasse sich in den meisten Großbetrieben mit Aussicht auf einen positiven Beschluß überhaupt nicht anwenden. Weil dem aber so sei, deswegen habe man hier im Werk den Vorbereitungen und Abstimmungen über die Maifeier, ganz abgesehen von der herrschenden Konfusion und dem Mangel an Begeisterung, vielfach nur eine untergeordnete, rein formale Bedeutung beigemessen.

Gerlach mißt der Leitung des Metallarbeiterverbandes ebenfalls die Hauptschuld an dem kläglichen Ausgang der Feier im Werk zu. Es sei ein allgemeiner Kuddelmuddel gewesen, so daß die Vertrauensleute selbst nicht wüßten, woran sie waren. Freilich, einen Teil der Schuld hätten auch die Nichtfeiernden auf sich geladen.

Darauf erhielt Wegner das Wort. Er gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Kummer und Brüggemann über angebliche Unklarheit und Inkorrektheit bei den Abstimmungen gesprochen haben, da beide doch an allen vorbereitenden Sitzungen teilgenommen hätten. Die geheime Abstimmung sei in dem Betriebe erfolgt, weil die Erfahrung lehre, daß sich immer ein Teil der Arbeiter von den Werkstattversammlungen drückt. Bei der Auszahlung habe der Beamte des Transportarbeiterverbandes ausdrücklich festgestellt, daß die Mehrzahl der Stimmen für Arbeitsruhe abgegeben wurde. Der Hauptgrund, daß die Transportarbeiter nicht feierten wollten, liege darin, daß sie fürchteten, nach einer event. Aussperrung nur zu dem niedrigsten Lohnsatz wieder eingestellt zu werden. Zur Direktion sei er gegangen, aber nicht um die Freigabe des 1. Mai zu erbitteln, sondern nur, um dort mitzuteilen, daß die Abstimmung erfolgt sei. Den größten Fehler hätten die Nichtfeiernden damit begangen, daß sie noch am 1. Mai unter sich selbst den Beschluß faßten, in den Betrieb hineinzugehen. In sonntäglicher Kleidung hätten sie sich zur Schichtzeit versammelt, wie wenn sie mitfeiern wollten, und dann seien sie truppweise durchs Fabriktor in die Werkstatt gefahren. Das beweise doch zur Genüge, daß die Nichtfeiernden ein schlechtes Gewissen gehabt haben. Jetzt würden ihm, Redner, Vorwürfe gemacht, weil er die Maifeier propagiert habe. Wie aber, wenn er seinen Einfluß als Obmann aufgebieten hätte, um die Maifeier hier abzuwürgen! Dann wäre von Parteigenossen und Verbandskollegen sicher ebenso auf ihm Holz gehakt worden, und am meisten vielleicht gerade von denen, die überhaupt nicht die Absicht zu feiern hatten. Um die Feier zu ermöglichen, habe es sich gar nicht anders machen lassen, als daß aus der Masse selbst die Anregung dazu kam und von der Masse auch unbeeinträchtigt die Entscheidung gefällt wurde. Denn die Organisation mußte sich passiv verhalten, weil die Leipziger Resolution mehr vollberechtigte Mitglieder verlangt, wie hier vorhanden waren.

Kummer erwiderte darauf, es sei doch auffällig, daß man jetzt mit einemmal die Masse habe entscheiden lassen wollen, während doch sonst die Masse von den Verbandsvertretern immer sehr sorgfältig geleitet, wenn nicht gar bezwungen werde. Gerade infolge dieser Erziehung zum Sich-leiten-lassen habe sich die Masse jetzt zur Selbstentscheidung als nicht sehr erwiesen. Uebrigens seien die Führer doch dazu da, um die nötigen Direktiven zu geben. Dies aber zu unterlassen und dann laut „Vorwärts“-Bericht den größten Teil der Masse hinterher als ehrlos zu brandmarken und aus den Organisationen zu stoßen, das habe jetzt nahezu zur Vernichtung der jahrelangen Organisationsarbeit geführt.

Sodann nahm Cohen das Wort. Er wolle aufrichtig betonen, es ärgere ihn durchaus nicht, wenn sich die Anwesenden durch den erwähnten Bericht im „Vorwärts“ getroffen fühlen. Bei näherer Überlegung aber müsse sich doch ein jeder sagen, daß er in seiner Stellung als Verbandsobmann nicht anders handeln konnte, als wie er hier gehandelt habe. Die Leipziger Resolution sei im Werk nicht erfüllt worden. Trotzdem habe er aber doch nicht die Maifeier „verbieten“ können. Was würden ihm wohl für Nachschläge erteilt worden sein, wenn er etwa das Arbeiten am 1. Mai empfohlen hätte, obwohl er sich der Schwierigkeiten, die der Durchführung der Arbeitsruhe im Wege standen, wohl bewußt gewesen sei. Dann hätte es doch in anderen Organisationen wie auch in der Partei wieder geheißen, Cohen habe die Maifeier vereitelt; sei er doch gerade hinsichtlich der Maifeier vielfach als Bremser beschrien. Ihm sei also gar nicht anderes übrig geblieben, als den Arbeitern die Entscheidung über die Arbeitsruhe selbst zu überlassen. Beschlossen sie dieselbe, dann hätten sie auch die Konsequenzen zu tragen; er habe dann keinerlei Verantwortung dafür zu übernehmen. Deswegen habe er auch gesagt: Macht was Ihr für nötig haltet, doch sorgt dann auch dafür, daß es klappt. Nun habe es in allen anderen Betrieben, wo die Arbeitsruhe beschloffen wurde, teils sehr gut, teils leiblich geklappt, nur hier in der Brunnenstraße nicht, und das sei Schuld der Arbeiter selber. Es sei leider nur zu wahr: Die jahrelange Organisationsarbeit sei hier jetzt mit einem Schlag vernichtet und die Einheitslichkeit zertrümmert. Wenn die Arbeiter im Zweifel darüber waren, wie sie sich verhalten sollten, so müßten sie doch durch das von den Obleuten der Großbetriebe herausgegebene Flugblatt eines anderen belehrt sein. Dies Flugblatt habe doch gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß am 1. Mai nicht gearbeitet werden solle. Ein Protest gegen das Flugblatt ist nicht erfolgt. Was nun die Frage des Ausschlusses angeht, so sei es einstweilen gleichgültig, ob derselbe einzeln oder im ganzen vollzogen wird. Er, Redner, habe ja gewußt, mit welchen Schwierigkeiten solch ein Massenausschluß verknüpft sei. Eine Organisation entscheide so und die andere so. Deshalb habe er ja auch die Einheitslichkeit der Prüfung und des Vorgehens gegen die nichtfeiernden Arbeiter befürwortet. Dies sei ja die einzige Forderung gewesen, die er an die Partei gestellt habe; alles andere kam nicht in Betracht. Die Partei habe ihr gleichzeitiges Einschreiten jedoch abgelehnt. Wie man ihm da vom Aktionsausschuß den Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit machen könne, sei ihm unerfindlich. Ein Redner habe nun von der „Psychologie der Masse“ gesprochen. Nun, er, Redner, kenne die Masse, und zwar besser wie mancher Gurratrompeter, die der Masse immer so sehr schmeicheln, wenn es ihnen gerade in den Kram paßt. Er wisse, daß die Masse leider noch nicht reif sei, die Arbeitsruhe am 1. Mai konsequent durchzuführen. Deshalb auch seine Bedenken. Deshalb habe er auch gesagt: Wenn Ihr Euch stark genug fühlt, nun gut, dann handelt auf eigene Faust. Ich aber lehne die Verantwortung für die Folgen der Maifeier ab; die mögen jene tragen, die so sehr für die Maifeier Propaganda gemacht haben.“ Auch heute noch sage er, niemand wäre froher wie er, wenn nachgewiesen würde, daß den Nichtfeiernden triftige Entschuldigungsgründe für ihr Verhalten zur Seite ständen, denn keine Organisation schliche gerne ihre Mitglieder ab. Doch wenn

sie bewußt und mit Absicht den einmal gefassten Beschluß durchbrochen hätten, dann haben sie Treubruch begangen und ehrlos gehandelt. (Große Erregung. Ruf: Dann hätten in verschiedenen Abteilungen einzelne mit großen Familien rausgehen müssen.) Nun, Klarheit könne am besten durch ein Ausschlußverfahren geschaffen werden. Zum Schluß erklärte Redner: Was ich in der Sache gesagt und getan habe, das halte ich vollständig aufrecht.

Auf eine Anfrage hin gab Cohen noch den Bescheid, daß sich Mittwoch die Ortsverwaltung darüber schlüssig werden wolle, ob das Ausschlußverfahren einzeln oder insgesamt eingeleitet wird. Die Versammlung wählte sodann zwei Mann, die bei dieser Ortsverwaltungsausschreibung als Vertreter der Nichtfeiernden gehört werden sollen. Hierauf wurde die schon mitgeteilte Resolution angenommen.

Verbandstag der Schmiede.

Berlin, 18. Mai.

Die heutige Sitzung begann mit der Fortsetzung der Debatte über die Streiktaktik. Einzelne Redner traten der vom Verbandsvorsitzenden empfohlenen Taktik entgegen; sie meinten, wenn man die von ihm befürwortete Vorsicht walten lasse, wenn man namentlich dem Vorstände die Entscheidung über Streik überlasse, dann würden die Mitglieder wohl kaum zum Streik kommen. — Andere Redner teilten dagegen den Standpunkt des Verbandsvorsitzenden vollkommen. In den Debatten wurden besonders die gegenwärtigen Kämpfe in der Metallindustrie berücksichtigt, bei denen der Schmiedeverband in Mitleidenschaft gezogen ist, ohne daß seine Mitglieder unmittelbar an diesen Bewegungen interessiert sind. Ferner wurde die Frage erörtert, wie man der von den Unternehmern beliebten Aussperrungstaktik begegnen könne. Anerkannt wurde, daß man hinsichtlich der Streiktaktik einen Unterschied machen müsse zwischen den Großbetrieben und den Kleinbetrieben, mit denen das Schmiedegewerbe noch sehr zu rechnen hat. Die verschiedenen Verhältnisse im Groß- und im Kleinbetrieb erfordern natürlich auch eine verschiedene Taktik. — Einleitend der Agitation hatte der Verbandsvorsitzende lange in einem Antrage verschiedene Vorschläge gemacht über die Einteilung der Gauen, Anstellung von besoldeten Gauleitern und dergleichen mehr. Unter anderem beantragt er, daß die Gauvorsitzer durch die Generalversammlung gewählt werden sollen, während sie bisher auf Grund einer Vorschlagsliste des Hauptverbandes von den Mitgliedern des Gaus gewählt wurden. — Diesem Vorschlag traten verschiedene Redner entgegen. Sie verlangten, daß den Gauen das Recht der Wahl erhalten bleibe. — Sabbath, der Vertreter der Generalkommission, führte dazu an, daß weder die Wahl der Gauleiter durch die Generalversammlung noch die Wahl durch den Gau selbst zu empfehlen sei. Er trat dafür ein, daß die Gauleiter vom Verbandsvorstande ernannt werden, weil derselbe am besten in der Lage sei, die für einen so verantwortungsvollen Posten geeigneten Personen herauszufinden.

Der hierzu vorliegende Antrag des Verbandsvorsitzenden Lange, sowie seine gestern mitgeteilte Resolution zur Taktik wurden einer Kommission zur Beratung überwiesen.

Hierauf erfolgte der Bericht über den Kölner Gewerkschaftskongress, den Seeger-Düsseldorf erstattete. Er bemerkte unter anderem, die wichtigsten Punkte der Kongresshandlungen seien der Generalstreik, die Maifeier und die Grenzstreitigkeiten. — Der Generalstreik sei eine Frage, welche die Schmiede vorläufig noch nicht diskutieren brauchen, denn sie hätten zunächst noch mit der agitatorischen und organisatorischen Kleinarbeit in ihrem Verufe zu tun. — Die Kölner Debatten über die Maifeier hätten die Folge gehabt, daß sich die diesjährige Maifeier so imponant gestaltete. Da der Volkswille sich für die Maifeier entschieden habe, dürften die Führer nicht bremsen. In dieser Angelegenheit müsse zwischen der Partei und den Gewerkschaften Uebereinstimmung herrschen.

Menge-Werlin, dem auch Bahne-Königs-Wusterhausen zustimmte, wandte sich gegen die Art, wie der Generalstreik in Köln behandelt worden sei. Er meinte ferner, der Gewerkschaftskongress sei nicht der Ausdruck der Meinung der Arbeiter, denn es seien dort nur Gewerkschaftsbeamte vertreten gewesen. — Im weiteren Verlauf der Debatte traten verschiedene Redner, besonders Sabbath, der Auffassung entgegen, als ob die Beamten, welche doch durch das Vertrauen der Mitglieder auf ihren Posten berufen sind, nicht die geeigneten Vertreter der Arbeiterinteressen wären. Besonders wiesen auch andere Berliner Delegierte darauf hin, daß ihr Kollege Menge fast regelmäßig in Mitgliederversammlungen gegen die Verbandsbeamten aufträte und man deshalb auf seine Ausführungen über diesen Punkt nicht viel geben könne. Andererseits kam aber auch die Meinung zum Ausdruck, daß auf dem künftigen Gewerkschaftskongress nicht, wie es auf dem Kölner Kongress der Fall war, nur drei Angestellte des Verbandes die Schmiede vertreten sollen, sondern daß auch Delegierte aus den Reihen der Mitglieder gewählt werden sollen. Hierzu wurde denn auch ein von H. D. Dresden gestellter Antrag angenommen, welcher besagt, auf dem Gewerkschaftskongress soll der Verbandsvorsitzende als Vertreter des Vorstandes anwesend sein, die weiteren Delegierten sollen durch Urabstimmung der Mitglieder gewählt werden und zwar so, daß auf je 5000 Mitglieder ein Delegierter kommt.

In der Nachmittags-sitzung begann die Statutenberatung. Ein Antrag, den der Verband von Hamburg nach Berlin zu verlegen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, den Beitrag, der bisher für männliche Mitglieder 30 Pf., für weibliche 20 Pf. betrug, auf 55 bzw. 35 Pf. zu erhöhen. — Zur Anstellung besoldeter Gauleiter (deren der Verband bis jetzt je einen für Sachsen, Rheinland-Westfalen und Südwestdeutschland hat) beschloß die Generalversammlung, daß nach Bedarf in allen Gauen, wo es noch nicht geschehen ist, besoldete Gauleiter durch den Vorstand und Ausschluß anzustellen sind. Der Gau I (mit dem Sitz in Königsberg) soll dabei zuerst berücksichtigt werden. Durch einen anderen Beschluß wurde ein erweiterter Vorstand eingeführt, der in besonderen Fällen Beschlüsse zu fassen hat, die für die Mitglieder bindend sind. Der erweiterte Vorstand besteht aus dem Hauptvorstand, den Gauvorsitzern, dem Redakteur des Verbandsorganes, dem Vorsitzenden des Ausschusses und dem Vorsitzenden der Prekominmission. Der Sitz der Prekominmission, der bisher in Berlin war, wurde nach Hamburg, dem Sitz des Verbandsorganes, verlegt. Hierauf ging der Verbandstag zur Beratung des Streikreglements über, die morgen fortgesetzt wird.

Der Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Beih., 17. Mai. (Fig. Ver.)

Ein scharfer Wind weht jetzt gegen die Streikenden von oben herab: Ueber hundert Strafmandate sind an die Einwohnerchaft von Streckau und Umgegend ausgeteilt worden. „Grober Anflug, Belästigung Arbeitswilliger, Streikpostenstellen, „Lächerlicher Anzug“, Refuzieren, Tragen von Uniformstücken ohne behördliche Genehmigung“ usw. usw. Das sind so die ständigen Requisiten, mit denen die hochwohlwollenden Behörden und ihre Polizei den Ausständigen gegenüber arbeiten. Selbstverständlich wird gegen die an masse ausgefertigten Strafmandate Einspruch erhoben werden. Morgen findet in Hohenmölsen bereits ein

Termin gegen überse Streikführer statt. Am 23. ein weiterer Termin in ebenfolcher Sache" in Leuchern. Voraussichtlich werden in nächster Zeit die gesamten Schöffengerichte des Streikgebietes mit den Verurteilungen in Streiksachen sich zu beschäftigen haben. Was da alles jutage gefördert werden mag...

Von den Leipziger Braunkohlenwerken bei Auktio sind bis jetzt gemeldet 112 Mann als ausständig. Die Verwaltung jener Gesellschaft hat besonders umfangreiche Arbeiterkolonien gegründet, um sich einen möglichst großen Stamm von ergebenden Arbeitern zu sichern. So hat sie in der Gemarkung bei Albersdorf allein eine ganze Reihe Doppelarbeiterhäuser gebaut und diese mit Bergarbeitern besetzt. Außerdem hat sie die Vändereien eines anderen Dorfes zum großen Teil aufgekauft. Die dazu gehörigen Gebäulichkeiten, die früher den Zweeken der Landwirtschaft gedient hatten, hat die Gesellschaft zu Arbeiterwohnungen umgebaut, und so sind in einem Dorf nur noch ganze zwei Bauern vorhanden, das andere sind Arbeiter. Als nun die Arbeiter in den Streik traten, war nichts natürlicher, als daß die Verwaltung des Werkes mit Ermittlung drohte, wenn die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen würde. Hiergegen wehrt sich nun aber die Gemeindevorsteherung. Die Leute wohnen zum Teil bereits über zwei Jahre in den Häusern, sie haben in dieser Zeit den Unterstuhlungswohnort erworben; wenn sie nun seitens der Grubenverwaltung hinausgeworfen, ermittelt werden, erwacht den Gemeinden die gesetzliche Pflicht, für Unterkunft der Ermittelten sorgen zu müssen. Den Interventionen der Gemeindevorsteher in den betroffenen Ortschaften ist es jedenfalls zu danken, daß nicht eine 45stündige Frist den Leuten zur Räumung der Wohnungen gewährt wurde, wie im Bornaer Revier, sondern eine solche von 14 Tagen. Trotzdem zeigt auch dieser Vorgang aufs eindringlichste, was von der „Wohlfahrts-Einrichtung“ der Werkswohnungen zu halten ist. Es kann seitens der Presse nicht oft und nicht eindringlich genug davor gewarnt werden! Wie das Gericht in Reiz erst vor einigen Tagen entschieden hat, ist der Arbeiter gehalten, entweder die Arbeit aufzunehmen — oder auch, er darf sie auch unter den elendesten Bedingungen, bei miserabelster Behandlung und Entlohnung gar nicht erst niederlegen — oder die Wohnung zu räumen. Nun haben die Leute in der Regel auch eine kleine Gärtnerei oder ein Stückchen Feld; beides ist vielleicht mit Früchten besetzt; kommt eine Auswärtsbewegung, so ist die Grubenverwaltung jederzeit in der Lage, den schärfsten Druck auf die Inhaber von Werkswohnungen ausüben zu können. Hierdurch erweisen sich diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ augenfällig als das, was sie in Wirklichkeit sind: Eine drückende Kette, ein wirksames Instrument, den Arbeiter völlig unter der Vormachtigkeit der Grubenverwaltung zu halten, ihm das freie Selbstbestimmungs- und Verfügungsrecht über seine Arbeitskraft illusorisch zu machen. Derartige Leute sind um kein Jota besser davon wie die 3 in 1 Männer von Ostpreußen und Posen, die Lohnflaven der ostelbischen Großgrundbesitzer!

Nach den Berichten der Werkspresse sinkt die Ziffer der Streikenden täglich wieder — obgleich das Gegenteil der Fall ist. Einige Worte mögen die Art dieses Falls, denn weiter ist es nichts, dartun. Bekanntlich haben circa 500 Streikende in anderen Bezirken und Orten Unterkunft gefunden. Außerdem haben andere Hunderte die Abkehr erhalten. Die Werte zählen jene Leute aber nun nicht etwa mit, sondern streichen sie einfach aus den Ziffern der Ausständigen. Sie haben es schon vollständig in der Hand, die Streikziffer beliebig zu gestalten; je nachdem sie den Leuten mehr oder weniger Abkehrschneise zuschickt! Auf diese ganz patente Art ist die Werkspresse nach Verleihen in der Lage, jederzeit „feststellen“ zu können, daß Streikende überhaupt nicht mehr vorhanden, daß der Ausstand für die Grubenbesitzer „beendet“ und „gegenstandslos“ sei! Die Zeitung des Gewerksvereins (G.D.) bringt es trotz ihres eklatanten Verrats, den sie in dem Streik an Arbeiterinteressen verübt hat, noch fertig, eine „Agitation größeren Stils“ im Weisfeld-Rebierre nach Beendigung des Ausstandes anzukündigen. Die Oberkirche versprechen dabei, daß öffentliche Versammlungen stattfinden sollen. Wir Gewerksvereine brauchen das Licht des Tages und die bestmögliche Öffentlichkeit nicht zu scheuen, schreiben sie — ohne dabei rot zu werden. Redefreiheit, Öffentlichkeit, Versammlungsfreiheit — und Gewerksverein, das mag ein Leben werden!

Gerichts-Zeitung.

Prozess Spiegel.

Der Prokurist, Buchhalter und Kassierer Hugo Spiegel, der im August vorigen Jahres nach Verüben von Unterschlagungen in der Gesamthöhe von circa 800 000 M. das Weite gesucht hatte, stand gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte wird beschuldigt, in den Jahren 1901 bis 1905 durch mindestens 15 selbständige Handlungen den Oberbischöflichen Hofwerken und Chemischen Fabriken Aktiengesellschaft gegen 800 000 Mark bares Geld unterzulegen und durch dieselben Handlungen sich gleichzeitig der Untreue und der Urkundenfälschung schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte hat seine Unterschlagungen in folgenden Einzelposten begangen: 1901: 40 000 M., 80 000 M., 60 000 M.; 1902: 30 000 M., 25 000 M., 15 000 M.; 80 000 M., 70 000 M.; 30 000 M.; 1903: 40 000 M.; 1904: 120 000 Mark, 80 000 M.; 1905: 80 000 M., 60 000 M. Das sind zusammen 800 000 M. Der Angeklagte stammt aus Weuthen, wo sein Vater Kaufmann war. Er hat das Gymnasium in Weuthen bis Obertertia besucht und ist dann in die kaufmännische Lehre eingetreten. Er erhielt Stellung in Gleiwitz und trat dann in das Stammgeschäft bei Fritz Friedländer, dem jetzigen Geheimen Kommerzienrat v. Friedländer, dann in die jetzt geschädigte Gesellschaft ein, deren Aufsichtsratsmitglied v. Friedländer ist. Deren Kassierer und Prokurist ist er seit 1888. Er erhielt ein festes Gehalt von 10 000 M. und dazu eine ihm garantierte Minimal-Lohnsumme von 5000 M. Mit 25 Jahren verheiratete er sich und ist Vater zweier Kinder. Sein Leben hat er mit 40 000 M. verächtelt. Er lebte auf sehr großem Fuß, er wohnte in Wilmersdorf. Er gibt im allgemeinen zu, die ihm zur Last fallenden Unterschlagungen im Gesamtbetrag von 800 000 M. begangen und dabei allerlei Fälscheri und raffinierte Umgehungs-Kunststücke begangen zu haben, um seine Voruntretungen zu verdecken. Die Hauptsumme der Unterschlagungen vermindert sich etwas, indem 80 000 M. und 60 000 M. wieder an die Gesellschaft zurückgefließen sind, letztere Summe allerdings erst, indem er auf neue 90 000 M. unterschlug. Demgemäß beträgt die Gesamtsumme der Unterschlagungen 720 000 M. Der Angeklagte versichert wiederholt, daß er alles Geld zu verhehlten Börsenspekulationen geopfert habe. Er sei auf die schiefse Ebene zunächst dadurch gelangt, daß er für einen nahen Verwandten, den er aber trotz wiederholter Aufforderung des Vorstehenden nicht nennen will, eine Garantie in Höhe von 5000 M. geleistet habe. Um den Verlust wieder einzubringen, habe er sich auf Börsenspekulationen eingelassen. Er hat tatsächlich mit Berliner Bankfirmen in Verbindung gestanden und will auch bei Londoner, Pariser und Brüsseler Banken große Verluste erlitten haben. Die angestellten Nachforschungen haben nur ergeben, daß die Spekulationsverluste des Angeklagten 350 000 M. betragen haben. Der Verbleib der noch übrig bleibenden Summe von 370 000 M. ist nicht aufzuklären. Der Angeklagte behauptet dabei, daß er keinerlei Beträge beiseite geschafft habe und versichert, die Wahrheit von Anfang an gesagt zu haben. Als ihn in Paris ein Herr Arthur Cohn erkannte und seine Verhaftung betrieß, hat er diesen bestimmt, ihn doch freizulassen und hat dabei in etwas mysteriöser Weise gejamert: „Ach Gott, meine arme Frau, ach Gott, ohne Nahrung, ohne Luft!“ Der Angeklagte bestrittet, etwas von einer Luftung gesagt oder bei seiner Festnahme etwas zerrissen zu haben, wie behauptet wird. Von Tarsow aus, wo er sich zur Kur aufhielt, hat er einen Brief geschrieben, worin er bekannte, 720 000 M. unterschlagen und Jahre hindurch die Buchhalterei betrogen und Fälschungen der Bücher begangen zu haben. Er habe

keinen Mitschuldigen und habe alle seine Verwandten über seine Vermögenslage getäuscht. In dem Privatverhör am 23. August 1905 ist eine Reihe von Kontokorrent-Auszügen der Breslauer Diskontobank und der Oesterreichischen Landesbank vorgefunden worden. In diesen Auszügen hat der Angeklagte die sich für die Gesellschaft ergebenden Schuldsalden durch Rajuren und Verbesserungen verändert. Er hat diese Veränderungen vorgenommen, um den Tatbestand zu verdecken und die Unterschlagungen zu verwickeln. Denn bei einer etwa vorgenommenen Revision konnte er die in seinem Gewahrsam befindlichen Kontokorrent-Auszüge mit den gefälschten Saldo vorlegen, die es den Revisoren fast unmöglich gemacht hätten, die Unterschleife zu entdecken. — Die Manipulationen, die der Angeklagte in den Büchern vorgenommen hat, sind außerordentlich verschmitzt und kompliziert.

Der Staatsanwalt beantragte 10 Jahre Zuchthaus, 15 000 M. Geldstrafe eventuell noch 100 Tage Zuchthaus und 15 Jahre Ehrverlust. Das Urteil des Gerichts lautete auf vier Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte trat die Strafe sofort an.

Die Verhandlung ließ keinen Zweifel darüber — Staatsanwalt und Gericht anerkannten dies — daß bei ausreichender Kontrolle die höchst plumpen Fälschungen und Unterschlagungen längst hätten erwidert werden müssen. — Weshalb der Aufsichtsrat auch für ausreichende Kontrolle nicht gesorgt hat, ergab die Verhandlung nicht.

Zur Verfassbarkeit von Schuttmannsangelegenheiten.

„Die Polizei ist die Seele des Staats“. Dieser Grundsatz des absolutistischen Polizeistaats gilt in Preußens Klassenstaat nicht auf dem Papier, wohl aber in der durch die Interessen der Junkerbörse beherrschten Wirklichkeit. Die Polizei als Instrument der herrschenden Klasse gegen die Interessen der Arbeiterklasse kennt alles, kann alles, darf alles, ist allweise und allmächtig, unfehlbar, ohne Fehl — das ist die Quintessenz des Autoritätsglaubens, den die kapitalistische Herrschaft des mobilen und immobilien Kapitals dem Lämmel Volk glauben einbläuen zu müssen. Das Ermenen des „Schuttmanns“ steht nach Ansicht des Kammergerichts sogar weit über dem Recht des Gerichts, Tatsachen zu prüfen, wenn es sich darum handelt, unter dem Vorwand, eine Polizeiverordnung verletzt zu haben, Arbeiter deshalb zu bestrafen, weil sie das reichsgesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht durch Streikpostenstehen ausgeübt haben. Das Ermenen des Schuttmanns muß also zur Wiederherstellung von Regungen des richterlichen Bewusstseins gegen Bestrafungen für Ausübung gesetzlich festgelegter Rechte dienen.

Eine hohe Aufgabe weist die herrschende Klasse in Verwaltung und Rechtspflege dem Schuttmann zu. Als Erziehungsmittel zur Erfüllung der ihm auferlegten Pflichten dient neben einer formlich-brotengeordneten zehnjährigen, ab und an durch Knippenstrophlogit verschönernten militärischen Vorbereitungszeit eine leinewege glänzende soziale Stellung. Angezogenster, an militärischen Drill häufig erinnernder Dienst, Unterdrückung jeder individuellen Betätigung, geringe Bezahlung, sind Mittel, um die polizeiliche Schuttruppe zum Schutz der Interessen der herrschenden Klasse wachzuhalten. Wenn dann selbst vom Gericht anerkannte Ausschreitungen einzelner Schutteleute den Ruf eines Schynes vor Schutteleuten wecken, so vergißt man gar zu leicht, daß dieser Ruf nicht erforderlich sein würde, wenn die Schutteleute nicht als Organe der herrschenden Klasse fungierten. Diese heischt sorgfaches Auftreten, Anzeigen und Vergleichs gegen Arbeiter und Mittelstand. Nur hin und wieder ist es den Opfern dieses Polizeisystems vor Gericht möglich, ihre Unschuld und die Schuld des Schuttmanns zu beweisen. Ein solcher seltener Fall ereignete sich am Mittwoch vor dem Charlottenburger Schöffengericht, Abteilung 16. Der Handelsmann Hugo Siewitz aus Berlin, Pappel-Allee, hatte gegen drei polizeiliche Strafbefehle gerichtliche Entscheidung beantragt, deren Vater der Schuttmann Kawrakyl O. 56 war. Die Strafbefehle beschuldigten den Handelsmann dreier schreulicher, angeblich am 22. 23. und 24. März begangener Straftaten: einmal sollte er durch Ausgehen von Fischblut das Straßenpflaster verunreinigt, ferner sollte er ein lahmes Pferd benutz und endlich — o Graus! — an seinem ambulanten Grünkradwagen keine vorschriftsmäßige Laterne gehabt haben. Der Angeklagte bestritt entschieden, sich irgend strafbar gemacht zu haben. Infolge der Aufmerksamkeit des Schuttmanns, der nach Ueberzeugung des Angeklagten beobachtet hat, was in Wahrheit nicht existierte, hat er bereits an 300 M. Strafgebe bezahlt. Das hat ihn zur Verzweiflung gemacht. Sowie er den Schuttmann Kawrakyl sieht, fällt ihm bei, daß dieser wiederum aus der vierten Dimension inspiriert sein könne, und bittet deshalb einwandfreie Zeugen, Passanten oder Käufer, während der Inspektion durch die Polizeibeamten ihm zur Seite zu stehen und genau auf alles zu achten. Diese Vorsicht erwies sich als sehr praktisch.

Bezüglich des angeblich ausgegossenen Fischblutes belundeten glaubwürdig zwei Frauen, daß es an jenem Tage geregnet und nur das Regenwasser durch die porösen Kleben sich mit dem Blut der toten Fische vermischt habe und so von selbst etwas auf das Pflaster durchgesickert sei, was von der den Wagen begleitenden Verkäuferin sofort beseitigt worden sei. Kummermehr sei etwas „ausgegossen“ worden. Högernd nach wiederholten Vorhaltungen des Vorstehenden gab der Schuttmann zu, daß das Blut sofort wieder aufgewischt worden sei; trotzdem freilich habe er die mit ihm solche Denunziation gemacht. Das angeblich lahme Pferd hat der Angeklagte sofort von dem Tierarzt Scheper untersuchen lassen. Dieser bekundete, daß das Pferd nicht gelahmt habe, sondern durchaus gebrauchsfähig gewesen sei. Ebenso behaupten andere Frauen im Gegenfah zu dem Beamten, die Laterne habe gut gebrannt und sei weder nach vorn noch nach den Seiten verdeckt gewesen.

Der Staatsanwalt beantragte selbst in allen drei Fällen die Freisprechung. Das Gericht machte den Schuttmann darauf aufmerksam, daß ihm nach § 501 der Strafprozessordnung die Kosten auferlegt werden könnten, wenn angenommen würde, daß die Anzeige wider besseres Wissen oder auf großer Fahrlässigkeit beruhend, gemacht worden ist, und gab ihm Veranlassung, sich zu verteidigen. Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorstehende: Der Angeklagte wird in allen drei Fällen freigesprochen, dem Schuttmann Kawrakyl werden sämtliche Kosten auferlegt. Denn er hat nach Lage der Sache wider besseres Wissen, mindestens aber auf großer Fahrlässigkeit beruhend, die Anzeigen erstattet. Die ganze Art und Weise wie er vor Gericht aufgetreten sei, habe dem Gericht keinen Zweifel gelassen, daß die Auszügen des Schuttmanns wahrheitswidrige sind, denn sie seien durch andere durchaus glaubwürdige uninteressierte Zeugen widerlegt. Insbesondere sei die Anzeige, daß der Angeklagte durch Ausgehen von Fischblut, die Straße verunreinigt haben soll, nach Ansicht des Gerichts eine demut unwahre.

Leider gelangt der Nachweis der Unschuld des Angeklagten und der Verurteilung des Schuttmanns nicht immer. Würde stets von dem § 501 Str.-Pr.-D. Gebrauch gemacht, so dürfte die Zahl der Anzeigen erheblich zurückgehen. Recht sonderbar kontrastiert zu dem geschilderten Falle eine Beschwerde des Charlottenburger Polizeipräsidenten, die dieser über Angriffe, denen Schutteleute seitens Angeklagter ausgefetzt seien, an den Ersten Staatsanwalt gerichtet hat. Ein gründliches Mittel zur Beseitigung des polizeipräsidenten Nummers gibt es: Unterlassen und unberechtigter Strafbefehle und Strafanlagen.

Landtagsabgeordneter Köhler vor dem Reichsgericht.

Der antisemitische heftige Landtagsabgeordnete, Landwirt und Bürgermeister Philipp Köhler war am 7. November wegen Verleumdung mit 3 Monaten Gefängnis, der Redakteur Spitzinger mit 500 M. Geldstrafe belegt. Ueber den Prozess haben wir seinerzeit ausführlich berichtet. Auf dem Friedhofe zu Oberstadt war die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden worden. Mehrere weibliche Personen wurden als der Tat verdächtig vor das Bürgermeisterramt geladen und ärztlich untersucht, wobei Minna G. als die Schuldige ermittelt wurde. Ein anderer Arzt sollte dann allerdings festgestellt haben, daß sie unschuldig sei. Köhler veröffentlichte nun einen Artikel,

sprach darin von empfindenden Eingriffen der Kirche, von Verbrechen gegen die persönliche Freiheit und die Sitte und stellte die Frage, ob die großherzogliche Regierung gewillt sei, das so gehen zu lassen. Er hatte die Angabe, daß der zweite Arzt die Unschuld der G. feststellt habe, für wahr gehalten und daraus seine Schlussfolgerungen gezogen.

Eine amtliche Berichtigung stellte dann die Unrichtigkeit der vom Angeklagten Köhler behaupteten Tatsachen fest. Das Gericht verurteilte ihn wegen Verleumdung der in Betracht kommenden Staatsanwälte, Richter und Weibungsbeamten. Der Angeklagte R. hatte als Landtagsabgeordneter den Besch des § 193 in Anspruch genommen. Das Gericht war aber der Ansicht, daß er zu den Interessen Dritter nicht in so konkreten Verhältnissen gestanden habe, daß er sich für befugt halten konnte, ihre Interessen zu wahren. Eine Anfrage bei den betr. Beamten hätte genügt, um den Sachverhalt aufzuklären. Natürlich hätte der Angeklagte die Sache dem Landtage vorlegen können, aber er habe sie nicht vorher in einer Zeitung veröffentlicht dürfen. Das Reichsgericht verwarf die Revision. Es verblieb bei seiner einengenden Auslegung des § 193 St. G. B.

Zwei Todesurteile rechtskräftig.

Das Reichsgericht verwarf am Donnerstag in zwei Strafsachen, in denen auf Todesstrafe wegen Raubmordes erkannt war, die Revision. Das eine Urteil betraf den am 30. März vom Schwurgericht in München verurteilten Holzhändler Wilhelm Rölller, das zweite den vom Schwurgericht in Nürnberg am 4. April abgeurteilten Spinner Adam Raier.

Schulpflicht und Unterricht im Ausland. Herr Rolle aus Gelsenkirchen hatte seinen schulpflichtigen Sohn, der so lange die Schule in Gelsenkirchen besucht, nach Holland gebracht, wo er ihn in einem Dominikaner-Kolleg erziehen ließ. Eine Genehmigung der preussischen Schulbehörde war dazu nicht erteilt worden. Das Landgericht Essen verurteilte demnach R. auf Grund einer Regierungsverordnung vom 21. Dezember 1895 zu einer Geldstrafe, weil er seinen Sohn ohne genügenden Grund vom Schulbesuch (in Preußen) fernhalte. Das Landgericht ging davon aus, daß die Erfüllung der Vorschriften des Allgemeinen Landrechts über die Schulpflicht (Titel 12, Teil II) bei einem Schulunterricht im Auslande nicht garantiert sei. Wenn im Allgemeinen Landrecht (Beziehungsweise in der Rheinisch-Westfälischen Provinz) bestimmt sei, daß Eltern ihre Kinder, wenn sie ihnen nicht zu Hause einen gleichwertigen Unterricht zu teil werden lassen, in eine öffentliche Schule schicken müßten, so könne das nur eine inländische Schule sein. Nur beim Besuch einer inländischen Schule wäre es der Schulaufsichtsbehörde möglich, festzustellen, daß das Kind die im Allgemeinen Landrecht verlangten, einem jeden vernünftigen Menschen seines Standes zukommenden Kenntnisse erlangt. Auch ließe sich nur dann die Bestimmung des § 45 II 12 Allgemeinen Landrechts durchführen, wonach die Schulaufsichter (Schulinspektoren) verpflichtet seien, darauf zu halten, daß jedes schulpflichtige Kind die Schule besuche, sowie nötigenfalls die nachlässigen Eltern durch Zwangsmittel und Strafindrohungen dazu anzuhalten. Der Unterricht des Knaben im Auslande schätze R. nicht gegen die Bestrafung.

Das Kammergericht verwarf am 17. Mai die vom Angeklagten eingelegte Revision, da die Rechtsauffassung des Landgerichts den wiederholt vom Kammergericht angenommenen Grundsätzen entspricht, die freilich, ganz konsequent angewendet, das völlig unhaltbare Verbot in sich schließen, daß ein schulpflichtiges Kind im Auslande erzogen werde.

Aus der Frauenbewegung.

Raumann läßt sich hören — zur Dienstbotenbewegung. Die „Nisse“ läßt sich also vernehmen: „Der von uns schon berichtete Augenblickserfolg der Rimböcher Sozialdemokraten in der Organisation daziger Dienstmädchen scheint für die sozialdemokratische Partei das Signal zu einem ähnlichen Organisationsversuch in den anderen Großstädten gegeben zu haben. In München und neuerdings in Berlin macht man Anstrengungen, die Dienstboten gewerkschaftlich zusammenzuschließen. Der Abgeordnete Stadthagen hat zu diesem Zwecke kürzlich in Berlin eine öffentliche Versammlung abgehalten, die natürlich auch von Arbeitern zahlreich besucht war und in der von den Dienenen die Führerinnen der Berliner Dienstbotenbewegung das Wort ergriffen. Diese stellten sich vernünftigerweise auf den Standpunkt, daß sie die Hilfe in der schwierigen Organisationsarbeit willkommen heißen, woher immer sie angeboten werde. Ob sie freilich auf die Dauer trotz aller politischen Raibität mit der sozialdemokratischen Unterstützung in ihren Organisationsversuchen weiter kommen, ist recht zweifelhaft. Gerade für die Berliner Dienstboten steht fest, daß sie von Haus aus wenig Fühlung mit fortgeschrittenen organisierten Arbeitern haben. Sie stammen meist aus kleinbürgerlichen Kreisen vom Lande und kommen mit dem ganzen Horror vor der Sozialdemokratie nach Berlin, der die ostelbischen Landgebiete beherrscht. Natürlich werden die allermeisten Dienstherrschaften sich nicht bemühen, freundschaftlicherer Gesühle für die Sozialdemokratie bei ihren Hausangestellten zu erwecken. Da von politischer Weiterbildung natürlich bei den großstädtischen Dienstboten keine Rede ist, wird die Sozialdemokratie hier noch mehr als bei der schwierigen Organisation der Fabrikarbeiterinnen auf Granit beißen.“

Hier spricht der Wunsch als Vater des Gedankens. Gewiß sind bei der Organisation der Dienstboten Schwierigkeiten zu überwinden. Aber die Sozialdemokratie hat schon so viele Schwierigkeiten überwunden, daß sie auch mit dem Horror vor den Sozialdemokraten bei den Dienstboten fertig wird. Allerdings, die Genossinnen müssen hier helfen. Ihre Aufgabe ist es, Anknüpfungspunkte mit Dienstboten zu suchen und sie aufzuklären. Wenn man sich lediglich auf ihn und wieder einüberstehende Versammlungen beschränken wollte, dann wäre nicht viel zu erwarten. Die holdseligen frommen Wünsche der „Nisse“ werden unsere Genossinnen zuschanden machen.

Der schwedische Reichstag für das Frauenwahlrecht. Bei dem diesjährigen Schiffsbruch der Wahlrechtsreform haben beide Kammern des schwedischen Reichstages einen Beschluß gefaßt, der immerhin theoretisch als ein Fortschritt anzusehen ist, nämlich den, die Regierung aufzufordern, die Frage der Einführung des politischen Frauenwahlrechts zu prüfen. Dies wurde auf Vorschlag des Verfassungsausschusses in der Ersten Kammer mit 69 gegen 60, in der Zweiten mit 127 gegen 100 Stimmen beschlossen. In den beiden vorausgehenden Jahren ist derselbe Antrag, der von dem Abgeordneten Lindhagen, dem demokratisch gestimmten Bürgermeister Stockholms, eingebracht wurde, von beiden Kammern abgelehnt worden. Man muß nun nicht etwa glauben, daß sich inzwischen die Mehrheit der Abgeordneten, vielleicht gar die der Ersten Kammer, aus reinem Gerechtigkeitsgefühl für das Frauenwahlrecht begeistert hat. Vielmehr liegt die Sache so, daß ein Teil der Reaktionären in der Erörterung dieser Frage ein willkommenes Mittel zur weiteren Verzögerung der verhassten allgemeinen Wahlrechtsreform erblickt, und falls diese Reform nun doch schließlich unumgänglich wird, das Frauenwahlrecht, womöglich zu einem Damentwahlrecht verknüpfen, als ein „Garantie“ gegen die Demokratie in der Staatsverwaltung ansprechen möchte. Nach dem das Wahlrecht für beide Geschlechter von der Steuereinschätzung abhängig, so kann ja dadurch allein schon eine große Anzahl arbeitender Frauen vom dem Rechte ausgeschlossen werden.

Schöneberg. Der hiesige Frauen- und Mädchenverein hielt am 14. Mai bei Obst seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. An Stelle der Frau Dr. David, welche wegen Erkrankung den angeforderten Vortrag nicht halten konnte, referierte Herr Dr. Hages über „Die Wohnungsfrage“. Es folgte eine rege Diskussion. Sodann wurde bekannt gegeben, daß am Himmelfahrtstage ein Ausflug nach Eichkamp stattfindet. Treffpunkt morgens 9 Uhr vor dem Lokal Obst, Martin Lutherstr. 51. Für Nachzügler nachmittags im Lokal

Ferner findet am 2. Pfingstfeiertage ein Ausflug nach Schmargen-
dorf, Restaurant Gansfouci, statt. Der Abmarsch ist feierlich
morgens um 7 Uhr mit Musik vom Lokal Obst aus. Nachzügler
treffen sich nachmittags im Lokal. Aufgenommen wurden im Monat
April 9 Mitglieder.

Lichtenberg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein
hält Freitag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Gede.
Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, seine Vereinsversammlung ab. Auf
der Tagesordnung steht: 1. Vortrag von Herrn Dr. Sorecht über:
"Häusliche Krankenpflege". 2. Diskussion. Aufnahme neuer Mit-
glieder. Gäste, Männer und Frauen, willkommen. Der Vorstand.

Versammlungen.

Die Vertrauensmänner des Verbandes der Friseurgehülfen
(Zweigverein Berlin und Vorort) waren am Montag vollzählig
versammelt und nahmen Stellung zu dem Verhalten des Lokal-
verbandes deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmacher-
gehülfen in Sachen der Lohnbewegung. Hierzu als Referent
führte hierzu aus: In der modernen Arbeiterbewegung ist man
daran gewöhnt, daß selbst wenn zwei Berufsorganisationen be-
stehen, diese bei Lohnbewegungen gleichlautende Forderungen
stellen. Anders beim Lokalverband der Barbiergehülfen. Es ist
nur notwendig, hierüber die Tatsachen sprechen zu lassen. Am
25. Januar d. J. kündigte die Freie Vereinigung selbständiger
Barbiere beiden Verbänden den Tarif. Am 1. März beschloß die
Generalversammlung unseres Verbandes, in eine Lohnbewegung
einzutreten und formulierte die Forderungen. Am 4. März er-
schien der Bericht im "Vorwärts". Die neuen Forderungen unter-
scheidet sich von den vorjährigen dadurch, daß das Logis beim
Arbeitgeber beseitigt werden soll. Mitte März versandete der
Lokalverband Postkarten an die Arbeitgeber, worin denselben mit-
geteilt wird, daß durch den Nachweis des Lokalverbandes Arbeits-
kräfte zu den Bedingungen von 1905 weiter zu haben sind. (Die
vorliegende Karte ist am 31. März 1906 versandt worden.) Am
17. April sandten wir unsere Forderungen an die Arbeitgeber mit
einer Frist zur Rücküberlegung bis zum 1. Mai. Am 2. Mai

unterbreitete der Lokalverband ebenfalls den Arbeitgebern Forde-
rungen mit dem sehr bemerkenswerten Unterschied, daß er, statt
Beseitigung des Logis zu verlangen, Forderungen mit
Logis aufstellte. Der Postus im Forderungsformular lautet:
Halbe Kost und Logis 12 M., außerdem Haus etc. Wir ver-
langen: Halbe Kost ohne Logis 15 M. Die Handlungsweise er-
innert lebhaft an das Gebaren christlicher Gewerkschaften und ist
eine Verhöhnung vor den Büschen der Arbeitgeber. Der Vorwurf
der Querebene ist durchaus gerechtfertigt. — In der sehr leb-
haft geführten Diskussion wurde allseitig in erbitterter Weise der
Reinung Ausdruck gegeben, daß man es in den Lokalverbänden
mit Arbeitswilligen zu tun habe, die absichtlich darauf
hinarbeiten, daß die Schlafstellen in Läden und Korridoren usw.
erhalten bleiben, da man nicht einmal deren Beseitigung fordert.
Eine Resolution, die das Verhalten scharf beurteilt und aus-
spricht, daß die Betreffenden aus den Reihen der modernen
Arbeiterbewegung ausgeschlossen werden müßten, fand einstimmige
Annahme.

Die Wahl der Vertreter zur Generalversammlung der Orts-
Arbeitsklasse für Schneider, Schneiderinnen und verwandte Ge-
werbe zu Berlin, das war das Thema, über das Ritter in
einer öffentlichen Versammlung der Schneider und Schneiderinnen
sprach, welche am Mittwoch im großen Saale von Buggenhagen
stattfand. Er verwies auf die außerordentliche Beachtung, welche
die Angelegenheit weit über den Rahmen des Berufes hinaus
deshalb gefunden hat, weil es dem Reichsverband zur Bekämpfung
der Sozialdemokratie gelungen war, zu bewirken, daß die heutige
Mehrheit der Vertreter zur Generalversammlung der Klasse aus
seinen Freunden sich zusammensetzt. Nachdem die Wahlen vom
Montag, wo die Liste der Gewerkschaft mit 600 gegen
300 Stimmen fehlte, ohne wirklichen Grund, aber mit um so durch-
sichtigerer Absicht für ungültig erklärt worden sind, hat sich in-
zwischen die Situation geändert. Insofern, als die 22 000 Mit-
glieder der aufgelösten Innungskasse durch Einverleibung in die
Ortsklasse hinzugekommen sind, so daß die Klasse jetzt statt 30 000
Mitglieder gegen 52 000 Mitglieder zählt. Das könne als ein
günstiges Zeichen für die Zukunft angesehen werden, da die
Organisation in den Kreisen der hierbei namentlich in Betracht
kommenden Wahlschneider gute Fortschritte gemacht habe. Redner

Begründete die Notwendigkeit für die Angehörigen der modernen
Gewerkschaftsbewegung, sich um die sozialpolitischen Einrichtungen
zu kümmern, warf einen Rückblick auf die Krankenversicherungsbewegung,
betonte die Aufgaben einer fortschrittlichen und vernünftigen Klassen-
verwaltung und trat lebhaft dafür ein, am 22. Mai bei den Wahlen
mit aller Energie zu versuchen, den von der Gewerkschaft aufgestellten
Kandidaten zum Siege zu verhelfen und die sich breit machende
jetzige Mehrheit der Klassenvertreter hinauszuweifen. Gewählt
werden müsse die Liste, die mit Wids beginnt und mit Gähle
endet. In seinen weiteren Ausführungen wies Redner nach, daß
die Besprechungen des neuen Vorstands sich als eitel Dummheit er-
weisen hätten und im Gegenteil Verschlechterungen eingetreten
seien. Scharfe Kritik übte er an der Schikanöse n Festsetzung der
Wahlzeit auf 8 1/2 bis 8 3/4 Uhr abends, jetzt während der Saison in
der Wahlschneiderei, wo so wie so die Arbeitszeit der Arbeiter
von 8 bis 8 1/2 Uhr dauere. Schon das dürfte zu einem Wahlprotest
genügen. Es sei aller Anlaß gegeben, die Tage bis zur Wahl durch
lebhafteste Agitation auszunutzen. (Großer Beifall.) — Es entspann
sich eine angeregte Debatte im Sinne des Referats. Auf das ent-
scheidende wurde die Behauptung zurückgewiesen, daß seitens der
gewerkschaftlich Organisierten im November Wahlbereinstimmungen statt-
gefunden hätten. Jene Behauptung wurde als schändliche Lüge be-
zeichnet. Damit nicht wieder die Behörde den unwahren Angaben
ihrer lieben Kinder verfallt, beschloß die Versammlung, eine zwanzig-
gliedrige Wahlüberwachungs-Kommission zu wählen,
deren spezielle Aufgabe es ist, es unmöglich zu machen, daß nachher
Lügengewebe über angebliche Wahlbeeinflussungen usw. verbreitet
werden und Einfluß irgend welcher Art ausüben können. — Er-
örtert wurde auch die Frage, ob die Wahllegitimationskarten, die
der jetzige Vorstand der Klasse ausgibt, notwendigerweise
(gegen Vorweisung des Buches) besorgt werden müssen, oder ob
nicht das Mitgliedsbuch als Legitimation genügt. Letzteres wurde
angenommen, jedoch erklärte man es für sehr empfehlenswert, sich
möglichst die Legitimationskarten zu besorgen, womit auch Ver-
trauenspersonen betraut werden können. Nur der, dem es gar
nicht möglich sei, sich eine Karte zu besorgen, soll mit dem Mitglieds-
buch zur Wahl gehen. Pünktliches Erscheinen sei dringend not-
wendig.

Für den Inhalt der Anzeigen
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 19. Mai.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Sigeuner-
baron.
Deutsches. Das Kästchen von Hell-
brunn.
Neues. Orpheus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr:
Reising. Kameraden.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Leibarzt.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
städtisches Theater). Der Götter-
wurm.
Deutsches. Die Handwerker.
Kleines. Ein Heiler Gatte.
Berliner. Die lustige Witwe.
Komische Oper. Hoffmanns Erz-
ählungen.
Reising. Liebeslust.
Zentral. Die Fledermaus. (Anfang
8 1/2 Uhr.)
Lustspielhaus. Die von Hochsattel.
Trianon. London.
Thalia. Hochparterre links.
Welle-Milano. Abends nach Reine.
Metropol. Aus ins Metropol.
Deutsch-Amerikanisches. Arme
Mädchen.
Kassio. Madame Bombard.
Apollo. Das blaue Bild. Spezial.
Carl Weiß. Eherich Holmes
Abenteuer oder: Die Jagd ums
Leben.
Gauls. Das Wunderkind. Familie
Bernstein.
Wintergarten. Torsajada. Spezial-
itäten.
Vallong. Spezialitäten.
Reichshallen. Steitner Sängers.
Urania. Taubentanzstr. 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Aus-
bruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Gastp. des Neuen Opern-Theaters
aus Hamburg.
(Direktor Max Montz).
Sonnabend und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die lustige Witwe.
Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Kinder
der Sonne.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.
Theater des Westens
(Station Zoolog. Garten), Kantstr. 12.
Sonnabend: Die Zauberflöte. Volks-
tümliche Preise. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Pr.:
Der Zigeunerbaron. Abends 8 Uhr:
Schützenfest. Josef König u. G.
Volks-tümliche Preise.
Montag: Zar und Zimmermann.
Volks-tümliche Preise. Anfang 8 Uhr.
Dienstag: 27. Vorstellung im Duan-
tag-Abonnement: Der Wasserschmid.
Volks-tümliche Preise. Anfang 8 Uhr.
Zentral-Theater.
(Operette) 8 1/2 Uhr keine Preise:
Die Fledermaus.

Neues Operntheater
(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, den 19. Mai 1906:
Maskenball.
Oper in 3 Akten von G. Verdi.
Morgen: Zigeunerbaron.
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus,
A. Wertheim und Invalidendank.
Abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: Figaros Hochzeit.
Dienstag: Hoffmanns Erzählungen.
Anfang 8 Uhr:
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Deutsch-Amerikanisches
Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
**Arme
Mädchen.**
Von Adolf Philipp.
Apollo-Theater.
Novität! Heute: Novität!
Unter pers. Leitung d. Komponisten.
Das blaue Bild.
Phantastik in 1 Akt v. Bolton-Bäckers.
Musik von Paul Lincke.
Im glänzenden Spezialitätenstück:
Gastspiel der
amerikanischen Burlesk-Kompagnie
**Ein Abend in einem
amerikanisch-Tingel-Tangel.**
Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Aus altem Geschlecht.
Schauspiel in 5 Akten v. A. Gené.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Heute und täglich im Garten:
Or. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang
6 Uhr. Entree 10, 20 und 30 Pf.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill, Brunnenstr. 16.
Große Extra-Vorstellung:
Die Ehre des Hauses.
Vollständ. in 3 Akten von Carl Hugo
Vorher! Er ist nicht eifersüchtig!
Lustspiel in 1 Akt von G.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr: **London.**
Reichshallen.
Steitner Sängers.
Zum Schluss:
Eingartierung.
Vollst. Hum.
von Weibel.
Anfang
Wochen-
tag
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.
Komödie in 3 Akten. Lothar Schmidt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Militärstaat.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Götterwurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Auf-
zügen von Ludwig Angenruber.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Lumpengesindel.
Montag, abends 8 Uhr:
Heiden.

Castans Panoptikum
Friedrichstraße 165.
Kinematografische Vorstellungen.
Charivari-Abende.
Volkstümliches Kabarett.
Abends 6 Uhr u. a.: Der urkomische Bendix.

Max Kliems Sommer-Theater
Haseheide 13-15.
Heute, Sonnabend, den 19. Mai:
Eröffnung-Gala-Vorstellung.
Garten-Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Aufstehen nur erstklassiger Künstler.
Auf der großen Sommerbühne: „Genießet das Leben“.
Große Gesangsposse in 2 Akten.

Brauerei Germania A.-G.
Frankfurter Allee 53/55. Dekonom Richard Franke.
Sonntag, den 20. Mai 1906:
Saison-Eröffnung.
Von nachmittags 4 Uhr ab: **Großes Garten-Konzert**
Spezialitäten I. Ranges.
Anfang 5 1/2 Uhr. × Die Kaffeeküche ist geöffnet. × Entree 20 Pf.
Jeden Sonntag, Vorstellung. Jeden Freitag:
Montag und Mittwoch: **Gr. Militär-Konzert.**

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage (Anf. 8 Uhr)
Diebeskunst.
Komödie in 3 Akten v. Leon Karmel
und Michel Carré.

Passage-Theater.
Anfang 8 Uhr.
**Das neue
Mai-Programm**
14 erstklassige Spezialitäten

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationeller Erfolg!
Madame Bonivard.
Dazu das brillante Abschiedsprog.
Montag, 23. Mai: Schlußvorstellung.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Fröbels Allerlei-Theater
Schöpfungstr. 144.
Jeden Sonntag 3 Uhr:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Im Saale: **Tanz.**
Donnerstag, 24. Mai (Dienstagabend):
Große Extra-Vorstellung.
Bei unangenehmem Wetter findet
die Vorstellung im Saale statt.

WINTERGARTEN
TORTAJADA
Spanische Tänzerin u. Sängerin.
Narrow Bros., komische Radfahrer.
Desroches-Bianca, französ. Duett.
Die Hartleys, Springer.
Brévia, Pariser excentr. Sängerin.
Patty Frank-Truppe, Akrobaten.
König Dollar, englisches Ballett.
Imro Fox, Illusionist.
Die Brittons, Neger-Sänger und
Tänzer.
De Die, Phantasie-Tänzerin.
Die Persous, Kugelspieler.
Der Biograph.

Sanssouel, Kottbusser
Str. 44.
Dir. Wilhelm Reimer.
Eröffnung des Gartens.
Heute Sonnabend:
Ein Gastspiel v. Wägl des
Kulien-Theaters:
Robert und Gertram
Große Posse mit Gesang-
Sommerposse:
Entree 30 Pf., num. 50 Pf.
Im Borg: Freikonzert.
Elysiun
Landsberger Allee 40-41.
Heute sowie täglich
Vorstellung
abwechslend von vier der beliebtesten
Sängerinnen.
Im Parkett: **Ball.**
Anfang 7 Uhr. Entree frei.

Urania Tauben-
str. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Dir. Dr. P. Schwahn:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.
**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Heute nachmittags 4 Uhr:
Monster-Konzert.
5 Kapellen. Kornett-Quartett.
Berliner Lehrer-Gesangsverein.
Eintritt 1 Mark.
Kibonnen u. Freilarten aufgehoben.
Feuerwerk. Illumination.

Neu eröffnet!
**Welt-Ausstellungs-
Biograph** (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslend. Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow,
Münzstraße 16.

**Gustav
Behrens**
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 55.
Das vorzügliche Mai-Programm!
Auftreten
nur
erstklassiger Spezialitäten.
Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw.
in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

**Dobersteins
Cristall-Palast,**
Prinzenstr. 94.
Täglich: **Gesellschafts-Abend.**
Entree und Garderobe frei.
Jeden Donnerstag u. Sonnabend
Damen-Verein.
Jeden Sonnabend: **Extra-Ball.**

**Anzüge
neuester Mode**
Robert Bohn,
Berlin N., Invalidenstr. 133.
**Herren u. Knaben-
Garderoben**
fertig u. nach Maß.
Strong real!

Pinol
An allen Orten werden Verkaufsstellen
errichtet.
Vertreter gesucht.
Gebrüder Krayer, Mannheim.

Greift zu! dem
Besten
Monats-Anzüge . . . 10.-
Abonnements-Anzüge . . . 12.50
Monats-Paletots . . . 9.-
Partie-Anzüge, teils mit
unmerkbaren Fehlern . . . 10.50
Anzüge, Erbst für Maß . . . 20.-
Kamm.-Hof.-u. Jagd-H. . . 3.-
Alles auch für torpente Figuren!
Getrag. Kleidungsstücke v. Kavaliere,
Steinb., aus den feinsten Werstätten
Berlins, teils von Stoff, teils
billig. Straßenbahn-Vergütung!
Bitte **Zentral-Keller, Berlin,**
an der
35 Neanderstr. 35, Köpenickerstr.
38 Min. v. Stadtbahn Rasmowbrücke.

Bestes Teilzahlungs-Verfahren
für
Klein Läden. Brennabor-
:: Räder ::
Günstigste
Bedingungen.
Berlin 50,
Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

Rückenfett
ohne Schwarte und Linsen pro Hund
60 Pf., Schweine 40 Pf., Wurfbuch,
Knochen und Knochenfleisch empfiehlt
billig!
Berliner Wurst- und Fleischwaren-
Fabrik, G. u. K. G.,
Petersburger Platz 8.

Fahrräder,
ein Polster, erstklassiges Radwerk, ver-
tauscht mit Gummi für 21. 55.00
per Stück, Brüderstr. 2, Laden.

Empfehle meine **Lokalitäten**
mit Vereinigungen und hochfeinem
Wandeln. **Orchesterion** zur ge-
wöhnlichen Benutzung. Für Familien
Sonntags angenehme Unterhaltung.
Im günstigen Preis bietet 1888
Reinh. Wirth, Restaurateur,
Stolpischestr. 54-55.

Achtung! Achtung!
„Neues Gesellschaftshaus“
Anf. **Schlachtensee**, Hotel
Aug. Ritter, Brühlstr. 12.
3 Min. v. Bahnh. Jellendorfer-Beckenstr.
Gaste mit den Genossen und Ge-
werkschaften bei Ausflügen bestens
empfohlen. — Für Speisen und Ge-
tränke ist bestens Sorge getragen.

**Arbeiter-
Berna-Kleidung.**
Erfolgreich
Serren-Artikel
jetzt
Brunnenstraße 158,
Hofes Haus v. d. Anhalterstr.
Gelber Laden.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Doppelte Anzahl Sparmarken

verabfolgen wir

von **Sonnabend, den 19.** bis **Mittwoch, den 23. Mai cr. incl.**

um unsere werthe Kundschaft zu veranlassen, die Pfingst-Einkäufe schon frühzeitig zu erledigen, da die gewohnte sachgemässe Bedienung kurz vor dem Feste des grossen Andranges wegen nicht durchführbar ist. — Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen, jedoch

acht Spar-Marken.*

Damen-Confection

Weisse Batist-Bluse mit Säumchen und Einsatz	1.95 M.
Indiamull-Bluse, reich besticktes Vorderteil	3.90 M.
Piqué-Rock, siebenteilig, guter Sitz	1.85 M.
Leinen-Faltenrock, eleganter Schnitt	4.65 M.
Kleid, gemustert, Percal mit Spitzeneinsatz	5.75 M.
Kleid, Musseline-Rock und Taille, reich mit Spitze garniert . . .	15.50 M.

Damen-Wäsche

Damen-Façonhemden mit Stick-Einsatz u. Ansatz	1.65 M.
Damenhemden mit Languetten und Stickerei-Motiven . .	2.15 M.
Weisse Kinderkleidchen reich mit Stick besetzt, mit überfallender Bluse	2.95 M.
Kniebeinkleider mit Hohlstick-Verzierung	1.65 M.
Beinkleider mit Stickerei-Einsatz und Ansatz	1.65 M.
Weisse Kinder-Hängekleider reich m. Stick besetzt	2.00 M.

Schuhwaren

Ein Post. Damen-Segeltuch-Schnürschuhe, Leder-Kappen und Leder Absatz, Wert bis 4.75 nur	3.45 M.	
Damen - Segeltuch - Schnürstiefel, Leder - Absatz und Kappen, nur	4.50 M.	
Damen - rote Leder - Hausschuhe mit Absatz - Fleck nur	2.45 M.	
Kinder - Segeltuch - Schnürstiefel, Lackkappe		
25-26	27-30	31-35
2.65 M.	3.10 M.	3.40 M.

Damen-Gürtel

Wachstuch-Gürtel, schwarz und farbig, mit Rücken-Garnitur Stück	68 Pf.
Brokatstoff-Gürtel, schwarz-gold, weiss-gold, rot-gold Stück	98 Pf.
Gummi-Gürtel, 4 cm breit, mit Stahlpoints und modernem Schloss, schwarz und farbig Stück	1.10 M.
Gummi-Gürtel, 6 cm breit, reich pointiert und eleganter Schnalle Stück	1.40, 2.00 M.
Gummi-Gürtel, 8 cm breit, mit Points und modernem Schloss Stück	1.95 M.
Wiener Gummi-Gürtel, Niederform, glatte Façon Stück von	3.25 bis 12.00 M.

Herren- und Knaben-Confection

Knaben-Wasch-Anzug, geschlossen, hell und dunkel gestreift, für 3-8 Jahre	1.45 M.
Knaben-Wasch-Anzug m. Matrosenkr., schön besetzt, hell u. dunk. gestr., f. 3-9 Jahre	2.50 M.
Knaben-Wasch-Anzug, Ledersatin, dunkel gestreift, hoch geschlossen, für 3-9 Jahre	4.50 M.
Knaben-Wasch-Anzug in mode, weiss, blau u. bleu mit Matrosenkr., f. 3-9 Jahre	4.75 M.

Knaben-Wasch-Anzug, dunk. gestreift, Ledersatin m. Sattel u. Falten, für 3-9 Jahre	4.50 M.
Knaben-Wasch-Anzug, Kieler Façon, aus weissem Satin mit dunkelblauem Kragen und Manschetten, für 3-9 Jahre	4.50 M.
Lüstre- und Leinen-Anzüge und Joppen in grösster Auswahl.	

Sportwagen 3.95 5.95 Ein-, Zweisitzer und Liegewagen **9.85** Mit Verdeck **13.75**

==== *In Folge sinkender Fleischpreise* ====
 werden sämtliche Fleischwaren bedeutend billiger wie bisher verkauft.

* Ausgenommen sind einige Artikel.

Die junge Garde.

Das neueste Glied der modernen Arbeiterbewegung, die sozialdemokratische Jugendorganisation, macht überall gute Fortschritte. Besonders in Süddeutschland, wo es das freiere Vereinsgesetz gestattet, scharen sich immer mehr junge Proletarier um das Banner der „jungen Garde“...

pündlich, weshalb das so ist. — vor allem kritisch negativ zu wirken, die materielle Lage und die geistige Verfassung des einzelnen abhängig zu machen von seiner Geburt, der Umgebung und den Verhältnissen, in denen er aufgewachsen ist.

Dann werden unsere Jugendvereinigungen aber auch noch eine andere Aufgabe haben, nämlich die, nach und nach immer mehr bei den jungen Menschen, die sich zu uns herangezogen fühlen, die schweren Läden unserer rückständigen Volksschulbildung auszuwischen.

Anstatt dessen sollte vielmehr darauf Wert gelegt werden, die Mitglieder der Jugendorganisationen unter allen Umständen immer durch die Behandlung des Lehrstoffes zu erfrischen, anzuregen und zu begeistern.

Die Personen, die fähig sind, in diesem Sinne bei unseren Jugendvereinigungen zu wirken, fehlen nicht in der Partei. Man muß sie nur heranziehen. Und dann ist nicht zu vergessen, daß die Jugend viel schwerer zu behandeln ist, als der Erwachsene.

Alle diese Forderungen, die an die Arbeit in Jugendorganisationen gestellt werden müssen, werden natürlich nur erst nach und nach erfüllt werden können.

fein, Arbeit im Sinne der Menschheitsbefreiung zu leisten, wird uns über alles das weghelfen.

Außer diesem werden wir aber auch die Geselligkeit unter den jungen Leuten pflegen müssen. Neben gemeinsamen Spaziergängen in die herrliche, freie Natur, Jugendspielen und Unterhaltungsabenden, soll ganz besonders das freie Arbeiterlied gepflegt werden.

Die „Junge Garde“ erscheint vom 1. Juni ab adreßseitig. Wir bitten diejenigen Genossen, welche zum Vertrieb derselben bereit sind, um Angabe ihrer Adressen. Alle Bestellungen sind zu richten an Genossen Bruno Wagner, Mannheim, R. 4. 2.

Eingegangene Druckschriften.

- Carl Hoffmann. Egoismus und Sozialismus. 33 Seiten. Preis 25 Pf. Verlag H. Gersch u. Co., Bielefeld.
Die Lage und Organisation der Klavierarbeiter. 35 Seiten. — Verhandlungen der Birken- und Finkenmacher-Konferenz (1905). 54 Seiten. — Jahresbericht der Gauvorsände des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1905. 196 Seiten. Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Stuttgart.

Witterungsübersicht vom 18. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag u. N., and other weather-related data for various locations like Stuttgart, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 19. Mai 1906. Bismilch warm und schwül, vielfach heller, aber sehr veränderlich bei schwachen südöstlichen Winden; etwas Regen und Gewitterneigung.

Nur noch 3 extra billige Schuh-Tage!

Schluß des Verkaufs: Montag, den 21. Mai, bzw. solange Vorrat!

Besonders empfehlenswert für

Pfingst-Sinkkäufe!

Advertisement for Conrad Tack & Cie. featuring an illustration of a man in a hat and coat holding a sign that says 'Bitte! Nicht irren! Man achte stets auf unsere volle Firma Conrad Tack & Cie.' and a list of addresses in Berlin and surrounding areas.

- Ein Posten Damen - Pantoffel farbig Melton mit Filzsohle nur 28 Pf.
Ein Posten Damen - Pantoffel farbig Melton mit Filzsohle, bessere Ausführung nur 58 Pf.
Ein Posten Damen - Morgen - Schuhe Lasting, bequeme Form nur 95 Pf.
Ein Posten Damen - Haus - Schuhe rot und schwarz Leder, mit Ledersohle und Fleck nur 1 85 M.
Ein Posten Damen - Spangen - Schuhe schwarz Leder, mit Schleife, enorm billig nur 1 95 M.
Ein Posten Damen - Spangen - Schuhe farbig Ziegenleder, beliebte Straßen-Schuhe nur 2 95 M.
Ein Posten Damen - Schnür - Stiefel grau meliert Drell, mit Lackgarnitur, das Angenehmste für den Sommer nur 4 30 M.
Ein Posten Damen - Schnür - Stiefel fein farbig Leder, außergewöhnlich preiswert nur 4 90 M.

- Ein Posten Damen - Schnür - Stiefel weiß Leder nur 5 90 M.
Ein Posten Damen - Knopf - Stiefel garantiert echt Chevreau, hochhebel sonst M. 7.50 Ausnahme-Preis 6 50 M.
Ein Posten Herren - Zug - Stiefel mit Besatz, kräftiges Wicleder sonst M. 4.50 Ausnahme-Preis 3 90 M.
Ein Posten Herren - Schnür - Stiefel ff. Wildrollleder, elegante Straßenstiefel sonst M. 8.70 Ausnahme-Preis 7 65 M.
Ein Posten Herren - Schnallen - Stiefel Ia. Boxhorse, bequeme Paßform sonst M. 8.75 Ausnahme-Preis 7 65 M.
Ein Posten Knaben- u. Mädchen - Schnür - Stiefel Ia. Kalbleder, unverwüstliche Qualität
Größe 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
sonst M. 5.00 M. 5.50 M. 6.00 M. 6.50 M. 7.00
Ausnahme-Preis: 3 95 M. 4 45 M. 4 95 M. 5 45 M. 5 95 M.
Ein Posten Kinder - Knopf - Stiefel farbig Leder, mit kl. Absatz. Größe 21-24 nur 2 45 M.

Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands, welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Lichtenberg.

Dienstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Gebr. Arnolds „Schwarzer Adler“, Frankf. Chaussee 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Sind in Preußen-Deutschland alle Bürger vor dem Gesetze gleich? Referent: Genosse Kiesel. Beretndmittellungen.

Zahlreicher Besuch erwartet. Der Vorstand.

Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsge nossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend. Sonntag, den 20. Mai, nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Erledigung des am 6. Mai verfaßten Rollenberichts. 2. Bericht der Redaktionen. 3. Vortrag des Kollegen Scheffel: „Was lehren uns die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart.“ 4. Bericht des Gewerkschafts-Kollegen Schwittau über die Tarifabschlüsse der Maschinisten und Heizer bei Vandoer und „Lokal-Anzeiger“ sowie die Lohnverbesserung im „Central-Hotel“. 188/15

Am 24. Mai (Himmelfahrtstag) findet von obiger Zahlstelle eine Herrenpartie nach Eberswalde statt. Abfahrt 6.35 Uhr mit Extrazug (Retourbillet Eberswalde 1,00 M.). Der nächste Extrazug 8.55. Treffpunkt für Nachzügler Eberswalde, Lokal zur Bräule. Z. H.: H. Holz, Wöhrstr. 9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 8953.

Montag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, gr. Saal:

Versammlung

aller in Eisen- und Metallgießereien beschäftigten Former und Berufsge nossen.

Tages-Ordnung: 1. Der Kampf unserer Berufsge nossen um geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Referent: Kollege Herm. Zernicke. 2. Diskussion. 3. Bericht vom Branchenfonds: Kollege Alw. Körsten. 4. Verbandsangelegenheiten. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Montag, den 21. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshause der Müller, Kaiser Wilhelmstr. 18 m:

Allgemeine Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Däwoll: „Die Wuchtmittel des Profetariats“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in Wildau, im Lokale von Schumann, früher Nelko:

Bezirks-Versammlung für Königs-Wusterhausen u. Umg.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. NB. Die Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet sich beim Kollegen August Pürschel, Königs-Wusterhausen, Bahnhöfstr. 1. 119/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Kistenmacher!

Montag, den 21. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in den „Andreas-Festlokalen“, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Obmann.

Zentralverband deutscher Branereiarbeiter. Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauere).

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Linienstr. 101. Fernspr. VII, 2340. Sonntag, den 20. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I): Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Besprechung der Anträge zum Verbandstage. 2. Wrechnung vom 1. Quartal 1906. 3. Annere Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Achtung! Kleber. Achtung!

Von Montag, den 21. Mai an tritt für die folgenden drei Wochen die graue Kontrollmarke in Kraft. Dieselbe muß sich im 10. Felde der Karte befinden. Jeder zu tarifmäßigen Preisen arbeitende Kleber muß im Besitze obiger Karte sein. Die Marken werden verabsichtigt Sonntag, den 20. Mai, von 9-12 Uhr vormittags in folgenden Lokalen: Krüger, Lygnerstraße 8; Stephan, Wienerstraße 31; Rikert, Steinhewerstr. 35; Pankow, Perlebergerstr. 82; Döhling, Kolbergerstr. 28/29; Wüthner, Fruchtstr. 54 sowie Sonnabend und Sonntag bei Merker, Bergstr. 10; Maid, Charlottenburg, Pestalozzistraße 82, Lagergebäude 3 Et. und im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, wochentags.

Die Verbandsleitung.

Sonntag, 20. Mai, vormittags 12 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer

Berlins und Umgegend im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Wert und Nutzen der Tarifverträge, und welche Verpflichtungen übernehmen die vertragschließenden Parteien beim Abschluß derselben? Referent: Genosse Wissenthal. 2. Diskussion. 3. Bericht der Schlichtungskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen, welche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, haben ihre Mitgliedsbücher mitzubringen. Wir erfordern die Kollegen, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Diese Versammlung findet trotz aller eventuellen gegenteiligen Bekanntmachungen statt!

Die Vertrauensleute der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend. Z. H.: Die Agitationskommission.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche. Gruppe Zementierer.

Sonntag, den 20. Mai, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal I):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Was für eine Stellung nehmen die Kollegen gegen die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit in der Zementbranche ein. 2. Diskussion. 148/17* Kollegen! Mittlere ein jeder recht rege für starken Besuch der Versammlung; auch muß es Pflicht eines jeden Kollegen sein, diese Versammlung zu besuchen. Der Gruppenvorstand.

Stets das Neueste stets das Beste

bei großer Auswahl zu wirklich billigen Preisen.

Jackett-Anzüge

von streng modern gemusterten Stoffen, schicker, vornehmer Form und eleganter Machart. 12,50, 15, 17,50, 20, 22,50, 25, 30, 35 bis 60 M.

Vorrätig in allen Größen und Weiten. Berücksichtigt sind dabei normale, als auch schlank, untersetzte und extra starke Figuren.

Rock-Anzüge

einreihige, schicke Form, von modern gemusterten Buckskin-, Cheviot- oder Kammgarnstoffen. 35, 40, 45, 50 u. 55 M.

Die Eleganz und der tadellose Sitz der Anzüge ist unübertroffen und weit bekannt.

Gehrock-Anzüge

zweireihige Form, von farbigen Cheviot- oder Kammgarnstoffen, meliert, gestreift oder kariert. 36, 42, 48, 54 u. 60 M.

Zur Verarbeitung gelangen nur auf Haltbarkeit geprüfte Stoffe mit bewährten Zutaten. Der Schnitt ist der neuesten Mode entsprechend und werden etwaige kleine Mängel im Sitz ohne Berechnung sorgfältig abgeändert.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe Berlin SO., Oranienstr. 166 • Berlin W., Potsdamerstr. 113 a Potsdam, Nauener-Straße 23. Nach auswärts sende Muster und Maßanleitung frei zu. Illustrierten Katalog versende kostenlos.

Tischler-Verein. Herrenpartie

Morgen Sonntag, den 20. Mai: nach Königswusterhausen um. Abfahrt: Köppliger Bahnhof 7 1/2, Schließlicher Bahnhof 7 1/2 Uhr bis Königswusterhausen. Der Vorstand.

Wo? machen wir diesen Sommer mit unsrer Landpartien hin und Pichelswerder zum alten Freund. Partien bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequem Platz. Es ladet ganz ergebenst ein Der alte Freund. Fernsprecher Spandau: 814. Küche stets in altbekannter Güte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher Franz Weranieki gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wjus-Stichhofes in Wilhelmshagen aus statt. Hohe Beteiligung wird erwartet. 119/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige. Am 17. Mai verschied nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitglied Ernst Kunert Köpenickerstr. 34. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Der unerbittliche Tod entriß uns am Mittwochvormittag nach kurzem, aber schwerem Leiden unseren lieben Sohn und Bruder Alfred Zesch. Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um stilles Beileid bitten. W. Zesch nebst Frau u. Bruder.

Der unerbittliche Tod entriß uns am Mittwochvormittag nach kurzem, aber schwerem Leiden unseren lieben Sohn und Bruder Alfred Zesch. Die Beerdigung findet am Montag, den 21. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um stilles Beileid bitten. W. Zesch nebst Frau u. Bruder.



Tel. IV 9099.

Victoria

Vornehm! Praktisch! Eleganter

Reise- u. Strapazier-Anzug

tadellos sitzend

15 Mark

in den neuesten hell und dunkel gemusterten Dessins vorrätig. Mode-Haus Hermann Vandsburger Friedrichst. 7 | Turmstr. 30a nahe Belle-Alliance-Platz. Ecke der Wilhelmshavener Straße.

Special: Anfertigung nach Maß. Grosses Stofflager.

Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

80 Chaussee-Straße 80

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

9 Rosenthaler Straße 9

Ecke August-Straße.

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

137 Große Frankfurterstr. 137

zwischen Koppen- u. Fruchtstr. Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, hochelegant . von 4⁰⁰ M. an

Herren-Paletots, das Neueste . von 5⁶⁰ M. an

Kinder-Anzüge in feinsten Ausführungen, von 1⁸⁰ M. an

Hosen in allen erdenklichen Mustern . von 57 Pl. an

Wir bitten genau auf die Firma zu achten. **Blitz** zu achten.

Bei Einkauf Fahrvergütung. Vor Täuschung wird gewarnt.

Ausfliegern

empfehlen wir folgende
Spezial-Karten
der
Umgebung Berlins.

Bernau-Bienenthal, Rantow-Hehning und Sandlig-See . . . 75 Pf.
Baufow u. Umgebung mit angehängtem Führer . . . 75 Pf.
Eberswalde und Umgebung . . . 75 Pf. und 1 M.
Fecher und Umgebung . . . 75 Pf.
Freienwalde-Gallenberg . . . 75 Pf.
Freienwalde, Briesen, Oberberg, Brodowin . . . 1 M.
Friedrichshagen, Köpenick, Grünau, Schmöckwitz . . . 75 Pf.
Grumentau und westliche Borote, P., S., S. u. S. 1. u. 2., 25, 50, 75 Pf. und . . . 1 M.
Königs-Waldenhausen und Umgebung Staritz . . . 1,50 M.
Nördliche Borote, Spandau, Tegel u. u. . . 1 M.
Vottdam und Umgebung . . . 75 Pf.
Vottdam und Werder . . . 1 M.
Waldenburger Heide, Umgebung von Woltersdorf u. Erfner 75 Pf.
Spreemündung mit praktischem Touristenführer . . . 75 Pf.
Straussberg u. der Himmelsaal 1 M.
Tegel und Umgebung . . . 75 Pf.

Ferner empfehlen wir:
Wanderbuch für die Mark Brandenburg. 3 Bände. Zusammen 6,00 M.
I. Teil: Nördliche Umgebung Berlins, umfasst die Gegend von Vottdam, Spandau, Dransburg, Königs-Waldenhausen . . . 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. S., Stendal, Tangermünde, Neu-Stuppin, Neu-Streit 2,00 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Eberswalde, Frankfurt a. D., Schwedt, Schirren, Lübben, Spreemündung, Müstau 2,50 M.

Diese Wanderbücher bieten prächtige Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind für den Wanderer ein unverzichtbarer Führer und Berater. 234/5*

Expedition des Vorwärts
BERLIN SW. 68
Lindenstraße 69 (Aden).

Julius Lindenbaum

Ecke der Fruchtstraße. Große Frankfurterstraße 141. Ecke der Fruchtstraße.

Größtes und ältestes Geschäft im Ostbezirk für Herren- und Knaben-Garderobe.

Spezialität: Anfertigung nach Maß.

XXX Für beste und realste Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meiner seit 1879 bestehenden Firma: XXX

Bezahlung der Arbeitslöhne erfolgt nach dem von mir im vorigen Jahre mit dem Verbands der Schneider und Schneiderinnen vereinbarten Tarif.

Treptow.

Freunden und Bekannten teile ich mit, daß es mir gelungen ist, mein Lokal zu eröffnen. 1976L*

Köpnicker Landstr. 51, Ecke Karpfenteichstraße

Es ladet freundlichst ein **Ludwig Hofmann.**

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

empfehlen wir den geehrten Gemeindefreunden u. seinen Ausflüglern. Große Säle, großer schattiger Garten und alter Park, herrlich am Riesensee. Billige möblierte Zimmer mit auch ohne Pension, per Kopf von 3 M. täglich an, auch für die Pflanzzeit. Ebenso habe noch Gummifabrik, Gummi- und Kunstgummi-Verarbeiten und Sonntags frei. 9102*

Um recht zahlreichen Besuch bittet **Friedrich Saewert.**

Waldhaus, Nieder-Schöneweide,

Julius Jacobi, (fr. „Barbarossa“), Berlinerstr. 14b, empfiehlt sich Vereinen und Bekannten. Tanzsaal. Garten. Sonntags Freikonzert.

Meine Baustellen in Tempelhof verkaufe

mit 2000 Mark Einzahlung und schieße zum sofortigen Baubeginn 4-5000 Mark vor. 18935*

Abstellen erbeten unter „Selbständig“ nach Postamt 35, Körnerstraße.



Eine Mark wöchentl. Teilzahlung

hoher eleganter, fertiger Herren-Moden.

Erste für Mass.

Mass-Anfertigung

feinste Verarbeitung Garantie tadelloser Sitz.

J. Kurzberg

An der Jannowitz-Brücke 1, 1. direkt am Bahnhof. Kein Waren-Kreditheuss.

Enorm billig

verkauf wir täglich, Sonntag, hochzeitig, streng moderne, nur gediegenste gearbeitete, tadelloser a. schick sitzende, hochvornehme Herren-

Anzüge Paletots

Die aus feinsten Massstoffen gefertigt wurden, jetzt für 18-28 M. Hosen 7-12 M. Deutsches Verbandshaus, Jägerstr. 63, 1. Treppen.

Hüte und Strohhüte

für Herren und Knaben. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

Landsbergerstr. 90, 1. Treppen rechts.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Appenähre. Halbbare Blot-Taschen. Große Hüllen umfunkt. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 25 RM. **4 M. 50**

Wandhose-Hose Marke Gambrinus, Reiterhose . . . 5 RM. 50
Gefütterte Wandhose-Zusatz 14,50, 8,75
Schlammhose Wandhose-Zusatz 1 RM. 90
Schlammhose Wandhose-Zusatz 1 RM. 50
Schlammhose Wandhose-Zusatz, prima Leder-Gewebe . . . 2 RM. 50
Schlammhose Wandhose-Zusatz, prima Leder-Gewebe . . . 2 RM. 10
Weiße Reiterhose-Zusatz 8,50, 2 RM. 75
Reiterhose-Zusatz, Weiß . . . 4 RM. 50
Reiterhose-Zusatz, Weiß . . . 2 RM. 25
Reiterhose-Zusatz (Braun) 3- . . . 2 RM. 40
Weiße Reiterhose-Zusatz, Weiß . . . 7,50, 3 RM. 75
Weiße Reiterhose . . . 4,50, 2 RM. 90
Reiterhose-Zusatz, Weiß, blau, nach Wunsch . . . 5 RM. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chanicestr. 24a/25, Brückenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 20. Haupt-Preisjahr 1906 wird kostenlos und portofrei zugestellt. Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Mänteln die Brustweite anzugeben. 7732*

— Versand von 20 RM. an franco. —

Wachdruck verboten!

Billige Rohabake.

Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

11. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 15. Mai 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

399 [500] 737 1013 94 [1000] 138 290 478 690 744
78 85 2029 46 111 402 93 673 79 01 845 938 3179 260
[3000] 417 597 709 70 [500] 808 54 [3000] 4372 510
[3000] 14 611 723 [500] 90 [3000] 885 [500] 5127 204
[3000] 51 383 960 6058 303 617 840 818 42 990 7593
325 92 [3000] 600 13 741 852 [500] 896 8117 97 [1000]
382 138 9234 341 430 689 872 920 96
10017 44 [500] 328 402 88 529 677 726 [1000] 802
32 902 [500] 35 42 82 11103 282 402 674 12004 60 134
289 51 898 871 942 12030 870 602 40 949 [1000] 14063
[500] 101 229 46 54 387 63 482 587 736 822 909 79 [500]
15016 56 72 91 141 [500] 339 70 74 454 824 16096 136
42 58 278 365 69 404 21 742 81 806 28 51 17175 228
342 [3000] 628 745 978 18042 123 366 288 401 64 619 737
[1000] 51 515 929 19106 85 243 313 [3000] 54 35 482
682 87 826 901

20110 70 225 39 339 408 95 21003 160 204 410 77
80 332 48 999 701 869 903 39 22419 867 706 20 963 69
23040 [3000] 204 73 79 89 339 66 86 540 628 801 919
24083 387 574 814 62 972 [5000] 25064 78 [1000] 174
[500] 208 402 55 76 84 581 621 [500] 707 25 [500] 45 849
26002 31 282 355 472 587 83 849 044 88 27015 76 110
245 301 [500] 403 549 95 [500] 601 887 905 31 28149
263 300 64 620 891 962 29172 210 899 837 77 951 [500] 96
30066 132 240 329 578 87 [3000] 698 [1000] 722
[5000] 803 68 89 812 31092 158 73 222 95 321 89 823
59 [1000] 84 963 32123 98 318 89 488 510 13 79 33221
426 99 [500] 763 34055 62 131 70 [500] 265 [500] 346 549
853 79 35082 105 269 409 61 829 [3000] 36613 [1000]
83 538 37212 42 326 569 [3000] 648 71 38016 63 222
29 70 39387 510 610 [500] 94 887 948 87
40126 344 [500] 485 [3000] 92 329 782 843 989
41998 377 95 635 77 [500] 824 68 42047 49 [500] 156
97 305 95 408 811 21 43085 [500] 199 502 94 641 44206
[500] 331 404 8 822 26 906 [1000] 965 45033 [3000] 262
88 589 812 945 77 46083 511 694 [500] 47203 19 306
48 493 634 [1000] 42 87 71 600 [500] 867 [500] 48035
67 [30 000] 244 520 39 619 [500] 49 99 807 40 [1000]
943 [500] 40150 68 498 445 65
50066 550 698 [500] 920 85 51092 117 404 63 861
678 780 [1000] 838 63 953 52112 [500] 47 49 302 90
369 87 94 489 928 32 37 95 [1000] 789 53341 [1000] 414
79 639 740 [5000] 54006 105 319 [1000] 639 776 810
55222 [3000] 32 65 143 286 313 70 90 628 [1000] 823
84 933 56184 241 56 332 486 773 57004 [1000] 81 85
133 249 [3000] 327 882 968 58043 82 [500] 444 82 [1000]
620 [500] 704 933 59194 320 32 435 644 777 832
60181 207 429 81 763 98 [3000] 829 898 84 61933
476 608 62088 121 82 773 793 577 893 697 98 63414
65 66 901 [500] 679 99 644/83 67 308 [500] 467 667
617 22 65104 275 516 636 69 747 679 [5000] 66221
311 885 806 [500] 32 997 87035 38 201 765 83 820 934
46 74 68256 414 15 46 619 89 740 857 [1000] 915 47
69418 545 69 79 630 731 70
70035 81 835 [1000] 81 71047 138 388 [3000] 494
546 83 863 918 72133 46 327 431 26 618 740 946 73027
60 [1000] 320 [3000] 506 619 740 821 74198 319 29 33
514 636 [500] 732 896 964 75003 93 101 201 34 390 491
535 49 36 612 700 [500] 963 956 76081 176 212 21 76
[5000] 687 60 871 [500] 907 77044 91 316 446 516
74 906 67 78044 230 [3000] 377 402 17 639 812 69 940
[3000] 71 79579 814 39 [1000] 933
80412 67 [3000] 535 29 608 776 79 908 94 81016
[500] 392 625 707 66 [1000] 80 82099 179 212 29 75
382 487 745 67 841 938 83094 298 354 845 55 84175 227
346 518 721 41 691 85002 332 67 539 627 74 501 971
86258 443 545 646 758 987 87612 39 41 57 723 963 67
935 [1000] 88052 92 270 91 500 695 42 48 63 62 89061
181 [3000] 87 90 312 419 522 989 97
90019 43 232 511 87 701 55 884 937 30 91001 10
62 [500] 104 290 354 82 90 435 79 335 [5000] 794 [3000]
890 945 92094 300 [1000] 33 [1000] 57 415 [1000] 63
[500] 325 759 832 61 951 93090 177 231 422 808 878
905 94044 108 [3000] 76 266 [3000] 401 331 631 [1000]
48 95070 475 906 [500] 633 743 89 894 -3000 955 [3000]
96129 383 351 99 612 [3000] 36 84 715 70 71 97070 293
[500] 321 522 98200 540 735 70 999 99001 28 44 78
[500] 407 29 55 608 15 70

100032 [1000] 615 912 65 101119 313 56 643 734
85 962 102214 14 41 323 58 449 564 67 76 832 85 723
46 901 103147 234 404 29 59 672 906 742 104045 53
100 [500] 288 516 681 791 820 105121 76 208 60 312
440 657 68 [500] 66 712 84 880 106153 302 30 502 74
525 614 16 [1000] 107098 240 348 88 700 7 108046
77 179 287 515 483 536 999 109214 433 80 [1000] 577
[500] 629 740

110593 241 330 467 [1000] 635 768 841 84 111108
95 [1000] 358 60 84 330 90 464 51 635 807 973 112104
84 428 55 6 710 [1000] 923 113911 08 [1000] 351
[1000] 63 404 541 600 510 914 114133 471 536 691
[3000] 96 731 878 919 21 69 115062 25 [500] 28 184 86
273 307 887 615 39 [3000] 895 116183 237 328 117101
281 415 83 [3000] 601 808 63 965 118306 618 [500] 839
676 110196 331 98 402 81 515 619 115 0000 71 [3000]
75 772 77 873 985

120023 70 251 73 632 87 770 800 [500] 38 942
121272 74 310 496 614 70 709 54 843 [3000] 943
122045 126 74 265 [1000] 661 81 98 749 51 830 123090

104 24 78 595 881 124008 69 107 27 338 588 830
125188 208 [500] 40 310 27 508 [500] 90 [3000] 856
60 71 76 935 126082 170 [500] 91 290 348 425 664
[500] 97 [500] 877 127102 276 317 336 812 [1000]
128046 145 60 [500] 204 386 430 518 43 78 617 87
941 96 129087 118 66 319 820 30 941 [500]
130116 279 367 526 833 131023 384 586 636 866
132990 104 23 92 321 989 133174 [500] 293 356 88
[500] 97 [500] 877 134041 170 213 75 814 985
135115 244 631 726 802 136125 234 45 51 77 [1000]
585 930 [37128 [3000] 251 324 609 761 976 138023
207 33 97 531 50 [500] 758 72 89 93 837 70 139019
21 23 47 89 372 414 [500] 654 603 [500] 38 715
140067 477 [500] 529 807 963 141080 149 01 437
584 [3000] 682 865 976 142471 703 819 27 143235
494 90 529 32 726 42 982 144066 94 243 336 [500]
643 785 800 145025 176 246 473 790 146107 236 630
800 78 908 147112 32 334 [500] 41 497 506 35 767 846
84 934 99 148117 509 733 848 81 82 932 149355 473
150137 [500] 212 307 [500] 97 535 632 702 51 58
151194 289 442 547 621 755 79 986 152000 370 429 72
785 903 [1000] 10 [500] 54 153061 83 188 238 370 513
623 801 10 44 70 977 154183 95 203 [500] 91 429 29
[500] 705 [500] 155095 172 221 35 262 431 844
156098 345 89 82 489 706 62 [500] 157412 50 [500]
707 26 933 41 158003 69 280 321 612 19 880 83 904
19 40 57 159049 74 307 436 40 [500] 696 748 932 55
160166 57 [500] 334 44 [500] 491 821 78 [500]
95 602 [1000] 30 740 56 97 161010 460 917 162235
66 891 1 39 40 959 163104 14 414 705 969 164120
69 498 571 606 778 822 96 933 165020 307 67 339 94
433 38 84 827 [1000] 727 [500] 846 958 81 65 166066
271 95 432 38 646 767 81 992 167190 264 539 614 746
79 [1000] 804 47 168153 309 31 463 91 504 44 91 606
721 814 [500] 906 169067 125 202 30 315 29 60 553 688
170012 81 314 46 657 92 724 [1000] 76 963 171029
300 422 717 [1000] 827 923 172892 90 109 77 704 96
888 97 173070 278 [3000] 409 508 12 13 53 638 701
38 824 [3000] 948 96 174083 298 435 57 718 811 34
914 175255 67 70 88 361 780 [1000] 968 176356 432
74 84 735 924 46 [500] 177142 80 235 93 [500] 312
44 695 506 615 62 58 178122 62 267 324 545 773 94
843 69 91 [1000] 179103 242 307 426 302 15 614 [1000]
180216 284 605 181149 411 96 864 84 906 182804
174 286 338 419 [1000] 929 [500] 691 [500] 965 183096
[1000] 206 23 45 333 47 88 427 635 540 42 63 184054
129 41 83 446 525 [500] 618 54 [500] 738 974 185386
631 894 81 906 186081 265 [3000] 371 470 502 796 [500]
187898 361 [1000] 485 668 69 835 48 88 932 188157
214 41 47 81 84 308 [1000] 472 618 35 807 [500] 981
189001 [500] 181 207 47 [500] 93 430 [500] 648 796
961 [1000]

190175 88 [500] 268 583 706 [1000] 60 880 71 81
191036 86 140 57 823 418 504 90 923 192444 494
866 77 609 [1000] 731 836 93 [3000] 193930 260 338
403 704 889 72 194306 [3000] 650 846 716 967 195907
62 182 233 407 22 542 [1000] 688 855 95 975 196944
720 615 21 [1000] 35 80 [3000] 771 [1000] 197043
419 614 [500] 627 824 950 198116 45 46 504 786 199106
[500] 238 90 93 [1000] 361 425 886 680 [500] 57 791
888 979

200405 89 529 967 201073 80 217 92 234 604 874
202047 352 545 682 92 738 203019 333 30 48 99
853 66 726 77 846 204288 455 609 869 96 [5000]
205094 240 329 54 562 713 27 95 819 33 40 206132
86 311 30 882 921 207085 437 [1000] 633 872 778 842
77 [500] 52 92 [1000] 208083 308 398 19 876 800 912 91
[1000] 209081 237 433 [3000] 41 74 76 583 615 [500] 74
62 884

210076 87 [1000] 104 17 44 [1000] 483 92 [1000]
516 629 34 49 709 873 211033 81 231 409 90 696
212141 278 622 748 819 969 [500] 88 213029 51
73 153 [3000] 343 426 56 84 524 855 829 [3000] 30 85
846 214049 481 512 44 96 669 [1000] 215438 742 832
911 25 35 39 216171 418 48 831 798 [3000] 60 966
217001 18 344 486 514 218646 145 240 540 91 408 82
531 712 861 [500] 36 219091 106 29 [500] 243 48 491
557 807 [1000]

220113 30 315 44 554 603 26 31 76 890 892 44
221010 79 249 [1000] 222045 [1000] 125 78 279 392
426 40 67 91 806 89 068 79 91 979 89 223 278 329 31 89
[1000] 96 674 702 897 [1000] 71 903 224009 11 100
30 [1000] 494 909 [3000] 825 [1000] 87 911 25 235045
273 308 327 44 622 43 76 851 86 092 226141 253 370
482 670 [1000] 93 748 65 71 898 227220 [500] 438
601 732 804 41 228235 544 51 [500] 702 923 [1000]
31 66 229128 273 594 638 900

230402 182 [500] 294 348 597 671 758 75 907
231083 130 53 255 843 400 511 232069 [10 000] 140
210 441 [1000] 92 669 [500] 907 233068 227 318 457
688 951 234239 645 976 86 235078 314 44 83 494
77 [500] 236015 92 361 414 [1000] 43 78 688 788 690
237462 811 698 738 804 940 99 238106 213 436 45
69 618 239348 314 508 638 886

240021 438 534 972 98 241144 209 12 472 672
[1000] 671 77 745 833 242223 [1000] 44 694 789 69 816
95 012 [1000] 75 243078 372 83 629 831 244182 271
328 580 64 655 742 [3000] 80 987 245029 44 [3000]
45 98 219 98 455 [3000] 537 [3000] 65 698 34 933 246166
67 81 539 679 981 49 84 247225 [1000] 340 47 432 44
[3000] 561 726 [1000] 879 914 [500] 22

11. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 18. Mai 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

106 400 673 9

Jackett-Anzüge, Jackett-Anzüge, Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, 1- und 2-reihig, in gediegener Ausführung . . . von **11⁵⁰** Mk. an
 moderne Stoffe, gediegene Ausführung . . . von **13⁰⁰** Mk. an
 schicke Ausführung, Stoffe in englischem Geschmack . . . von **14⁵⁰** Mk. an
 in hochfeiner, modernster Ausführung, mit Kappnähten . . . von **19⁵⁰** Mk. an

Sommer-Paletot aus modernen Stoffen und vorzüglicher Verarbeitung . . . von **10⁵⁰** Mk. an
Herren-Hosen aus soliden Stoffen . . . **2⁵⁰** 2,95 3,50 4,25 bis 12 Mk.
Knaben-Anzüge . . . von **2⁵⁰** Mk. an bis zu den feinsten Modellsachen.
Große Auswahl in bunten Westen . . . von **1⁵⁰** Mk. an

Hervorragende Auswahl zu enorm billigen Preisen:

Geschäfts-Prinzip: Reelle Bedienung. Großer Umsatz. Kleiner Nutzen.

SPRFE HAVEL Stern GESELLSCHAFT
 Dampfschiffahrt - Gesellschaft
Sonntag, den 20. Mai 1906:

Ab Berlin, Weidendammer Brücke (Friedrichstr.) 9 Uhr nach Potsdam.
 • Rosdamer Brücke (Golf-Gärtner) 9⁰⁵
 • Charlottenburg, Schloßbrücke 9¹⁵
 • Spandau, Charlotten-Brücke 9²⁵ 10⁰⁰ 11⁰⁰
 *12⁰⁰ *2⁰⁰ *3⁰⁰ *4⁰⁰ *5⁰⁰ *6⁰⁰

Städt. Waunsee-Potsdam vorm. händl. nachm. halbt. Verkehr.
 Ab Potsdam, Lange Brücke, Eisenbahn-Hotel, 10⁰⁰ Uhr nach Fersch (Rückf. 7⁰⁰); stündl. nach Baumgartenbrück-Verder sowie nach Neblin.

Von Berlin, Jannowitz-Brücke (Weidener), früh 9 Uhr: Sonderfahrt nach Woltersdorfer Schleuse, um 9³⁰ Uhr (mit Musik) nach Schloß Woltersdorf, um 10 Uhr nach Krampenburg-Schmöckwitz. Einfache Fahrten 60 Pf.

Berner von 9 Uhr ab halbtäglicher, nachmittags viertelstündlicher Verkehr. Richtung: Loreley, Grünau-Schmöckwitz.
 Ab Erkner, Eisenbahn-Hotel, von 10 Uhr ab stündlicher Verkehr nach Fangschleuse-Alt-Buchhorst.
 Dampfer u. Motorboote für Vereine u. Gesellschaften sind billig bei uns zu haben!

Himmelfahrt
 Extrafahrt nach
Rauchfangswerder, Rest. Waldhaus.

Abfahrt: Stralauer Brücke (Kahn & Herzer) Dampfer „Ossunung“ 8 Uhr und nachmittags 9 Uhr.
 Preise: Hin- und Rückfahrt 0,75, einfache Fahrt 0,50 M.
 Fahrtscheine an der Abfahrtsstelle.
 Um zahlreiche Beteiligung bitten der Inhaber
Karl Römisch.

Witte's Waldschlößchen, Eichwalde
 Kaiser-Friedrichstr. 1.
 Empfehle allen Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen und Partien mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof, großer Saal, x Schattiger Garten, x 2 Kegelhöfen, x Ausspannung, Sommerwohnungen und Zimmer. 16658*

Am 2. Pfingstfeiertag: **Gr. Frühkonzert**, Anfang 6 Uhr.
 Von nachmittags 4 Uhr ab: **Großer Ball.**

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Zeddingsee.
 (Endstation der „Stern“-Dampfer)
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
 Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. * Ausspannung und Dampferpflege, Kegelhöfen, große Kaffeehalle, Saal, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Hutfabrik Carl Renz
 3. Oranienstraße 3. 11403*
 Filiale: Charlottenburg, Kantstraße 134a.
Große Auswahl in Strohhüten.
 Steife und weiche Hüte. — Mützen.
 Großes Lager in Regenschirmen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen - Versandhaus Jerusalemstraße 11/12 Saison-Ausnahmspreise für Gardinen, Stores, Bettdecken, Portieren, Tischdecken, Reste enorm billig. 15118*

Bettbett, Unterbett, Kissen mit glattem Inlett, zusammen 10,50, nur (Fandische) Andreasstraße achtunddreißig. 15525*

Rotsoja-gelbes Bettbett, Unterbett, zwei Kissen, 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. 15538*

Donnerliches Bauerbett, Federn, Unterbett, zwei Kissen, 27,00, Großes Laten, Stad 1,00, Fandische Andreasstraße achtunddreißig. Gefährliche nach überall. 15448*

Seppdecken billigst Feibel Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Fahrräder, Teilsabteilungen, Bergstraße 28, Stallstraße 40. 15098*

Schönerne Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntag, Deutsches Versandhaus, Nägertstraße 63, 1 Treppe.

Teppiche (Kleinfeste) in allen Größen für die Halle des Hauses im Teppichlager Brinn, Godesker Markt 4, Bahnhof Dorf. 263/3

Herrenhüte, Kinderhüte, Stad 60 Pfennig, Engrosgeschäft Reuer Markt 1-2, Laden. 15368*

Herrenrad, Damenrad, nie neu, 45,00, Holz, Blumenstraße 36 b. 15428*

Wohnungsbau liefert geschmackvolle Wohnungsanordnungen äußerst billig. Auszugstr. 17, Ruhbaum-Neubaustr. 15, Veritas 45, Trümmergeschloß 35, Blüchstraße 55, Aufschloß 35, Blüchstraße 40, Schlafzimmer, farbige Rücken 60, Beschäftigung meines Raumden großen Lagerarbeiten. Nach Katalogzahlung kein Laden. Nur Keller und Hinterzimmer. Darnad, Nägertstraße, Dresdenstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Thor, Genossen erhalten 5 Prozent. 14508*

Vernaborräder, Teilsabteilungen ohne Anzahlung, Heyle, Danzigerstraße 95. 15048*

Für Brautleute: Teppiche usw. unerschrocken billig; bei Einrichtungen hoher Rabatt, nur bei Wien, Rosenhaldenstraße 56 I. Bitte auf Hausnummer zu achten! 15378*

Reihhaus Pflanzstraße 28, 1 Treppe, 60 Huter-King, Verlassene Pflanz, Gelegenheitskäufe, Goldschmied jeder Art, goldene Uhren, verkauft spottbillig.

Motorrad, 3 1/2 HP, Triump-Magnetzündung, umständlicher ganz billig, Holz, Blumenstraße 36 b. 15438*

Tandem, fast neu 60,00, Holz, Blumenstraße 36 b. 15448*

Restaurations, Partielokal (Bühnen), zu verkaufen, Kottbuserstr. 21.*

Schäfte und Unterleder, speziell Eigengerbung, Lederhandlung Mühl, Schönberg, Bahnhofsstr. 43. +105*

Radfahrer! Wie dahingegen I. Erstklassige Räder für 60,00 mit 2 Jahre Garantie, Fahrradfabrik, Alexanderstraße 9. 17636*

Teppiche, Decken usw. unerschrocken billig nur bei Wien Co., Rosenhaldenstraße 57, I. 14808*

Möbel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Lindenstr. 247 I.

Teppiche misfarbenschönen, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Sonnenhüte, moderne, 1,25; bessere Sachen billig Holzmarktstraße 34a, Ecke Andreasstraße.*

Reifenpumpen, 8,00 bis 100,00, alte 5,00, Sauger, Gartenpumpen, Schläuche, Erdbohrer unjoni. Pumpenwolle, Adersstraße 61. +115*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für farbige Figuren. Neue Garderobe für taumelnde billigen, aus Handgelehen verfallene Sachen, kaufst man am vortheilhaftesten bei Nag, Kottbuserstr. 14. 18439*

Räderverleihung, Fahrradrep. ratur, Fahrradverleih, Fahrradver. neue und gebrauchte, 30,00 an, auch Teilsabteilung, Große Frankfurterstraße 14, Kottbuserstr. +23*

Zeifengeschäft mit Rolle verkauft sofort oder später Remelerstraße 3.*

Restoration, Arbeit im Hause, umständlicher zu verkaufen, Sichere Existenz, Adersstraße 18 D.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gasthofbesitzer! Jewelochgasthof! 3,00, Geflügel, Spargel, Gaststätten! 24, Dreifachmische Brongastromen! 6,00, Gasanlagen! 5,00, Gaslampen! 14, Gaslauer, Ballnerbeckerstraße 32. 15518*

Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Juchaczki, Nur Rosenhaldenstraße 10, kein Laden. Habe keine Filialen. 263,6*

Kinderwagen, Kinderbetten, Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft spottbillig, Schneider, Kurfürstentstraße 172. 15748*

Deflation, für Parteigenossen geeignet, sofort veräußert, Auszugstr. Expedition Nägertstraße 24. +70*

Neueste Damenhüte, sehr preiswert, nur Pappelallee 140, Eckhaus, Schönhauserallee. 15068*

Tandem, Doppelfederung, neu, 95,00, Heitrich, Chausseestraße 63.*

Sanfteln, Quadranten 4 Mark an, Straußberg-Degetmühle, Jolanenpark, Wohnung Berlin, Gormannstraße 23, Güterweg. 18406*

Daumaterialien für Laubensbesser, Latzen, Seide, Spaltelstein, Dachpappe, Anton Gutsch, Charlottenburg, I. Platz Dömerstraße 89, II. Platz Sommeringstraße, verlängerte Spreewegstr. 15228*

Fahrräder von 40,00 an, sämtliche Zubehörteile, Reparaturwerkstatt, billig, gut ausgeführt, Büttner, Heidenbergstraße 17. 15418*

Teppich Aufschloß, fünfzig Teumeans, hundert bessere Bettstellen, reiche Matrassen, — Sofa, — enorm reiche Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen bekannt billig! Nur Grünerweg 81.* Hermann Dornstraße. 15406*

Brautwäse Handtücher, Tischzeuge, Bettwäsche, Teppiche, Gardinen, Küchengeräte, Sofa, — reiche Auswahl, spottbillig, Preisliste bis Monatsabschluss, Conrad Fischer, Goldammerstraße 100. 15298*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schnellste Näherung, Kostkarte genügt, Vortheilhafte Bezugsquelle, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prengelauerstraße 39/60. +89*

Nähmaschinen, Zahl bis 15,00, wer Teilsabteilung kauft oder nachweist, Sämtliche Systeme, Woche 1,00, Kostkarte, Drauer, Kottbuserstraße 90. +23*

Schöne Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark, Verkauf Sonnabend und Sonntag, Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, Steinbühlstraße, 15078*

Gespinn, Bedandmübel, Küchenspinnd, Kleberpinnd, Polstermöbel, Säulenstühle, Sofa, Tisch, Bettstelle, Matrassen, Duffet, Engelauer 7b, Wien. 15928*

Möbelvermietung, 2 Zimmer, fast neu, hellste angefertigt, Küche, Übergang, wegen Zurücknahme billig, Adersstraße 7, Tischlerei. 124/17

Kostume nach Maß, auch bei Stoffzugabe, Gutstehende Schneiderarbeit, Blumenstraße 9 II. 124/20*

Kokamröde von 2 Mark an, Spezialarbeit, Blumenstraße 9. 125/1*

Wägen in jeder Größe, direkt fabrik, Blumenstraße 9 II. 125/7*

Möbelverkauf Kottbuserstr. 66, am Heidenbergweg, Kammerling, Gedächtniswähl, reich billig, Vollturmöbel eigener Werkstatt. 18968*

Kinderwagen, wenig gebraucht, verkauft billig Nag, Seefstraße 68g.

Kinderwagen zu verkaufen, Sadowitz, Kottbuserstr. 18. +112

Garrengele sofort zu verkaufen, Prengelauer Allee 25. +50

Grüntrange mit Kottbuserstr. verkauft frankfurterweg, 17 Jahre in einer Hand, Kottbuser-Allee 67.

Möbelverkauf! Kleberpinnd 20, Kommode 21, Auszugstr. 17, Bettstellen mit Federbetten 29, Kleberpinnd 12, Schloßstraße 38, Tische 3, Kleberpinnd 12, Bettstellen 38, Säulenstühle, englische Bettstellen, Küchenspinnd, Wägen Einrichtungen besonders preiswert, Lieferung frei, Wallstraße 81. 124/18*

Kinderwagen, gebraucht 6,00, 8,00, 12,00, neu 20,00 bis 40,00, Sportwagen 4,50, 6,00, 8,00 bis 20,00, Klempner, Guelkenstraße 15. 18898*

Pianino, goldgraviert 100,00, Turmstraße 8, parterre. 125/3*

Kinderbetten (spottbillig) verkauft, Händl, Grüner Weg 50/51. 125/6*

Grüntrange, Brotstelle, umständlicher Pappel-Allee 5. +50*

Ein gutgehendes Obst- und Gemüsegeschäft wegen Krankheit sofort zu verkaufen, Eldenerstraße 1. +23

Möbel, gebraucht, spottbillig, Liebigstraße 45, Büchler. +23

Wirtschaft, muddbaum, verkauft Bögner, Straßmannstraße 13, Kottbuserstr. +23

Zimmerer-Werkzeug billig, Kottbuserstr. 52 IV, Reuer bei Dappak.

Herrenrad, Damenrad, fast neu, sofort zu verkaufen, Kottbuserstr. 5, Vorlex. 18928*

Wäse und Blättchen, 9 Jahre bestehend, „Süd-Dt.“ zu verkaufen, Kottbuserstr. 150 bis 200 Mark, Oberlin E. W. Kottbami 33. 15878*

Herrenrad, Inbello, 30,00, Kottbuserstr. 74, Restaurant. 18648*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Tischlermeisterstraße 9a. 9736*

Pfandbriefe, Prengelauerstraße 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 14298*

Kunstoperette von Frau Kottbami, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.*

Vertrauensvoll werde ich ein jeder, der ein gutes Geschäft (Branche gleich) oder Grundstücken kaufen oder verkaufen will, an die Geschäfts-Verkaufsbörse, Berlin, Zimmerstraße 30, Kaufstunde kostenfrei. Eine Karte genügt und mir schreiben vor. 123/10*

Wäse wird sauber und ohne Chlor gewaschen, im Freien getrocknet, Laten, Leibwäsche, 4 Taschentücher 10 Pf. Abholung und Lieferung Mittwoch, Frau Schulz, Köpenick, Müggelheimerstraße 44. 15618*

Handwäse, Frau Handwäse, Köpenick, Gartenstraße 9a, 4, wäscht schonend Laten, Leibwäsche, 4 Taschentücher, Taschentücher 10. Abholung Montags. 18798*

Nähmaschinen laßt Konopla, Kottbuserstr. 47. 124/19

Wohnungen.

Cubenortstraße 36, 37, 38 sofort Kleinwohnungen von 19 Mark an. 16345*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer billig zu vermieten, Kottbuserstr. 13, IV. +122

Schlafstellen.

Schlafstelle zu vermieten am Herrn bei Sommerberg, Kottbuserstr. 32, Duergebäude. +115

Möblierte Schlafstelle, Dumbel, Wasserlocherstraße 45b, vom II. 18838*

Schlafstelle für Herrn, 1 Juni, vermietet Frau Holterbach, Raunungstraße 18, I. 18778*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Tischlermeister bittet um Arbeit, Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Blücher, Kottbuserstr. 27. 14685*

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Jedermann wird (Schnell) zu erkl. fähigen Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos, Günstigste Erfolge. Automobiltechnicum, Berlin, Spichernstraße 11/12. 207/11*

Chauffeurschule Technicum Elektr., Kottbuserstr. 4, Abendkursus, Beginn 7. Juni, monatlich 15 Mark.

Mottenplatten - Handelsteile! Frauen verlangt: Mottenplatten! Mottenplatten! Mottenplatten! (spottbillig!) Ostermanns Chemische Fabrik, Schönhauserallee 141. 18848*

Steinbleicher für 60er Format suchen Jocke u. Wittmeyer, Große Frankfurterstraße 16. 125/5*

Wahlleiter, tüchtigen Kottbuser verlangt, Kottbuserstr. 194. 18906*

Farbiger verlangt, Kottbuserstr. 32. +122

Einem tüchtigen Zusammenleger auf Kottbuser bei dauernder Arbeit verlangt, Kottbuserstr. 132. +122

Papierschneider, welcher schon in großen Kartonsabriken gearbeitet hat, für dauernde Stellung gesucht, Gutmann u. Meyer, Kottbuserstr. 4. 18758*

Barockgoldler verlangt, Kottbuserstr. 37. 15028*

Köpenick, Frau zum Ausfragen des „Vorwärts“ kann sich melden in der Parteipublikation, Kottbuserstr. 124/11*

Botenfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung, Kottbuserstr. 22 (Zur Wilhelmstraße an der Anhaltstraße). 124/11*

Botenfrauen finden lohnende und dauernde Beschäftigung, Kottbuserstr. 133. 124/16*

Parteisekretär
 für Halle und den Saalkreis per sofort gesucht. Gehalt 1800 M. Genossen, welche auf diesen Posten reflektieren, wollen ihre Bewerbung mit genauer Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und einem Antrag über die Einzahlung eines Parteibeitrags bis zum 27. Mai an die Expedition des „Vorwärts“, Halle a. S., Post 12/43, einreichen. Der Vorstand d. Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands (Zweigverein Berlin.)
 Sektion der Gips- u. Zementbranche.
 Wegen fortgesetzten Tarifbruches ist die Firma: **Otto Stüwe** gesperrt.
 Die Banken sind:
 Zeche, Reichs-Krankenhaus, Mariendorfer, Mariendorfer, Bau-Gesellschaft, Mariendorfer, Chausseestr. 22, Ritzdorf, Welterstr. 47, Galenzer, Humboldtstr. 49, Dahlem, Botanisches Museum.
 An die Bauhandwerker appellieren wir uns zu unterstützen. 143/16*
 Der Sektionsvorstand!

Achtung, Wagenbauer!
 In der Motorwagenfabrik in Reinickendorf (früher Gottschalk) befinden sich sämtliche Arbeiter im Streik.
 Wir erziehen die Kollegen, nach diesem Streik keine Arbeit anzunehmen.
 Die Streikleitung.

Deutsch. Buchhändlerverband (Zahlstelle Berlin).
 Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Ausspannung nicht rechtzeitig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektlos erneut angefordert:
G. Wübben & Co., Wilhelmstraße 9.
H. Sperling, Friedrichstr. 16.
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Rauerstraße 80.
Fritzsche-Baumbach, Schöneberg, Bahnhofsstr.
H. Reib, Köpenickerstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Hetschke & Co., Zimmerstraße 94.
A. Schob, Kottbuserstr. 19.
A. Schob, Deutscherstr.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 78.
Hickmann, Wilhelmstr. 121.
Naucke Buchdruckerei, Stall-Neubaustr. 5.
Ad. Ludwig, Kottbuserstr. 5/6.
Fleck Nachf., Köpenickerstr. 87.
Kammerer, Kottbuserstr. 67.
Werner, Lindenstraße 3.
C. F. Walter, Kottbuserstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseestr. 2a.
 Diese Betriebe sind gesperrt! Vor Wiederannahme wird genaugt! Jüngst ist streng ferngehalten!
 Die Streikleitung.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 22. Mai, abends 8 Uhr, eine Wahlvereinsversammlung in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20, stattfindet. Genosse Grundwald wird über das internationale Fremdenrecht und die Ausweisungen sprechen.

Achtung, vierter Kreis! Den Mitgliedern des Wahlvereins bringen wir folgendes zur gefälligen Kenntnis: Die Abfahrt zu der am Himmelfahrtstage stattfindenden Herrenpartie erfolgt für die Mitglieder des Ostens morgens 8 Uhr am Gröben-Ufer (an der Oberbaum-Brücke). Des Weiteren kann die Rückfahrt Umstände halber für vier Dampfer erst zwischen 10 bis 11 Uhr abends erfolgen. Und noch ist zu bemerken, daß sich an dieser Partie selbstverständlich nur Herren beteiligen können. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Dienstag, den 22. Mai, 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein im „Schwarzen Adler“ seine Mitgliederversammlung ab. (Siehe Annonce.) Wir erwarten zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 9 Uhr findet bei Wegnick die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Rationalismus und Patriotismus. Referent: Dr. Rosenthal-Berlin. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Die Mitglieder werden ersucht, die entliehenen Bücher wegen der bevorstehenden Inventur bis zum 16. Juni an die Bibliothekskommission zurückzugeben.

Alt-Glienitz. Heute Sonnabend 8 Uhr abends: Generalversammlung des Wahlvereins bei Saß. Die alten Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen. Die neuen Mitgliedsbücher werden ausgegeben. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes zu erscheinen.

Trebbin (Kreis Teltow). Heute abend 8 Uhr hält der Wahlverein seine Monatsversammlung im Lokal des Herrn Wolf, Bahnhofstraße, ab. Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen. 2. Vortrag des Genossen Störmer-Berlin über „Politischen Massenstreik“. 3. Vereinsmitteilungen. 4. Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Neuenhagen (Ostbahn). Am Sonntag, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von Wänike in Neuenhagen die ställige Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins statt. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Ueber die gerichtlichen Bestrafungen von Schulkindern

Bringt die Berliner Schuldeputation seit längerer Zeit in ihren alljährlichen Berichten statistisches Material, das sich auf die Gemeindefschulen bezieht. Die Zahlen für 1904 wurden von ihr im November 1905 bekannt gegeben. Im April 1906 wurden sie von der „Pädagogischen Zeitung“ wieder aufgewärmt, und von hier aus haben sie jetzt ihren Weg noch einmal in die Tagespresse gefunden. Sehr beachtenswert ist jene Statistik nicht. Im „Vorwärts“ ist früher einmal dargelegt worden, daß die Schuldeputation in ihren Berichten das vorhandene Zahlenmaterial über die gerichtlichen Bestrafungen von Gemeindefschulkindern in ganz stümperhafter Weise vertwert. Leider hat jene Kritik bisher nichts genützt. Die Schuldeputation hält nach wie vor an ihrer Schablone fest, und die Presse übernimmt, was ihr von dort ausgehoben wird. Wir wollen uns der Mühe unterziehen, hier aus neue zu zeigen, wie die von der Schuldeputation ermittelten Zahlen vertwert werden müßten, wenn sie irgend etwas „Beweisen“ sollen.

Der letzte Schuldeputationsbericht beziehungsweise nach ihm die „Pädag. Ztg.“ teilt mit, im Jahre 1904 seien in Berlin 0,13 Proz. der Gemeindefschulkinder gerichtlich bestraft worden. Von 1898 bis 1903 sei der Prozentfuß von anfänglich 0,18 Proz. auf nur noch 0,09 Proz. heruntergegangen, nun aber sei er wieder auf, wie gesagt, 0,13 Proz. gestiegen. Hinzugefügt wird, daß im Jahre 1904 von den Knaben 0,24 Proz., von den Mädchen nur 0,02 Proz. bestraft wurden. Unter je 418 Knaben sei immer einer bestraft worden, aber je ein Mädchen erst unter 4670 Mädchen. Diese Verhältniszahlen sind von den Statistikern der Schuldeputation in folgender Weise gewonnen worden. Im Dezember des Jahres 1904 sahen in den Gemeindefschulen überhaupt 221 947 Kinder, und im Laufe des ganzen Jahres wurden 287 Gemeindefschulkinder gerichtlich bestraft, das macht 0,13 Proz., wie oben angegeben. Unter den Kindern waren 109 876 Knaben und 112 071 Mädchen, bestraft wurden 263 Knaben und nur 24 Mädchen, macht 0,24 Proz. bestrafte Knaben und 0,02 Proz. bestrafte Mädchen. Als vor Jahren die Schuldeputation mit der Veröffentlichung ihres Materials begann, wollte sie die damals in der Öffentlichkeit diskutierte Behauptung entkräften, daß leider schon recht viele Kinder durch Gerichtsurteil bestraft werden. Und die von der Schuldeputation errechneten Verhältniszahlen schienen ihr darin Recht zu geben, daß jene Klagen „den tatsächlichen Zustand übertreiben“.

Die Kriminalstatistik pflegt nun freilich die Zahl der Verurteilten nicht an der Bevölkerungszahl überhaupt zu messen, sondern nur an der Zahl der Strafmündigen. Hätten die Statistiker der Schuldeputation bei ihren Berechnungen ein ähnliches Verfahren befolgt, so wären sie für die Verurteilungen von Gemeindefschulkindern zu sehr viel höheren Zahlen als 0,13 Proz. usw. gekommen. Nach Angabe des Schuldeputationsberichts hatten von den im Jahre 1904 bestrafte Kindern das Alter 12, 13, 14 Jahre: 11, 100, 152 Knaben und 3, 7, 14 Mädchen. Nun enthielten von der für Dezember 1904 ermittelten Gesamtzahl der Gemeindefschulkinder auf die Jahrgänge 1892, 1891, 1890 (und früher): 12 338, 12 365, 3222, zusammen 27 925 Knaben und 13 257, 18 428, 8290, zusammen 29 975 Mädchen, überhaupt 57 900 Kinder. Wenn wir diese Zahlen als Maßstab (da ein besserer uns fehlt), so ergibt sich, daß bestraft wurden im Alter von 12 und mehr Jahren: 0,09 Proz., 0,81 Proz., 4,72 Proz. Knaben, 0,02 Proz., 0,05 Proz., 0,43 Proz. Mädchen, zusammen im Alter von 12 und mehr Jahren: 0,04 Proz. Knaben, 0,08 Proz. Mädchen, überhaupt 0,50 Proz. Kinder. Führt man dieselben Gruppierungen und Berechnungen für alle Jahre von 1898 bis 1904 durch, so gelangt man überall zu ähnlichen Ergebnissen, die weit hinausgehen über diejenigen, die die Schuldeputation mit ihrem rohen Berechnungsverfahren ermittelte.

Wenn diese Zahlen etwas beweisen, so ist es das, daß unter den Kindern der Volksschule der Anteil der schon gerichtlich bestraften erschreckend groß ist. Es mag der Schuldeputation unermüdet sein, das in voller Klarheit festgestellt zu sehen, weil dieses Ergebnis unsere sozialen Zustände und ihren Einfluß auf das Erziehungswesen kennzeichnet. Aber so einfach wegrechnen läßt sich das denn doch nicht. Auch der Rückgang, der von der „Pädagog. Ztg.“ hervorgehoben wird — nach den Berechnungen der Schuldeputation von 1898 bis 1903 von 0,18 Proz. auf 0,09 Proz., also auf nur noch die Hälfte — ist keineswegs

so bedeutend, wie er in dieser Gegenüberstellung erscheint. Das Jahr 1903 war ein Ausnahmejahr. Von 1898 bis 1902 sank, wenn wir die Berechnungen der Schuldeputation zugrunde legen, der Anteil von 0,18 Proz. auf 0,15 Proz. Dann kam 1903 mit plötzlich nur 0,09 Proz. und darauf 1904 mit wieder 0,13 Proz. Als Ausnahmejahr tritt 1903 auch dann überall hervor, wenn man nach Geschlecht und Alter gruppiert und die Anteilberechnungen in der von uns angegebenen Art ausführt. Ein bloßer Zufall ist das gewiß nicht, aber auch daraus darf man es nicht erklären wollen, daß etwa die sozialen Ursachen, die so oft zu frühzeitigen Konflikten noch schulpflichtiger Kinder mit den bestehenden Gesetzen führen, im Jahre 1903 plötzlich um so viel weniger ihren Einfluß ausgeübt hätten.

Es gibt eben noch andere Umstände, die die Zahl der Verurteilungen von schulpflichtigen Kindern beeinflussen. Vermutlich war 1903 mit einem Male ein förmlicher Wettstreit entstanden, die Kinder möglichst vor Verurteilung zu bewahren und möglichst viele der Fürsorgeerziehung zuzuführen, die wir ja schon seit 1901 hatten. Einen Einfluß des Fürsorgeerziehungsgesetzes hätte man eigentlich schon für 1901 oder doch mindestens für 1902 erwarten sollen, aber die Zahlenreihen zeigen tatsächlich erst seit 1903 Spuren, die hierauf hindeuten. Warum es dann 1904 sofort wieder ganz anders wurde, das wissen die Götter. Die Pflöchlichkeit des Wechsels wird aus folgenden Zahlen ersichtlich. In den Jahren von 1898 bis 1904 wurden bestraft 350, 335, 288, 290, 322, 208, 287 Kinder, nämlich 310, 298, 265, 272, 205, 200, 263 Knaben und 39, 37, 23, 27, 9, 24 Mädchen — nebenbei bemerkt: alljährlich zum allergrößten Teile wegen Eigentumsvergehen.

Die erneute Zunahme ist übrigens fast allein durch Zunahme der Verurteilungen zu bloßem Verweise — von 1903 zu 1904 von 135 auf 213 — herbeigeführt worden. Gäbe es nicht leider auch Verurteilungen schulpflichtiger Kinder zu Haft und Gefängnis (zusammen 72 Fälle in 1904), so möchte man fast wünschen, daß der neu erwachte Bestrafungseifer fortdauere. Denn von dem verheißenen „Segen“ der Fürsorgeerziehung haben wir bisher wenig gespürt, und schließlich wird ein Kind durch gerichtliche Verurteilung zu einem Verweise immer noch weniger geschädigt als durch die ruinierenden „Besserungsexperimente“, die an ihm in der Fürsorgeerziehung vorgenommen werden.

Die Englandreise unserer Stadtväter. Die Mitglieder der städtischen Verkehrsdeputation, die Stadtverordneten Dinse, Jacobi, Raft, Heimann, Ballach und Döhrenfurth begeben sich heute mit dem Magistratsrat Dr. Hamburger und dem Stadtlehrer Dr. Kallmann nach England, wo sie in London mit dem Oberbürgermeister Ritchner und den Stadträten Böhm und Alberti zusammentreffen werden. Nach der Verabschiedung der Verkehrsrichtungen Londons gedenken die Herren die Verkehrsmittel von Paris in Augenschein zu nehmen und nach vierzehn Tagen nach Berlin zurückzukehren. An der Reise werden auch einige andere Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen. Die übrigen Mitglieder der Deputation: Stadtkämmerer Dr. Steinger, Stadtbaurat Krause, die Stadtverordneten Kreilling, Singer, Rosenow, Cassel und Kallmann werden Mitte Juni dieselbe Reise unternehmen.

Die neue Polizeiverordnung, welche die Kinematographen usw. unter Jenus stellt und der Behörde eine Handhabe bietet, die Kabarets in gewissen Grenzen zu halten, wird soeben amtlich publiziert. Sie besteht nur aus zwei Paragraphen, welche lauten: Den Theater-Vorstellungen im Sinne der betr. Verordnungen z. werden gleich gestellt: alle dort nicht schon bezeichneten Darbietungen, welche bei gewerbmäßiger Veranstaltung einer Erlaubnis aus § 33a der Reichs-Gewerbeordnung bedürfen, sowie alle kinematographischen und phonographischen Vorstellungen. Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft. Zugleich wird der Geltungsbereich der vorgenannten Verordnungen auf diejenigen Teile des Landespolizeibezirks Berlin, in welchem sie bisher nicht gelten, hierdurch ausgedehnt.

Die Reform des Rettungswesens. Die Vereinigung der Berliner Sanitätswachen hielt vorgestern im Rathaus ihre Jahresversammlung ab. Zum Vorsitzenden wurde Stadtverordneter Dinse gewählt. Im Laufe der Sitzung ergab sich vollständige Einmütigkeit darüber, daß es bei den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Magistrat wegen der Uebernahme des gesamten Rettungswesens in städtische Verwaltung Aufgabe der Sanitätswachen sein müsse, den Grundstock für die neuen Einrichtungen zu bilden. Ferner müßten ihre Vertreter bemächtigt sein, auch die Rettungsgesellschaft und die Unfallstationen zum Eintritt in die vom Magistrat beschlossene Organisation zu bewegen. Eine Hinzuziehung des Kreisvereins des Verbandes für erste Hilfe als eines Privatvereins zu den bevorstehenden Verhandlungen wurde einstimmig für unzulässig erklärt.

Sonderzug nach Eberswalde, Freienwalde und Angermünde. Ein Sonderzug nach Eberswalde und Freienwalde geht nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Stettin am nächsten Sonntag vom Stettiner Bahnhof um 6,35 Uhr. Er ist in Eberswalde um 7,39, in Freienwalde um 8,06 Uhr. Der Zug hält am Wasserfall vor Eberswalde zum Aussteigen. In Freienwalde a. O. erhält der Zug Anschluss an den daselbst 8,09 Uhr vormittags abgehenden Personenzug nach Oberberg (Marx)-Angermünde. Der Sonderzug hat 2. und 3. Wagenklasse.

Sommerurlaub wird bereits von einer ganzen Reihe Berliner Firmen ihren Angestellten und Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Wenn man allerdings einen Vergleich mit der großen Anzahl der Betriebe in Berlin zieht, ist die Zahl der Ferien gewährenden Arbeitgeber eine verhältnismäßig kleine. Im vorigen Jahre hat auch die Direktion des Böhmischen Brauhauses den Arbeitern an Stelle der sonst üblichen Landpartie versuchsweise einen Urlaub von 1—3 Tagen gewährt. In diesem Jahre ist nun auf Antrag des Arbeiterausschusses, wie wir gebeten werden mitzuteilen, der Urlaub wie folgt geregelt worden: Diejenigen, welche bis zum vollendeten dritten Jahre im Geschäft tätig sind, erhalten einen Tag Urlaub, nach drei Jahren drei Tage, nach vier Jahren vier Tage, nach fünf Jahren fünf Tage und nach sechs Jahren sechs Tage. Arbeitern, welche länger als 25 Jahre tätig sind, werden 14 Tage Urlaub gewährt.

Die Verkehrsverhältnisse auf dem Bahnhof Gesundbrunnen beschäftigten die letzte Versammlung des Grundbesitzervereins jenes Stadtteils. Die Anlagen des Bahnhofes, so wurde ausgeführt, entsprächen in keiner Beziehung dem gewaltigen Verkehr; namentlich beim gleichzeitigen Ein- und Auslauf von Stadtring- und Vorortzügen sei Gefahr für Leben und Gesundheit der auf den viel zu schmalen Bahnsteigen stehenden Reisenden vorhanden. Es sei keine Seltenheit, daß die Fensterwände der auf den Bahnsteigen errichteten Hallen infolge des Massenandranges eingedrückt und Personen durch Glassplitter verletzt werden. Die stattgefundene Aenderung und Vermehrung der Villettkontrolle genüge nicht. Es sei besonders notwendig, neue Zugänge zu dem Bahnhof von der Schweinmünder- und Vellernmünderstraße aus zu schaffen. Nach der Eröffnung der neuen großen sog. Millionenbrücke über den Bahnhof Gesundbrunnen hinweg, sei dies sehr leicht zu ermöglichen. Ebenso müßten die Bahnsteige unter einander durch eine Ueberbrückung verbunden werden. Es wurde beschlossen, die Eisenbahndirektion auf die gefährlichen Zustände auf dem Bahnhof aufmerksam zu machen und die neuen Zugänge zu fordern.

Unseres Erachtens wird dem Massenandrang zu den einzelnen Zügen und den sich hieran knüpfenden häßlichen Erscheinungen weniger durch neue Zugänge begegnet als durch Einrichtungen, die das fahrende Publikum schnell und bequem befördern. Die Beschwerden und Klagen über Massenandrang und Ueberfüllung der Stadtbahn sind aber nicht nur auf dem Bahnhof Gesundbrunnen vorhanden, sondern können ganz allgemein in bezug auf den Stadtbahn- und Vorortverkehr erhoben werden. Hier endlich eine durchgreifende Aenderung herbeizuführen, sollte sich die Eisenbahndirektion recht angelegen sein lassen. Die Bevölkerung Berlins und der Vororte wächst ständig, der Verkehr zwischen der Reichshauptstadt und den Vororten flutet immer stärker hin und her, daß aber die maßgebenden Behörden diesem Umstände irgendwie Rechnung tragen, kann man beim besten Willen nicht behaupten.

Ernst Ruhner. Wiederum ist die Partei von einem schmerzlichen Verlust betroffen. Der besonders den älteren Parteigenossen des dritten Kreises bekannte Arbeiter Ernst Ruhner ist in der Nacht zum Freitag nach schwerem Leiden verstorben. Gerade in der Zeit des Sozialistengesetzes hat er sich in den Dienst der Partei gestellt und unermüdet mitgearbeitet. Ueber die Beerdigung wird den Genossen im Inseratenteil Näheres bekannt gegeben.

In städtischer Waisenkasse befanden sich Ende März d. J. 3202 Knaben und 2697 Mädchen, zusammen 5899 Kinder (gegen 5838 Ende Februar d. J.). Der Zugang betrug im Monat März 285, der Abgang 219 Kinder. Von den ausgeschiedenen Kindern kamen 152 zu den Angehörigen, 12 in unentgeltliche Pflege, 15 zu fremden Gemeinuden, 1 in die Lehre, 2 in Fürsorgeerziehung; durch den Tod schieden aus 29 (20 Knaben, 9 Mädchen), aus anderen Gründen 8 Kinder.

Für welche Zwecke alles die Steuergelder der Stadt Berlin in Anspruch genommen werden, beweist der Umstand, daß der Admiral v. Köster die Kommune Berlin um die Unterstüzung der Gesellschaft „Seemannshaus für Unteroffiziere und Mannschaften der deutschen Marine“ in Kiel, Wilhelmshaven und Tzingtau ersucht. Inwieweit diese Einrichtung mit der Kommune Berlin im Zusammenhang steht, können wir nicht herausfinden; natürlich hat sich der Magistrat bereit erklärt, diesen Wünsche nachzulommen und beschlossen, 500 M. zu bewilligen.

Warnung vor sogenannten Darlehnsgebern.

Vor Leuten, die gewerbmäßig die Notlage anderer ausbeuten, indem sie ihnen angeblich Kredit verschaffen wollen, in Wahrheit aber nur „Gebühren zwecks Information über Kreditwürdigkeit“ einziehen, warnt das Polizeiamt in Darmstadt in einer bemerkenswerten Bekanntmachung. In dieser Warnung werden folgende Personen genannt: Florando Eichbaum in Schöneberg („Berliner Geldbörse“), Arbeiter Paul Schöwe in Berlin, Kleinhändler Konrad Schröder in Hannover („Geldmarkt“), Deutscher Geldmarkt in Stuttgart, Jahaber Dolar Lehmann („Darlehnsnachweis“), der Verlag für Geldangebote in Berlin, Kleine Frankfurterstr. 11, und Karl Schunemann in Berlin („Hypotheken- und Darlehnsnachweis“). Insbesondere wird gewarnt vor den Vermittlern Schneeweiß, Schilinski, Kubermuh, Kleich, Zumber und Böschel, sämtlich in Berlin, Knidrehm und Schröder in Hannover, Rudolph (Genshel u. Comp.) in Kassel, Wödel in Frankfurt a. M. sowie Friede in Hamburg.

Mit verschiedenen der hier Genannten hat sich auch das hiesige Polizeipräsidium schon wiederholt zu beschäftigen gehabt.

Nachdem die serbische Presse von dem im Kronprinzenhause bevorstehenden „freudigen Ereignis“ in der breitesten, abstoßendsten Weise ihr Lesepublikum genug traktiert hat, wird sich nunmehr auch die Kirche mit dieser delikaten Angelegenheit beschäftigen. Einer Bestimmung des Kaisers gemäß hat der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin angeordnet, daß jetzt mit der Abhaltung der kirchlichen Feiern für eine glückliche Einbindung der Kronprinzessin Cecile in familiären Kreisen der preussischen Landeskirche begonnen werden soll.

Im Bett verbrannt. Ein bedauerliches Brandunglück ereignete sich Donnerstag abend in der Wohnung der Weltenschen Eheleute in der Grimmsallee 12. Die Schwägerin der Frau S. hatte deren Kinder gebadet und als die dreijährige Erna damit zu Ende war, wurde sie in ihr Bett gebracht. Während nun die Schwägerin die anderen Kinder beim Baden beaufsichtigte, holte sich die kleine Erna vom Nachtschiff die Streichhölzer und spielte damit. Dabei entzündete sich eines derselben und im nächsten Augenblick fing das Bettzeug Feuer. Im Verlaufe von einigen Sekunden stand das ganze Bett mit samt dem Kinde in hellen Flammen. Entsetzt eilte die Schwägerin, durch den Brandgeruch herbeigelockt, hinzu und rief das Mädchen aus dem Feuer. Am ganzen Körper hatte das arme Geschöpf bereits fürchterliche Brandwunden erlitten. Auf der Unfallstation in der Badstraße erhielt es die erste Hilfe. Der Zustand der Kleinen ist fast hoffnungslos.

Der falsche Gasanfallskaffierer ist wieder aufgetaucht. Anfang dieses Jahres wurden in Südböden der Stadt eine ganze Anzahl von Gaslonumenten durch das Treiben eines falschen Kaffierers erheblich geschädigt. Der gefährliche Dursche zeigt gefälschte Rechnungen, Formulare der städtischen Gasanstalt, die er sich zweifellos auf unläutere Art verschafft hat, vor, und juneist gelangt ihm auch sein Leid. Gewöhnlich ist der Kopf des Rechnungssformulars, auf dem sich der Name eines anderen Konsumenten befand, abgerissen. Die Anwohner mügen vor dem falschen Kaffierer dringend gewarnt sein.

Nach einem städtigen Defraudanten, der sich in ganz geriebener Weise in den Besitz von 3100 M. gebracht hat, schneidet die hiesige Polizei. Auf dem Postamt in Rathenow hatte der bei der Firma Schulte u. Feil angestellte Kontorbote Kranzow vorgestern Pakete aufzugeben und außerdem sollte er noch 3100 M. Postanweisungsgelder einzahlen. Während nun S. die Pakete expedierte, erbot sich der ebenfalls bei der genannten Firma tätig gewesene Bureauschreiber Stäbing in bereitwilliger Weise, seinem Kollegen die kleine Bemühung des Geldeinzahlens abzunehmen. S. vertraute ihm auch das Geld an, doch erfuhr er gestern morgen zu seiner unangenehmen Ueberraschung, daß die Geldbeträge überhaupt nicht in dem Postanweisungsbuch eingetragen und nicht abgeführt waren. Er hatte das Geld unterschlagen und ist geflohen. Es wird angenommen, daß er sich nach Berlin gewandt hat.

Eine aufregende Menschenjagd wurde gestern nachmittags in der Großen Frankfurterstraße abgehalten. An der Ecke der Kranzstraße hatte ein 17jähriger Dursche ein unbeaufsichtigt auf der Straße stehendes Zweirad gestohlen. Der Vorgang war von Fahrgästen eines Omnibusses beobachtet worden, welche die Verfolgung des Spieghubers veranlaßten, der mit außerordentlicher Geschwindigkeit sich durch das Wagengeviert der Großen Frankfurterstraße hindurchwand, bis er in der Nähe der Andreasstraße gegen einen Kollwagen fuhr, stürzte und nunmehr versuchte, den Raub im Eilte lassend, die Flucht zu Fuß fortzusetzen. Ein Hausdiener war hinter ihm her, er wurde aber mit einem Messer bedroht. Weder er jedoch davon Gebrauch machen konnte, kamen Schulleute hinzu, die ihn festnahmen. Auf der Polizeiwache stellte sich heraus, daß der Verhaftete ein trotz seiner Jugend bereits vorbestrafter gewerbmäßiger Fahrradbieb ist.

Beim Spielen ertranken. Donnerstag nachmittags spielte der zwölf Jahre alte Sohn des Hausdieners Thiel aus der Poststraße 14, der zehnjährige Sohn Gustaf des Arbeiters Rodnais aus demselben Hause und der sieben Jahre alte Sohn Paul des Förstners Bartle aus der Raupackstr. 14 an kleinen Stacheln

Wieder der Michaelisbrücke. Das drei Meter hohe Schuppelgitter, das auf beiden Seiten einen schmalen Gang begrenzt, wird von Kindern gern zu Turn- und Kletterübungen benutzt. Eine besondere Anziehungskraft aber übt jetzt noch eine Waggermaschine aus, die in dem Kanal arbeitet. Diese wollten sich die Knaben gestern einmal näher ansehen. Sie kletterten über die Brüstung und gingen nun den sehr schmalen Uferstrand entlang, um der Waggermaschine näher zu kommen. Wöglich verlor Thiel, der an der Spitze war, das Gleichgewicht, glitt aus und fiel in den Kanal. Seine Spielkameraden schrien vor Schreck laut auf, kletterten dann aber sofort über das Geländer zurück und ließen nach Hause, wo sie ihren Eltern erst nach einer Stunde von dem Unglück erzählten. Eine Frau Richter aus dem Hause Michaelisbrücke 23a hatte den Knaben in das Wasser fallen sehen. Sie machte die Leute der Waggermaschine auf den Unfall aufmerksam. Diese suchten sofort den Kanal ab; sie fanden den Knaben nach fünf Minuten, er war aber bereits tot. Die Leiche wurde beklagungslos. Der Knabe, der herzkraut war, ist wahrscheinlich einem Herzschlage erlegen.

„In freien Stunden“, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende illustrierte Romanbibliothek, ist jetzt bis Heft 21 erschienen. Neben dem laufenden Roman „Der verlorene Sohn“ und der hübschen Erzählung „Die Karrenburg“ bringen die Hefte, die jeder Arbeiterfamilie zum Abonnement bestens empfohlen werden können, allerlei Unterhaltendes, Dies und Jenes, Witz und Scherz. Die Hefte sind von Heft 1 an zum Preise von 10 Pf. durch jede Parteibuchhandlung, von jedem Kolporteur, in Berlin durch die Parteibuchhandlung und auch durch die Post zu beziehen.

Dem Verbands deutscher Arbeitnehmende hat der Reichskanzler eine Beihilfe von 8000 M. bewilligt. Es ist dies die dritte Beihilfe, welche dem Verbands aus Reichsmitteln zugeflossen ist.

Auf der Treptower Sternwarte spricht Herr Dozent Jens Lüben am Sonntag, den 20. Mai, nachmittags 5 Uhr, unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder über: „Die Photographie im Dienste der Himmelskunde“ und um 7 Uhr über: „Die neuesten Ausbrüche des Vesuvius nach eigener Anschauung und eigenen Photographien.“ Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche nachmittags die Sonne abwechselnd mit der „Venus“, abends Figürne, Doppelsterne oder Sternhaufen und „Herkules“ beobachtet. Gleichzeitig machen wir hiermit bekannt, daß die Treptower Sternwarte am Himmelsfahrtswege, Donnerstag, den 24. Mai, geschlossen bleibt.

Feuerwehrbericht. Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde in der letzten Nacht die 4. Kompanie nach dem Gefundbrunnen gerufen. Dort stand das Erdhaus Badstraße 25 und Prinzenallee in Flammen. Das Feuer war nach Mitternacht erst bemerkt worden, muß aber längere Zeit unbemerkt dort gewütet haben, denn als die Feuerwehr erschien, stand der Dachstuhl schon in großer Ausdehnung in Flammen. Die Treppenaufgänge waren bereits verqualmt und die Lage eine gefährliche. Die Feuerwehr ließ sofort eine große mechanische Leiter aufstellen und über diese mehrere Schlauchleitungen vornehmen. Um dem Qualm einen Abzug zu verschaffen und die Hausbewohner zu beruhigen, wurde am Hause ein Strohleitgang errichtet, über den die Mannschaften in die Etagen einstiegen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es schließlich, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehung des Feuers konnte nicht ermittelt werden. Ferner hatte der 20. Zug in der Wallstraße 24 zu tun, 100 Wuppen in einem Keller brannten. Gleichzeitig mußte in der Neuen Königstraße 84 ein Schalbedenbrand vom 1. Zuge gelöscht werden. In der Torfstraße 16 brannte Rapphahin, in der Dieffenbachstraße 29 eine Küche, in der Waldemarstraße 22 ein Schornstein, Neue Königstraße 60 Gardinen u. a. Weitere Brände wurden aus der Müllerstraße 19 und anderen Stellen gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Mit dem Bau eines neuen Rathauses wird sich die nächste Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen haben. Schon im Jahre 1902 waren die städtischen Körperschaften dieser Frage nähergetreten und hatten zur Vorbereitung der Angelegenheit eine gemischte Deputation eingesetzt. Nach dem vom Magistrat nunmehr fertiggestellten Entwürfe wird beabsichtigt, das neue Rathaus auf dem städtischen Grundstücke am Platz R., dem Kreuzungspunkte der Martin Luther-, Belgier-, Wähle- und Erfurterstraße zu errichten, in unmittelbarer Nähe des in Aussicht genommenen Bürgerparks. Von dem ursprünglich ebenfalls in Aussicht genommenen Bauplatz an der Haupt- und Eisenacherstraße-Gcke ist man wegen der damit verbundenen hohen Erwerbskosten des Reichowischen Grundstücks abgekommen. Für das zu errichtende Rathaus sind zwei Bauperioden vorgesehen; in der ersten soll der Bedarf an Räumen für eine Einwohnerzahl von 200 000 Seelen gedeckt werden, während der völlige Ausbau den Bedürfnissen von 800 000 Einwohnern genügen soll. In dem Bauprogramm ist neben dem Stadtverordneten-Sitzungsraum auch ein mindestens 500 Quadratmeter großer Festsaal mit anschließenden Bibliotheksräumen vorgesehen. Die Veranlagung eines Preiswettbewerbens fällt der Magistrat für unzulässig, da die Hochbaudeputation mit entsprechenden Strafen besetzt und durchaus in der Lage ist, das Projekt für einen derartigen Bau selbst zu entwerfen. — Das jetzige alte Rathaus soll weiterhin hauptsächlich der städtischen Sparkasse zur Verfügung gestellt werden.

Peinliches Aufsehen erregt in Schöneberg eine Hochstapleraffäre. Am 2. Mai verstand plötzlich die 27jährige Tochter Frieda des Rentiers M. gemeinsam mit ihrem Bräutigam, dem angehenden Lehramtskandidaten Heinrich Wegner. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß Wegner ein ganz geriebener Hochstapler ist. Er hatte sich dadurch in die Familie seiner Braut gut einzuführen verstanden, daß er sich als „can. theol. et phil.“ ausgab und behauptete, poetischer Mitarbeiter an einer für die Provinz bestimmten theologischen Korrespondenz zu sein. Durch sein großes Raffinement gelang es ihm, auf seine etwas sentimentale veranlagte Braut einen unumgänglichen Einfluß zu gewinnen. Bereitwillig opferte sie ihm einen großen Teil ihrer Ersparnisse. Als die Täuschung der beiden entdeckt wurde, stellte es sich heraus, daß M. unter anderen einen über 5000 M. lautenden Verpflichtungsschein, auf den er sich Kredit verschafft, gefälscht hatte. Die Eltern der M. befürchten, daß sich ihre Tochter aus Scham nicht mehr nach Hause zurückwagt und daß sie sich in der Verzweiflung das Leben genommen hat. Andererseits wird aber auch angenommen, daß das bedauernswerte Mädchen, welches von einem langjährigen schweren Herbenleiden noch nicht ganz genesen ist, von dem gefährlichen Hochstapler zu schlechtem Lebenswandel gezwungen wird. Wegner ist von schwächlicher Figur, etwa 1,60 Meter groß, hat dunkle Augen und kleinen schwarzen Schnurbart. M. ist 29 Jahre alt und stets mit einem Gehrock und Zylinder bekleidet. Die verzweifeltsten Eltern wünschen dringend, sobald als möglich über das Schicksal ihrer Tochter Bewißheit zu erlangen. Die Verschwendung ist von hübscher Erscheinung, hat blaue Augen, gesunde Gesichtsfarbe und war bekleidet mit schwarzer Puffenjacke, grau-braunem Rock mit Kissenblenden und blauem Strohhut mit schwarzem Samtband. Es ist nicht ausgeschlossen, daß M. nach London geflüchtet ist.

Brit.

In Nr. 113 des „Nizdorfer Tageblattes“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß dem Frauenverein Brit-Nord eine Verlosung geschenkter Gegenstände vom Oberpräsidenten genehmigt worden sei. Ihr Zweck sei, die Mittel für die Wohnungseinrichtung der für den nördlichen Ostteil von Brit angestellten Gemeindefrauenkassen zu beschaffen. Nachdem man noch auf die legendäre Tätigkeit des Vereins hingewiesen, wird aufgefordert eilig Lose zu kaufen. Es wird uns nun auf Grund dieser Notiz die Mitteilung gemacht, daß die Ostfrauenkasse von Brit 25 M. für die Wohnungseinrichtung der Frauenkassen zugibt. Der Briter Frauenverein, dessen Vor-

sitzender Pastor Heise ist, ist bekanntlich unpolitisch, das ist indes kein Hindernis, daß er versucht auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Erst vor kurzer Zeit hat dieser Verein an die Briter Gemeindevertretung das Ersuchen gerichtet, eine Beihilfe von 600 M. zur Anstellung einer Kindergärtnerin zu gewähren, damit man den Kindern des Proletariats die Religion noch besser beibringen kann. Von dem Briter „Frauen- und Mädchen-Bildungsverein der Arbeiter-Kasse“, der im Gegensatz zu dem „gemeinnützigen“ Frauenverein seine Mitglieder politisch anmelden muß, hat im „Nizdorfer Tageblatt“ noch nichts gestanden. Hoffentlich greift die Briter Arbeiter-Kasse beim Loskaufen nicht so tief in die Tasche.

Steglich.

Einen Selbstmordversuch verübte am Donnerstag ein Schwermüde in Steglich. In dem Keller des Hauses Schützenstraße 53 wurde das 20jährige Dienstmädchen Emma Häbner mit durchschnittenen Kehle lebend aufgefunden. Die Lebensmüde, die erst vor einiger Zeit aus ihrem Heimatort nach Berlin gekommen war, hatte bei einer betroiteten Frau Oberstabsarzt in dem erwähnten Hause Stellung genommen. Sie hatte schon öfter geäußert, sie werde sich noch einmal das Leben nehmen. Vorgefunden mittags sollte sie ein Rasiermesser fortbringen, doch vergeblich wartete man auf die Rückkehr des Mädchens. Schließlich schöpfe man Verdacht und suchte nach der Vermissten. Im Keller wurde sie in einer Blutlache aufgefunden. Die Selbstmörderin hatte sich mit dem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten. Eine auf dem Fußboden liegende leere Zylinderröhre deutete darauf hin, daß die S. vorher noch Gift getrunken hatte. In hoffnungslosem Zustande wurde die Unglückliche dem Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde zugeführt.

Mariensfelde.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der Regelung der Eigentumsverhältnisse der Küsterei und der Schule. Man war allgemein der Ansicht, daß das Schulgrundstück der politischen Gemeinde gehört; nun hat sich herausgestellt, daß die Kirche auch noch Rechte daran hat. Es wurde deshalb eine Kommission von drei Mitgliedern, darunter Genosse Greulich gewählt, die mit dem Kirchenvorstand verhandeln soll. Einen eigentümlichen Standpunkt vertrat hierbei der Schöffe Manes, der die Meinung vertrat, daß Genosse Greulich nicht in diese Kommission gewählt werden könne, indem derselbe aus der Landesliste ausgetreten sei und als Partei in der Sache erscheine. Er blieb mit seiner Ansicht jedoch in der Minderheit. Genosse Greulich hielt ihm entgegen, daß diese Angelegenheit mit der religiösen Anschauung absolut nichts zu tun hat, die Kommission hat nur ausschließlich die Rechte der politischen Gemeinde wahrzunehmen.

Für den angestellten Rektor soll die obere Etage des alten Schulhauses als Wohnung eingerichtet werden; die hierzu erforderlichen Kosten wurden bewilligt.

Ober-Schöneweide.

Am morgigen Sonntag veranstaltet der hiesige Schwimmklub „Vorwärts“ (M. d. A.-Schw.-V.) sein Baden in der Müller'schen Badesanstalt an der Holzgrube. Freunde und Genossen sind hierzu eingeladen. Treffpunkt vormittags 9 Uhr bei Kaufhold.

Der Vorstand.

Reinickendorf-West.

Sich mit der Gemeindevertreter-Konferenz von Groß-Berlin zu beschäftigen mußte die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins Abstand nehmen, da Genosse Dhl als Berichterstatter nicht erschienen war. Genosse Volbt mißbilligte unter Zustimmung der Genossen das Verhalten des Genossen Dhl, indem er seinen Verpflichtungen in letzter Zeit nicht mehr in gewünschter Weise nachgekommen sei. Es wurde dem Vorstande aufgegeben, ihn zur Vorstandssitzung zu laden. Zu Punkt Kaiserer wurde die dankenswerte Mitwirkung des Arbeiter-Gesangs, Turn- und Radfahrervereins hervorgehoben. Das Stiftungsfest wurde Mitte Juli bei Otto, Berlinerstraße, zu feiern beschlossen. Zum Schluß gab Genosse Frante dem Wunsch Ausdruck, daß die nächste öffentliche Versammlung, die sich mit der „Frauenfrage“ beschäftigen wird, von den Genossinnen und Genossen recht rege besucht werden möge.

Schildow-Blankensfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen).

Ueber „kommunale Fragen“ referierte in der letzten, gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins für Schildow-Blankensfelde in „Mönchsmühle“ Genosse Audig. Eine Diskussion über das beifällig aufgenommene Referat fand nicht statt. Unter Verschiedenes wurde die schwache Beteiligung der Blankensfelder Genossen an den Mitgliederversammlungen gerügt und der Wunsch ausgesprochen, daß die Beteiligung zu der am 10. Juni in demselben Lokal stattfindenden Versammlung eine regere sein möge. Zum Schluß forderte man zu lebhafter Agitation für Organisation und Presse auf.

Tegel.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins beteiligte Genosse Drescher über die Waise. Danach wurde ein Ueberschuß von 150 M. erzielt. Am 29. Juli findet in Trapp's Festsaal ein Sommerfest statt. Darüber, wohl organisierte Genossen, welche sich verpflichtet hatten, am 1. Mai nicht zu arbeiten, wortbrüchig geworden sind und die Versammlungsbeschlüsse ignoriert haben, entstand eine sehr erregte Debatte. Auch stellten einige Mitglieder daraufhin Anträge. Auf einen Gegenantrag des Genossen Leibig wurde die Sache zur nächsten Versammlung vertagt, um sicheres Material herbeizuschaffen. Die nächste Mitgliederversammlung am 19. Juni ist eine Generalversammlung. In derselben wird an Stelle des Genossen Lichtenberg die Wahl eines ersten Vorsitzenden vorgenommen.

Röpenik.

Ein verwegenes Einbrecherstückchen ist in der gestrigen Nacht in der katholischen Kirche in Röpenik ausgeführt worden. Auf einem Boot fuhren mehrere Männer an das Ufer heran, landeten dort und fertigten sich aus zwei Waschküchen und mehreren Querlagen eine vier Meter hohe Leiter an. Sodann stiegen sie nach dem ziemlich hoch gelegenen Kirchenfenster empor, bestiegen die bunten Scheiben mit Schmierseife und drückten sie geräuschlos ein. Nun drangen die Einbrecher in das Kircheninnere und verließen in das Tabernakel, in dem sie die wertvollen Kirchengeräte vermurten, einzubringen. Mittels Dreiecksbohrer die Kirchendielen die Mauer an, doch wurden sie mitten in ihrer Arbeit durch das Anklagen von Hund, die auf den in der Nähe vor Anker liegenden Hüllen nennig geworden waren, geführt. Ohne etwas erbeutet zu haben, flüchteten die Einbrecher auf dem Wege, auf welchem sie gekommen waren. Vor zwei Jahren ist bereits einmal ein ähnlicher Einbruch in der erwähnten Kirche unternommen worden.

Notawes.

Große Ausgaben stehen der Gemeinde Notawes in diesem Jahre bevor. Den Hauptanteil beansprucht die Kanalisation. Mit derselben soll nach Pfingsten begonnen werden; wenn nicht besondere Zwischenfälle eintreten, hofft man, daß ein Teil derselben schon im Herbst demnächst werden kann. Die Erdarbeiten, das Verlegen der Röhren usw. in Notawes und Reuendorf ist der Firma Holzmann u. Co., die bekanntlich auch an den Arbeiten des Teltowkanals beteiligt war, zu einem Preise von 230 755 M. übertragen worden. Eine weitere größere Ausgabe erfordert der Schulhausbau in der Priesterstraße; hierzu leistet die Regierung einen größeren Zuschuß. Die Mauerarbeiten zu dem Bau sind von derselben an die Firma Völle u. Co. in Potsdam vergeben worden. Der dritte größere Posten wird durch die in diesem Jahre in Aussicht genommenen Straßenpflasterungen verursacht. Es ist beabsichtigt, die Feld- und Forststraßen pflastern zu lassen, sowie das alte Straßenpflaster in der Friedrichstraße durch neues zu ersetzen. Da zu diesen Ausgaben die laufenden Einnahmen nicht ausreichen, beschloß die am Mittwoch stattgefundene Gemeindevertreterversammlung, eine Anleihe von 450 000 M. aufzunehmen. In der Schulratsitzung Notawes kontra Potsdam und Reuendorf hat sich Potsdam bereit erklärt, den Vergleichsvorschlag

der Gemeinde Notawes anzunehmen, wonach Potsdam an Notawes von 1902—1911 jährlich 2000 M. als Entschädigung für die Schulkosten für die Notaweser Kinder, deren Ernter in Potsdam arbeiten, zu zahlen hat. Von der Reuendorfer Verwaltung ist bis jetzt noch keine Antwort auf den Vergleichsvorschlag von Notawes, für genannten Zweck jährlich 3000 M. zu zahlen, bei der Notaweser Gemeindeverwaltung eingegangen, trotzdem seit dem Tage, an welchem dieser Vorschlag gemacht wurde, in Reuendorf bereits eine Sitzung der Gemeindevertretung stattgefunden hat.

Potsdam.

„Du sollst den Feiertag heiligen!“ läßt bekanntlich die christliche Staatsreligion dem gläubigen Volke durch ihre Diener verkünden. Mit der Einhaltung dieses Gebots hapert es aber gerade bei denen am meisten, die nicht laut genug rufen können: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“ — Dies trifft in der königlich preussischen Residenzstadt Nr. 2 ganz besonders zu. Und wenn man ja auch hier in der Nähe so vieler hohen Herrschaften und Excellenzen an manche Ausnahmen der sonst üblichen gesetzlichen Regeln gewöhnt ist, so fällt es doch auf, daß so oft mit zweierlei Maß gemessen wird. Oder weiß die Behörde überhaupt nichts davon, wenn hier auf Regierungsbauten, königlichen Schlössern usw. die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonn- und Feiertagsruhe nicht eingehalten werden?!... Für diesen Fall sei ihr höchst mitgeteilt, daß z. B. auf dem Neubau der 1. Regierung, wie erst jetzt öffentlich bekannt wird, am Karfreitag, also dem höchsten Feiertag der evangelischen Staatskirche, während des ganzen Tages fleißig gearbeitet wurde, selbst während der Kirchzeit! — Im Neuen Palais ist ähnliches passiert. Hier wurde am Geburtstage des Kronprinzen, einem Sonntage, von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr mittags gearbeitet, natürlich auch wieder während der Kirchzeit. Der Leiter der Bauarbeiten, königl. Baurat Wittig, kam während der Kirchstunden selbst nach der Arbeitsstätte, aber nicht, um den Arbeitern zu sagen, daß sie am Sonntag nicht arbeiten dürften, sondern nur, um die Arbeiter zu beschäftigen und die Arbeiter zu kontrollieren... Diese eigenartige Heilighaltung der Sonn- und Feiertage soll in der hiesigen Schlössern schon zu einer ständigen Erscheinung geworden sein. Immerhin wurde zahlreichen Schloßbesuchern usw. die ganze Feiertagsstimmung schon gründlich verdorben, wenn sie mit einemmale zirla 20 Mann in ihren langen Arbeitskitteln erblickten. Beschwerte sich dann so ein naives Gemüt über ein derartig schlechtes Beispiel unser „besten und frommsten Kreise“, deren „christlich-nationales“ Leib- und Magenblatt das Potsdamer „Intelligenzblatt“ ist, so zuden die betreffenden einfach die Schultern: „Ja, Bauer, das ist doch aber ganz was anderes!“ Das stimmt — beinahe!... Uebrigens kommt es ja auch nicht darauf an, wer am Sonntag feiert. Die Hauptsache ist doch, daß die Auserwählten der Ration ihren Feiertag haben und für das Seelenheil des arbeitenden Volkes mit beten. Denn dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“... Vielleicht kümmern sich aber auch die zuständigen Organisationen etwas mehr um diese ständigen Umgehungen der tariflichen sowie der gesetzlichen Bestimmungen im Potsdamer Baugewerbe. Rot tut es wahrhaftig einmal, die allzu eifrigen Bauleiter und die Aufsichtsbehörde an ihre Pflichten zu erinnern.

Vermischtes.

Ein deutsches Schiff gestrandet. Bremen, 18. Mai. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyd's „Koon“ ist laut hier eingegangener telegraphischer Nachricht auf der Reise von Nagasaki nach Sings bei Ostjima auf Strand geraten. Die Passagiere befinden sich alle wohl.

Vergiftete Röhre. In Wilmars (Franken) starb gestern nach dem Genuß von Röhren ein Mann, dessen Frau und eine Tochter unter Vergiftungserscheinungen; ein Enkelkind und der Schwieger-sohn liegen im Sterben. Mehrere Haustiere, die die Speisereise verzehret hatten, sind gleichfalls gestorben.

Die Opfer von Courrières. Lens, 18. Mai. In den Schächten 2 und 4 von Courrières werden die Arbeiten zur Aufsuchung der Leichen fortgesetzt. Bisher sind 611 Leichen zu Tage gefördert worden. 484 verbleiben noch in der Grube. Den letzten Hebestellen zufolge soll die Katastrophe durch Einfließen von Petroleum zurückzuführen sein.

13 Personen durch Blitzschlag getötet. Leichen, 18. Mai. Bei einem gestern nachmittag stattgehabten Leidenbegangnisse bei Leichen wurden durch Blitzschlag 13 Personen getötet. 20 Personen teilweise schwer verwundet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 20. Mai, vormittags 9^{1/2} Uhr im Rathhaus, Saal 109, Eingang Rädenstraße, Versammlung: „Freireligiöse Bewegung.“ — Um 10^{1/2} Uhr vorm. in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Wille über: „Goethes Weltanschauung.“ — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. E. N. 29. Sitzung haben heute: Filiale Berlin 5 bei Kahler, Reichenbergerstraße 157, Filiale Berlin 4 bei Westonski, Andreasstr. 26, Filiale Berlin 6 bei Wiefenthal, Kiderstr. 123, Filiale Nizdorf bei Thiel, Bezirk. 151, Filiale Rummelsburg bei Tempel, Ude Voghenauerstr. u. Neue Bahnhofsstraße, Sos. Distriktsklub „Freie Zusammenkunft.“ Connabend Sitzung Gemeindeführerhaus, Zimmer 16. Wichtige Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Kasienangelegenheiten.

Essentielle Bibliothek und Besuche zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 28. Bedient täglich von 5^{1/2}—10 Uhr abends, am Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 615 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Lokale von H. Voeler, Webersstr. 17: Versammlung mit Frauen. Vortrag des Genossen Albert Regge. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Billets zum Sommerball, welcher am 17. Juni bei Voeler, Webersstr. 17, stattfindet, gelangen zur Ausgabe.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Weizen Ia 62—66 per 100 Pfd., IIa 51—52, IIIa 49—52, IVa 40—46, engl. Bullen 0,00, dän. Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00. Roggen Ia 62—64, Doppeltander 105—120, Ia 80—90, IIa 66—78, IIIa 62—64, Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schweinefleisch 56—62, Kaninchen 0,30—1,01, Hühner, alte, Stück 1,80—2,80, junge, per Stück 0,50—0,85, Tauben, junge 0,50—0,56, alte 0,00, Gänse, prima, per Stück 1,50—2,75, Hamburger per Stück 1,75 bis 3,60, Gänse, junge, per Stb. 0,90—0,95, per Stück 2,50—6,70, Hechte 85—102, Schleie 71—96, Hele 0,00, matt 0,00, Kals, groß 97—110, mittel 102—110, klein 00—00, unj. 70—82, Plögen 00,00, Hühner, bömm. I, p. Schod 3,00—5,00, Kleiner, Stiege Ia 4—6, do. mittel, per Riste 2—3, do. klein, per Riste 0,00, Stämme, holl. per Ball 0,00, Kleiner 1—3, Stroh 3,00—3,50, Kals, groß, p. Stb. 1,10—1,30, mittel 0,80—0,90, II. 0,50 bis 0,90, Spotten, Kleiner, 2 Ball 0,00, Stb. per Riste 0,00, Sardsen, 1902er, per Kiste 76,00, 1904er 74,00, 1906er 70,00, Schottische Tolleringe 1005 0,00, largo 40—44, fall. 36—38, med. 33—35, deutsche 37—44, Herings, neue Rattes, per q, Tommen 60—120, Gummern, IIa, 100 Pfd. 0,00, Kresse, per Schod, große 22,50—31,50, mittelgroß 12—16, kleine 3,00 bis 4,00, unsortiert 6—11, Eier, Rauh, per Schod 3,00—3,25, frische 3,75, Butter per 100 Pfd., Ia 114—118, IIa 110—113, IIIa 106—108, abfallende 103—105, Saure Gurken, Schod 3,50—4 M., Pfeffergurken 3,50—4 M., Kartoffeln per 100 Pfd. magen, bon. 2,10—2,35, rote Daberde 2,00—2,30, rund weisse 1,80—2,00, Birnstroh, holl., per Schod 0,00, Weinstroh, dän., per Schod 0,00—0,00, Kottsch, holl., per Schod 0,00, Grünholz, per 100 Pfd., 0,00, Rüben, weisse 0,00, Kellower 0,00, Koffschaden, per Schod 0,00, holl. 6—8.

Wasserstand am 17. Mai. Elbe bei Magdeburg + 0,30 Meter, bei Dresden — 1,22 Meter, bei Regensburg + 1,22 Meter. — Ustrut bei Straußfurt + 1,45 Meter. — Oder bei Rastow + 1,50 Meter, bei Brieslau Oberpegel + 5,06 Meter, bei Brieslau Unterpegel — 1,09 Meter, bei Frankfurt + 1,39 Meter. — Weichsel bei Schwabmünde + 2,90 Meter. — Warthe bei Bolen + 0,50 Meter.